Nr. 290. 19. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 12. Dezember 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 500,—. 3. Kreis 500,—. 4. Kreis Südost 1000,— (darunter amerik. Aukt. bei Bachmann 3,55, Stadtbezirk 84 5,—, Stadtbezirk 113b 10,—, Polierpatten von Spinn 5,—, Ueberschuß der Dampferpartie durch Erbe 6,75). 4. Kreis Ost 1000,— (darunter Tischlerei Fischer, Weidenweg 64 20,—, (Budiker 4,50), Geburtstag 1,50, Tischlerei Köhlert, Pallisadenstraße 34,—, von den Tischlern der Werkstatt Kümmel 60,—, von den Genossen des 160. Stadtbezirks 20,—.) 5. Kreis, Wahlverein 200,— (darunter R. K. 50,—, Rauchklub „Ohne Zwang" 60,—, K. R. 1,—.) 6. Wahlkreis 3700,— (beim Kuli über den See gefahren 5,25, alter Parteigenosse Schönhauser Allee 5,—, Referat Davidsohn 6,—.) Berlin, diverse Beiträge: Machetes 5,—. L. und H. B. 10,—. Vortrag des Genossen Assermann, Filiale 1a der städtischen Arbeiter, 6,—. Vortrag des Genossen Bernhard am 10. November 1902 8,—. Buchdruckerei von Janiszewski 20,—. Gesammelt von den Tischlern der Möbelfabrik Groschkus 13,25. Sechs Hutmacher Königstr. 25 10,—. Kontobuch-Arbeiter vom Wedding 5,—. Von den Arbeitern der Neuen Berliner Genossenschafts-Bäckerei 24,—. Verein Apfel, amerik. Aukt. bei Geburtstagsf. M. 3,70. Vom Komitee des 1. Allgem. Arbeiter-Sportfestes 100,—. Vier socialistische Techniker 3,—. Sp. d. W. 20,—. Peters Gesellschaftshaus 10,—. Joh. Lenz, Meran 1,10. Ueberschuß einer Kranzspende Gr. Gesellschaft 3,20. Bei einer Hochzeitsfeier durch Nagel ges. 1,40. G. F. H. 10,—. Tischlerei Hellmig, Ackerstr. 137 50,—. Putzerkolonne Ahl 23,—. Geburtstagsfeier bei Freiburger 1,40. A. Qu., Boeckhstraße 4,—. Gesangverein Tonblüte 4,70. Beitrag zu einem Abonnement auf die „National-Zeitung" für Herrn Bassermann, fidele Setzer 5,75. Gesammelt durch Schüler, Schönhauser Allee, 2,65. Mitgl. der U.-Dr. 4,55. Von den Mitgl. des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vorwärts", 3. Quart. 100,—. M. M. —,50. Schröder, Petersburgerstr. 27 15,—. P. S. 50,—. A. P. 50,—. Schmidt, vorenthaltener Arbeitslohn von K. P. 3,—. Bestie Berlin W. 2,50. Braunschweig, Parteibeitrag des socialdemokratischen Arbeitervereins 300.—. Bern 100,—. Bielefeld, C. Sch. 2,—. Breslau, Socialdemokratischer Verein 50,—. Bremen, von Genossen 300,—. Chemnitz, 16. sächs. Reichstags-Wahlkreis 500,—. Crimmitschau, 18. sächs. Reichstags-Wahlkreis 150,— (dar. O. K. Ss. W. 1,60). Döbeln, R. R. 40,—. Darmstadt, von Parteigenossen 100,—. Duisburg, v. d. organisierten Küfern der Filiale D., die den 1. Mai nicht gefeiert haben, 17,80. Elberfeld, R. 1,—. Eisenach, frisch auf zum fröhlichen Jagen 10,—. Eisenach, durch R. 15,—. Falkenberg (Oberschl.) 2,—. Forst i. L., von Genossen 100,—. Gießen, E. K. 10,—. Gotha, d. d. Vertrauensmann 30,—. Gaarden, von den Parteigenossen durch den Vertrauensmann 200,—. Hastedt bei Bremen, von den Parteigenossen 10,—. Hohenstein-Ernstthal, E. B. 5,—. Hamburg, im Monat November in der Expedition des „Echo" eingegangen 407,55. Hamburg, 3. Kreis 3000,—. Ludwigshafen, Gau Pfalz der socialdemokratischen Partei Bayerns 200,—. Lübzin in Pommern, frisch auf zum fröhlichen Jagen, Gebr. B. L. 1,50. Lausch a. Thür., von Parteigenossen 10,—. Mülhausen i. E., Einzelmitglieder der socialdemokratischen Partei Deutschlands 14,—. Mannheim, durch R. H. 8,— (darunter Skatgewinn in Freiburg 2,05.) München, Waldläufer 5,—. Netzschkau, Stammtisch der roten Garde im Bayrischen Hof durch H. G. 4,50. Nürnberg, Marcel 2,—. Nürnberg-Altdorf, Socialdemokratischer Verein 20,—. Reinbeck, von Parteigenossen 100,—. Richzenhain, Arbeiter-Bildungsverein 3,—. Straßburg (Elsaß), Altwater 5,—. Stuttgart, E. U. 10,—. Solingen durch den Kreis-Vertrauensmann 45,— (darunter vom Volksverein Höhscheidt 25,—, desgl. von Solingen 15,—). Soran, vom Vertrauensmann 50,—. Schweinfurt, socialdemokratischer Verein 25,—. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Central-Wahlverein Juli—Dezember 600,—. Tambach, Volksverein 5,—. Wunsiedel, R. T. 2,—. X. Y. Z. 3000,—. Zeitz, durch J. G., da die Zeitzer und Leipziger Sänger einen großen Saal errungen haben 108,—.

Berlin, den 10. Dezember 1902.

Für den Parteivorstand:
A. Gerisch, Kreuzbergstr. 30.

Furcht vor dem Siege.

Die Diktatoren des Reichstags haben es am Donnerstag also ihren Willen praklamiert, die zweite Lesung des Zolltarifs sei als vollendet zu betrachten. Knapp sechs Stunden dauerte das Spiel, dann fiel die Guillotine, und eine Weile später verkündete der Präsident Graf Ballestrem, daß der von ihm für geschäftsordnungswidrig erklärte Antrag Kardorff angenommen sei.

Welch ein Sieg! Die Geschäftsordnung ist zertrampelt, die Verfassung gebrochen, die Minderheit geknebelt, das Recht geschändet. Welch ein Sieg über Sitte und Vernunft, Scham und Gewissen!

Das eigentliche Ereignis des Tages war aber nicht die erwartete Vollendung des Rechtsbruchs, sondern die Rede, die Graf Bülow bei dieser Gelegenheit gehalten hat. Europa wird vor Verwunderung auf den Rücken fallen. Die Spahn und Bassermann haben ihre ganze Gewalttaktik immer nur mit dem einen Argument zu begründen versucht, die Fragen der Handelspolitik stünden schon so lange im Vordergrunde der Diskussion, daß jedermann zu klaren Anschauungen über sie gelangt sein müsse. Gegen dieses ihr einziges Argument erbrachte der Reichskanzler zum allgemeinen Entsetzen des Hauses an seiner eignen Person den schlagendsten Gegenbeweis: Er bewies, daß er selbst, der Lenker der Reichsgeschicke, von den Dingen, um die es sich handelt, noch lange keinen klaren Begriff gewonnen hat.

Es muß auch für die Mehrheit ein höchst peinliches Ereignis gewesen sein, in einer der wichtigsten innerpolitischen Situationen von ihrem Reichskanzler eine so zaghafte und inhaltlose Rede vorgesetzt zu erhalten. Graf Bülow erklärte:

> Was zunächst die Herabsetzung einer Anzahl von Industriezöllen angeht, so möchte ich darauf allgemein hinweisen, daß es sich in der Zolltarif-Vorlage der verbündeten Regierungen um einen autonomen Tarif handelt, der bestimmt ist, bei den bevorstehenden Handelsvertrags-Unterhandlungen als Grundlage zu dienen. Von entscheidender Bedeutung kann es deshalb für die verbündeten Regierungen nicht sein, wie die Sätze der Positionen in der Kommission im einzelnen nach oben oder nach unten Abänderungen erfahren haben; die verbündeten Regierungen müssen aber immerhin Wert darauf legen, daß die in ihrem Tarifentwurf enthaltenen zu Kompensationsobjekten bestimmten Positionen keine zu weit gehende Abschwächung erfahren. Als erwünscht kann ich deshalb die in dem Antrag v. Kardorff vorgesehenen Ermäßigungen von autonomen Zollsätzen im Tarif nicht bezeichnen. Wenn aber das Haus die vorgeschlagene Herabsetzung einer Anzahl von Industriezöllen beschließen sollte, so werden die verbündeten Regierungen einen solchen Vorschlag in eine der Wichtigkeit der Sache entsprechende ernste und wohlwollende Erwägung ziehen.

Graf Bülow hat vor allem — geflissentlich oder aus Unklarheit — den Unterschied zwischen einem Gesetzentwurfe und einer Resolution verwischt. Er hat — geflissentlich oder aus Unklarheit — die Gesetzesvorschläge des Reichstags so behandelt, als ob es sich nicht darum handle, ihnen zuzustimmen oder sie abzulehnen, sondern vielmehr als ob es sich um ganz unverbindliche Wünsche und Bitten irgend eines petitionierenden Kriegervereins handeln würde. Die Regierungen wollten den Vorschlag der Mehrheit, die Zölle für bestimmte Industrie-Artikel herabsetzen, „in ernste und wohlwollende Erwägung ziehen."

Seine wohlwollende Haltung erklärt er mit einer Logik, die ihresgleichen nimmer findet, aus dem Umstande, „daß es sich in der Zolltarifvorlage der verbündeten Regierungen um einen autonomen Tarif handelt, der bestimmt ist, bei den bevorstehenden Handelsvertrags-Unterhandlungen als Grundlage zu dienen.

Nun kann man bekanntlich bei Abschluß von Handelsverträgen wohl die Tarifsätze herab- aber nicht heraufsetzen. Nichtsdestoweniger fährt der verantwortliche Vertreter der deutschen Handelspolitik ganz unerschrocken fort: „Von entscheidender Bedeutung kann es deshalb (deshalb!) für die verbündeten Regierungen nicht sein, wie die Sätze der Positionen in der Kommission nach oben oder nach unten Abänderungen erfahren haben."

Diese verworrene, widerspruchsvolle Erklärung eines Mannes, dem sonst die Rede wie leicht flüssige Pomade von den Lippen trieft, kann nur auf zweierlei Weise erklärt werden. Entweder hat Graf Bülow im parlamentarischen Schacherkuddelmuddel so alle Orientierung verloren, daß er nicht mehr weiß, wie er heißt und wo er wohnt, oder seine Stellung zu den Mehrheitsparteien ist trotz aller Verständigung noch so ungeklärt und schwankend, daß er es vorzog, lieber seinen verblüfften Hörern ein handelspolitisches Hexeneinmaleins vorzubeten, als ihnen klar und bündig Rede zu stehen. Eine parlamentarische Korrespondenz, die die Stimmungen der Mehrheitsparteien wiederzugeben pflegt, schreibt denn auch:

> Von der heutigen Erklärung des Reichskanzlers Grafen Bülow hatte man mehr erwartet als sie gegeben hat. In vielen Kreisen des Reichstages machte sich eine **Mißstimmung** über den Inhalt dieser Rede geltend.

Unter den „vielen Kreisen" des Reichstages können ganz unmöglich die Kreise der Zollopposition gemeint sein. Diese Kreise haben vielmehr die Fünfminuten-Rede des Reichskanzlers halb verwundert und halb erheitert angehört. Von einer „Mißstimmung" konnte durchaus nicht die Rede sein. Die „Deutsche Tageszeitung" weiß dagegen zu melden, die Rede sei „bei einzelnen Stellen mit höhnischem Lachen aufgenommen" worden und hätte am Schlusse nur ein sehr dünnes Bravo bei den Nationalliberalen erzielt.

Als dann die wuchtigen Anklagen Bebels und Gotheins hageldicht auf sie niederprasselten, saßen die Regierungsherren geduckt auf ihren Stühlen, ohne ein Wort der Erwiderung zu finden. Die Rechte verzichtete darauf, den Kanzler zu weiteren Erklärungen herauszufordern. Maulhalten und Abstimmen war ihre Devise. Selbst Herr Oertel mußte sich dem allgemeinen Maulkorbzwange fügen; er hat darauf verzichtet, dem Reichstage seine Entrüstung über das Resultat der Verständigung vorzutragieren, „nur damit etwas zu stande kommt, sei es wie es wolle", wie er selbst vor dritthalb Monaten schrieb. Herr Bassermann hatte die Ehre als Winkeladvokat der Mehrheit allein zu plädieren. Es war gewissermaßen ein Symbol der ganzen politischen Situation, daß für die falsche Mehrheit gerade ein Mann reden mußte, der bestimmt weiß, daß ihn seine Wähler demnächst mit Schimpf und Schande davonjagen werden.

„Es muß etwas zu stande kommen, sei es was es wolle!" Mit frechem Gelächter stimmten die Männer des Faustrechts dem Abg. Gothein zu, als er erklärte, jeder Versuch der Opposition, neue Zusatzanträge zu stellen, würde zu einer neuen Guillotionierung führen.

Waren doch von der Mehrheit mit einem Handstreich nicht weniger als **466 Abänderungsanträge der socialdemokratischen Fraktion** glatt erledigt worden!

Die Annahme des Antrages Kardorff erfolgte mit einer überraschend geringen Mehrheit. 183 Mann stimmten für ihn, 136 gegen ihn, 9 enthielten sich der Stimme. Von den Zollparteien stimmten gegen den Antrag der Deutschhannoveraner Baron v. Arnswald, der bayrische Bauernbündler Bachmeier, der Deutschhannoveraner Graf v. Bernstorff-Uelzen, die Antisemiten Bindewald, Gäbel, Gräfe, Liebermann v. Sonnenberg, Müller-Waldeck, Raab, Werner, der Wildkonservative v. Blödau, die Nationalliberalen Büsing, Prinz Carolath, Depken, Endemann, Esche, Wehl, die Konservativen von Bonin-Bahrenbusch, v. Dewitz, v. Gersdorff, Heiligendorff, Freiherr v. Langen, der Vorsitzende der konservativen Fraktion v. Normann, der konservative Redakteur der „Deutschen Tageszeitung", Dr. Oertel, v. Oldenburg, v. Oneis, Rother, Schrempf, v. Sperber, v. Treuenfels, Freiherr v. Wangenheim, v. Weitzel, Will, der Bündler Dr. Diederich Hahn, der bayrische Bauernbündler Hilpert, der Deutschhannoveraner Freiherr v. Hodenberg, der Bündler Lucke, der Elsässer Preiß, der Wildliberale Schwarz-München, der Centrums-Abgeordnete Szmula und der Deutschhannoveraner Freiherr v. Wangenheim.

Die Geschäftsordnung ist zertrampelt, die Verfassung gebrochen, die Minderheit geknebelt, der Parlamentarismus geschändet. Alles das, damit nur etwas zu stande kommt, sei es so blödsinnig wie es wolle. Nun soll noch unter dem parlamentarischen Standrecht die dritte Lesung gespielt und ein Gesetz angenommen werden, das nach dem Geständnis der Regierung unbrauchbar und undurchführbar ist.

Die socialdemokratischen Abgeordneten werden bis zum letzten Augenblick nicht aufhören, ihren klaren Standpunkt des Rechts gegen Tollheit und Verbrechen zu verteidigen. Sie brauchen sich nicht zu fürchten vor einer Mehrheit, die sich selbst vor ihren eignen Beschlüssen und ihren eignen Wählern fürchtet.

Das Volk wird richten zwischen ihr und ihnen.

Kutzner und Andre.

Das Schicksal der Socialdemokratie ist das Schicksal der deutschen Arbeiter. Mit ihr lebt und stirbt, was in der Arbeiterschaft an Ehre und Zukunftshoffnung lebt.

Nie ist das so klar geworden wie durch das aufrüttelnde Ereignis von Magdeburg. Wir haben darüber schon gestern nach Schluß des Blattes unsre Leser unterrichtet. Wir können nicht umhin, ihnen die erschütternden Thatsachen der kurzen Depeschenmeldung zu wiederholen.

Magdeburg, 10. Dezember. Nach einer Meldung der „Volksstimme" wurden heute vormittag der Eisendreher Kutzner nach 22jähriger Arbeitszeit und der Metalldrücker Andre nach 16jähriger Arbeitszeit auf dem Kruppschen Grusun-Werke entlassen, weil sie das Huldigungstelegramm der Arbeiter an den Kaiser nicht mit unterschrieben hatten.

Wir zogen nochmals telegraphische Erkundigungen ein. So sehr wir aus jahrzehntelangen Kämpfen an die Moral des Klassenkampfes, wie sie von den herrschenden Klassen geübt wird, auch gewöhnt sein müssen — alles menschliche Empfinden sträubte sich doch gegen die Annahme, daß Menschen es fertig bringen können, ihre Macht gegen wehrlose, ausgebeutete alte Leute so schändlich zu mißbrauchen. Die Antwort, die wir erhielten, war eine Bestätigung!

Mit der Strafe des Hungertodes werden deutsche Arbeiter bedroht, denen es Ehre und Gewissen verbietet, gegen ihre Ueberzeugung auszusagen.

Nach Jahrzehnten mühevoller Arbeit im Dienste des Kapitals hat ein deutscher Proletarier nicht Willensfreiheit genug, die Vornahme einer Handlung ablehnen zu dürfen, zu der er durch keinen Vertrag und kein Gesetz gezwungen werden kann, und gegen die sich jede Faser seines Herzens aufbäumt.

Ein namenloser Schimpf ist der deutschen Arbeiterschaft zugefügt worden. Der chinesische Kuli und der indische Paria darf als ein freierer Mann auf sie herabsehen, wenn sie nicht Mittel und Wege findet, den schamlosen Erpressern des Kapitalismus das Handwerk zu legen.

Und ihr, Vertreter des Geistes und der bürgerlichen Intelligenz! Vorkämpfer des Individualismus! Regt sich nicht auch in euch das Gewissen? Seht ihr nicht, wie weit es in Deutschland mit der Freiheit des Individuums gekommen ist?

Kutzner und Andre sind die Blutzeugen der gesicherten Existenz! Kutzner und Andre sind die Märtyrer desselben Kurses, der in den Blättern nach Ausnahmegesetzen ruft und im Parlament die Redefreiheit vergewaltigt.

Das Schicksal der Socialdemokratie ist das Schicksal der deutschen Arbeiter. Taub und blind müßte sein, wer das heute noch nicht merkte! —

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Dezember.

Zu Kardorffs Falle.

Aus der Pfalz wird uns geschrieben: Zu jenen Abgeordneten, die alle Zolltollheiten mitmachten, gehört auch der nationalliberale Vertreter des vierten pfälzischen Wahlkreises Pirmasens-Zweibrücken, der Kommerzienrat, Großgerber und Großgrundbesitzer Leinenweber in Pirmasens, jener Stadt, in der bekanntlich der zweite Einwohner Schuster und der dritte „Schuhfabrikant" ist. Pirmasens treibt einen ausgedehnten Exporthandel mit Leder, das fast ausschließlich mit Quebracho gegerbt wird. Durch die nunmehr der Diskussion und Abänderung entzogenen Beschlüsse der Zollkommission ist auch eine Aenderung des 7 Mark-Zolles auf

Quebracho ausgeschlossen. Nunmehr jammert die nationalliberale „Pirmasenser Zeitung" das Sprachrohr der Pirmasenser Fabrikaten:

„Der Antrag Kardorff betreffend die En bloc-Annahme der 946 Positionen des Zolltarifs hat die Kreise der **Schuh- und Leder-Industrie** in **nicht geringe Aufregung** versetzt. Wer jedoch die Haltung der Regierungsvertreter in der Zollkommission nur einigermaßen verfolgt hat, dem kann nicht entgangen sein, daß in Regierungskreisen jetzt mehr als je die Ansicht vertreten ist, daß **jeder Gerbmaterialienzoll die deutsche Schuh- und Lederindustrie aufs empfindlichste schädigen mußte. Sogar der preußische Landwirtschaftsminister,** der aus seiner Sympathie für einen Gerbstoffzoll früher durchaus keinen Hehl machte, **hat sich noch an einem der letzten Tage persönlich für die Zollfreiheit ausgesprochen.** Diese maßgebenden Kreise wurden zu ihrer heutigen Haltung vor allem bestimmt durch die neuesten forststatistischen Erhebungen. Die Zunahme an Areal im deutschen Eichenschälwalde betrug von 1883—1893 2,5 Proz., 1893—1900 0,3 Proz. Die deutsche Lederindustrie hat im Jahre 1900 etwa 330 Proz. mehr an Gerbstoffen gebraucht als im Jahre 1883, also 110 mal an Prozenten mehr als die Zunahme des Areals des Eichenschälwaldes in Deutschland betragen hat. Wenn es noch eines zahlenmäßigen Beweises für den völligen Widersinn eines Zolles auf Gerbstoffe bedurfte, mit diesen Zahlen ist er so gegeben, daß kein auf die Förderung des Nationalwohles bedachter Staatsmann noch für einen Gerbstoffzoll zu haben ist. Der deutsche Eichenschälwald ist einmal nicht im stande, sich weiter auszudehnen, kann also auch nicht im entferntesten nur **einen** geringen Teil des Mehrbedarfs der deutschen Leder-Industrie an Gerbstoffen befriedigen. Und diese unwiderleglichen Thatsachen waren es, welche die **Reichsregierung zur Aenderung ihrer Ansicht in der Gerbstofffrage** bestimmte und ihre nunmehrige zollgegnerische Stellungnahme auch begründen."

Die Pirmasenser Fabrikanten haben die Zolljagd bisher tapfer mitgemacht. Nun sitzen sie in der Falle und setzen alle Hoffnung darauf, daß die Beschlüsse des Reichstags zu unsinnig sind, um von der Regierung durchgeführt werden zu können.

Die Folge des Quebrachozolles wäre der Ruin der mächtig entwickelten und blühenden Pirmasenser Export-Industrie.

Auf den Zollrausch kommt der Zollkatzenjammer! —

Zur dritten Lesung des Zolltarifs ist folgender Antrag Herold eingegangen, den Absatz 2 des § 1 des Entwurfs eines Zolltarif-Gesetzes wie folgt zu fassen:

Die Zollsätze sollen durch vertragsmäßige Abmachungen bei Roggen nicht unter 5 M., bei Weizen und Spelz nicht unter 5,50 M., bei Malzgerste nicht unter 4 M., bei Hafer nicht unter 5 M. für einen Doppelcentner herabgesetzt werden.

Das ist der Verständigungsumfall! —

Preisfrage für den Reichstags-Präsidenten. Wenn der Druck von Anträgen, deren Verlesung in $1^1/_2$ Stunden geschah, 7 Stunden Zeit erfordert — wie lange Zeit erfordert der Druck des stenographischen Berichts über eine 10stündige Reichstagssitzung? Wir können dem Präsidenten verraten, daß der Druck von Anträgen, deren Verlesung $1^1/_2$ Stunden erfordert, in jeder Zeitungsdruckerei in etwa zwei Stunden gesetzt werden kann und gesetzt wird. —

Wer ist der Centrumsrevolutionär? Die „Germania" bringt — nach längeren ängstlichen Recherchen — folgende Erklärung:

„Von einer „Revolution in der Centrumsfraktion" bezüglich des Antrags Kardorff fabuliert der „Vorwärts", indem er angeblich auf Grund einer stenographischen Aufnahme vorgebliche Ausführungen eines „hochangesehenen und einflußreichen Führers der Centrumsfraktion", der „nicht mehr für den Reichstag kandidieren wird", wiedergiebt. Wir haben heute nach allen Seiten hin in der Centrumsfraktion Erkundigungen darüber eingezogen, aber niemand weiß von einer Rede, wie sie nach den angeblichen stenographischen Aufzeichnungen des „Vorwärts" gehalten sein soll. Im besonderen können wir das mit aller Bestimmtheit von dem Abgeordneten Müller-Fulda behaupten, auf den die Bemerkung des „Vorwärts" abzuzielen scheint. Herr Abgeordneter Müller-Fulda steht im Gegenteil vollständig auf dem Boden des Antrages Kardorff. Der „Vorwärts" scheint also wieder einmal mystifiziert worden zu sein. Die Socialdemokraten sollten doch wissen, daß das Centrum einig und geschlossen, wie es der Obstruktion gegenüber nicht anders sein kann, den Antrag Kardorff unterstützt."

Die Wirkung, die wir mit unsrer Notiz bezweckten, ist in überaus hohem Maße erreicht worden. Die Centrumsherren sind aufgeregt bei ihren sogenannten Führern herumgelaufen und haben sie beschworen, ob sie etwa so revolutionäre Ansichten zu äußern gewagt hätten. Insbesondere hat man Herrn Müller-Fulda im Verdacht gehabt.

Die Centrums-Epigonen leiden wirklich an sträflicher Selbstüberschätzung, wenn sie irgend einem heutigen Führer so tapfere, vernünftige und freie Anschauungen zutrauen, wie sie in der von uns abgedruckten Rede Ausdruck fanden. Es gereicht dem „wieder einmal mystifizierten „Vorwärts" — wann sind wir eigentlich einmal mystifiziert worden? — zu großem Vergnügen, daß er die Geschichte des Centrums so viel besser kennt, als die „Germania". Jene Rede nämlich mit ihren peitschenden Schlägen wider die Diktatur der Mehrheit, den Coulissenschacher mit der Regierung usw. hat in der Oppositionszeit des Centrums — Peter Reichensperger gehalten. —

Pique sticht! Während das Centrum aller Welt erzählt, es sei nach Berlin gepilgert, um die heiligsten Zollgüter der Nation zu retten — beschäftigen sich die frommen Herren im Reichstagshause mit wesentlich andren Dingen als mit der Beratung des Zolltarifs. So wurden am Mittwochnachmittag im Zimmer 36 bedeutende Centrumsgrößen entdeckt, wie sie eifrig — Skat spielten, die Würde des Hauses wahrend! Unsren Gewährsmann trieb das Schicksal gerade in diese klerikale Skatgruppe — Spiel ist ja wohl Teufelswerk — als einer der Skat-Frommen lebhaft ausrief: Pique sticht — das Motto für unsre gesamte innere Politik, in der Schwarz jeglichen Kulturfortschritt sticht. —

Konzert im Reichstage. Während am Donnerstag im Plenum der Abg. Müller-Meiningen gegen die lex Kardorff kämpfte, zog sich die Rechte in das Lesezimmer zurück, wo kein Platz unbehockt blieb. Bald wurde den Konservativen von ihrem Freunde Rettich ein seltsamer Kunstgenuß bereitet. Der Abgeordnete warf sich in einen Fauteuil, stellte das linke Bein auf das rechte, kreuzte die Hände über dem Leib und genoß das Mittagsschläfchen. Der süße Zollwucher-Traum versetzte den Schläfer in elegische Stimmung, der Schallbecher des Mundes gab eine Schnarch-Sinfonie von sich, die sich einer solchen dynamischen Steigerung fähig erwies, daß die Umgebung dieses Barchent-Reißers an die Wand geweht wurde. —

Ein lichter Augenblick. Unser Bochumer Partei-Organ hat entdeckt, daß selbst das wüsteste Zollhetzer-Blatt, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", einen lichten Augenblick hatte, als sie folgendes schrieb:

„Auch die Stärke der Mehrheit bei der dritten Lesung ist von untergeordneter Bedeutung, denn sie repräsentiert ebensowenig die Stimmung in der Wählerschaft, wie die Ziffern bei der Abstimmung nach der ersten und der zweiten Lesung. Jedermann weiß, daß die Konstellation der Parteien im Reichstag ganz anders aussehen würde, wenn auf Grund der Zollvorlage allgemeine Neuwahlen ausgeschrieben worden wären. Die Regierung hat das unterlassen, sie hat vielmehr mit ihrer auf Grund des Zollfiebers zu stande gekommenen Majorität die Vorlage durchgepeitscht. . . . Dieser Eifer der Reichsboten ist etwas Ungewöhnliches, da man sonst von ihnen nicht gewöhnt ist, daß sie bis in die späte Nacht hinein auffitzen, und in der That hat das Arrangement nur den Zweck, die Sache möglichst schnell zu erledigen. Von wirklichen Verhandlungen kann dabei kaum die Rede sein."

Diese Wahrheitsliebe und diese Auflehnung gegen Mehrheitsbrutalitäten wagt das Blatt allerdings nur in Hinsicht auf — England und seine Schulvorlage. Die Vernunft solcher Blätter liegt zumeist jenseits des Wassers. —

Das Centrum gegen die Geschäftsordnungs-Aenderung. Die „Kölnische Volkszeitung", das führende katholische Blatt schreibt:

„Der Abg. Gröber hat bereits in Aussicht gestellt, daß Centrum und Rechte unter Umständen sich veranlaßt sehen könnten, von diesem Mittel — der Aenderung der Geschäftsordnung — Gebrauch zu machen. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß Abg. Gröber hier mehr im eignen Namen als in dem Namen seiner Partei gesprochen hat; denn letztere dürfte in ihrer Mehrheit sich doch wohl schwerlich der Einsicht verschließen, daß eine Aenderung der Geschäftsordnung, welche heute vom Centrum und Rechte gegen Socialdemokratie und Freisinnige unternommen würde, ein ander Mal bei andrer Konstellation der Parteien auf Kosten des Centrums durchgeführt werden könnte. Das Beschreiten des vom Abg. Gröber angedeuteten Weges erschiene daher überaus bedenklich."

So schrieb, wie die „Rhein. Zeitung" feststellt, das Blatt im März 1900, als die lex Heinze die schwarzen Herren wild machte. Man sieht, seitdem hat sich das Centrum wieder bedeutend entwickelt. Allerdings handelte es sich damals „nur" um geistige, ideale Interessen, diesmal aber gilt es den Zollgewinn! —

Eine Absage an das Centrum. Aus Baden schreibt man uns: Das volksfeindliche Verhalten der Centrumsfraktion des Reichstages ist auch auf die parteipolitischen Verhältnisse des badischen Landes nicht ohne Einfluß geblieben. Nachdem erst vor kurzem in der socialdemokratischen Presse Badens dem Centrum für die bevorstehenden Landtagswahlen die schärfste Bekämpfung angekündigt worden war, falls es ihm einfallen sollte, an die Errungenschaften des badischen Schulwesens seine reaktionäre Hand zu legen, hat sich jetzt auch diejenige Partei, die bisher mit den Klerikalen in Baden am engsten liiert war, die demokratische Volkspartei, vom Centrum in aller Form losgesagt. Es geschah dies in einer großen Volksversammlung zu Konstanz, in der am verflossenen Sonntag der Führer der badischen Demokraten, Rechtsanwalt und Landtagsabgeordneter Muser-Offenburg, über die politische Lage in Baden referierte. Nach Musers Referat, das bereits eine scharfe Absage an das Centrum enthielt, erklärte der frühere demokratische Vertreter der Stadt Konstanz im Landtag, Rechtsanwalt Venedey, ein Sohn des bekannten Parlamentariers aus der Zeit der deutschen Revolution von 1848/49: Seine Partei sei mit dem Centrum Hand in Hand gegangen, so lange beide Parteien die gleichen Grundsätze verfolgt hätten. Nachdem aber das Centrum sich in jeder Beziehung zu einer reaktionären Partei entwickelt habe, könne für die Zukunft von einer Gemeinschaft keine Rede mehr sein. — Diese entschiedene Absage ist der badischen Demokratie um so höher anzurechnen, als sie den Verzicht auf so ziemlich alle bisher von ihr innegehabten Landtagsmandate bedeutet.

Die politische Ausbeutung des Leichnams Krupps wird in der ekelhaftesten und — dümmsten Weise fortgesetzt. Bei der Firma Ludwig Löwe, in den Tegeler Borsig-Werken und vermutlich noch in andren industriellen Etablissements zirkuliert folgendes Schreiben:

An das Direktorium der Firma Krupp
Essen.

Der frühe Tod des Wirklichen Geheimen Rates Herrn Fr. Alfred Krupp hat auch in der gesamten Berliner Industrie und ihren nahestehenden Kreisen des öffentlichen Lebens aufrichtige Trauer hervorgerufen. Einer Anregung des Berliner Bezirksvereins deutscher Ingenieure Folge gebend, vereinigen sich die Unterzeichneten in dem Wunsche, dem Direktorium und allen Mitarbeitern der Firma Krupp die Versicherung der innigsten Anteilnahme an ihrem unersetzlichen Verluste darzubringen, gleichzeitig aber auch dem tiefen Abscheu Ausdruck zu verleihen vor der schmachvollen Verleumdung, die man gewagt hat der persönlichen Ehre eines der edelmütigsten Männer unsres deutschen Volkes mit frecher Lüge anzutasten und die großartige Schöpfung seiner Arbeiter-Fürsorge zu verunglimpfen. In unsrem Herzen wird das Andenken an den Verklärten, an die Bewunderung würdig erfolgen, seiner Lebensarbeit, an seiner Herzensgüte und niemals versagenden Wohlthätigkeit für ungetrübte Reinheit immerdar bewahrt bleiben, möge es seinen Erben, ihren Beratern und Mitarbeitern vergönnt sein, das große Werk der Firma Krupp in dem Edlen Geiste des Verewigten weiter zu führen, mit gleichem Erfolge wie bisher zum gerechten Stolze unsres deutschen Volkes.

Bezirksverein deutscher Ingenieure Berlin.
gez. Krause.

In den Borsig-Werken ist man besonders empört über die dreiste Zumutung. Noch zittert die Erregung in den Herzen der Borsig-Arbeiter über den verlorenen Dreherstreik nach und da wagt es die Firma, mit einer derartigen Bekanntmachung an die Arbeiterschaft heranzutreten!

Die Justiz im Falle Krupp. Der Redakteur unsres Parteiblattes in Köln a. Rh. war vor einiger Zeit vernommen worden unter der Beschuldigung, durch den Nachdruck des „Vorwärts"-Artikels „Krupp auf Capri" Herrn Krupp beleidigt zu haben. Er hatte es abgelehnt, sich auf die Beschuldigung zu äußern, weil der Strafantrag, der telegraphisch an die Berliner Staatsanwaltschaft ergangen sein soll, sein Blatt gar nicht genannt hatte, sondern nur ganz allgemein gegen die Blätter lautete, die den Artikel nachgedruckt haben oder nachdrucken werden. Jetzt ist ihm vom Ersten Staatsanwalt amtlich eröffnet worden, daß das Strafverfahren gegen ihn eingestellt sei, weil der Strafantrag nicht ausdrücklich gegen ihn gestellt worden sei. —

Die Kruppschen Arbeiter und der Protest gegen den „Vorwärts". Kiel, 11. Dezember. Im „Kaisersaal" in Gaarden, fünf Minuten entfernt von den Pforten der Kruppschen Germaniawerft fand gestern abend eine Volksversammlung statt, wie sie Gaarden noch nicht erlebt hat. Lange vor Eröffnung der Versammlung war der große Saal überfüllt. In großen Massen waren vornehmlich die Arbeiter der Kruppschen Werft erschienen. Hatten sie doch hier Gelegenheit, zum erstenmal ihre wahre Meinung zu den Angriffen ihrer „Brotgeber" auf den „Vorwärts" zum Ausdruck zu bringen. Ueber „die Gewaltherrschaft im Reichstag" sprach unter dem brausenden Beifall der Tausende der Reichstagskandidat des Kreises, Genosse Legien. Eine Resolution, deren Inhalt sich mit der der Berliner Versammlungen deckt, wurde einstimmig angenommen. Sodann behandelte in $1^1/_2$stündiger, temperamentvoller Rede Genosse Adler, Redakteur der „Schlesw.-Holst. Volkszeitung", den den Kruppschen Arbeitern zugemuteten Protest gegen den „Vorwärts". In welchen Bahnen sich Adlers Ausführungen bewegten, beweisen die beiden gleichfalls einstimmig von den Kruppschen Werftarbeitern unter brausendem Jubel angenommenen scharfen Protestresolutionen gegen Zollwucher und Lehmannerei.

Professor Lehmann, der ein fulminantes Manifest gegen den „Vorwärts" in einer Kieler Zeitung losgelassen hatte und infolgedessen zu der Versammlung dringend eingeladen war, hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Er wird heute seine Protestversammlung vor einem Publikum abhalten, das sich auf den Namen ausgestellte Einladungskarten, die von den Meistern der kaiserlichen und Germaniawerft „vertrieben" werden, vorher lösen muß. Armer Lehmann — einen Posttag zu spät! —

Eine Allers-Ente. Der Maler Allers, von dem anläßlich der „Affäre Krupp" vielfach die Rede war, soll schon seit einiger Zeit in Italien verhaftet sein. So behaupten italienische Blätter, u. a. das offiziös bediente „Jornale d'Italia". Die römischen Morgenblätter hätten plötzlich [illegible], daß die Verhaftung des Hamburger Malers nicht sowohl wegen Mißbrauchs resp. Verleitung von Knaben thatsächlich vorgenommen sei, sondern unter dem Druck der öffentlichen Meinung Italiens angesichts der „Verdächtigung" deutscher Blätter. Sie kündigen an, daß jetzt bei dem Prozeß gegen Allers „die ganze Wahrheit" an den Tag kommen werde.

Diese Meldungen klingen ebenso mysteriös wie unglaubhaft. Die Verhaftung Allers soll auf die deutschen Verdächtigungen hin erfolgt sein, während doch die deutschen Meldungen erst aus Italien bezogen worden waren und während ein italienischer Justizbeamter den Verhaftungsbefehl erlassen hatte. —

Eine Zustimmungs-Kundgebung.

Graf Pückler von Klein-Tschirne hat in einer Versammlung am letzten Montag wieder eine Rede gehalten. Er ging dabei von der Annahme aus, er habe Arbeiter vor sich, und diese vermeintlichen Arbeiter sprach er folgendermaßen an:

„Ihr Unglück ist und bleibt gegenwärtig das **grünköpfige, hundsgemeine, verruchte und verfluchte, orientalische Schensal, der rote Manasse. Lassen Sie den Lümmel laufen nach Jerusalem,** oder sonstwohin, und kommen Sie in unser Lager; bei uns giebt es keine **schmierigen Judenkerle,** sondern wir haben nur deutsche, christliche und germanische Männer; kommen Sie, kommen Sie, es wird Ihnen schon gefallen in unsren **sieggewohnten Reihen, und Sie werden bald königstreue, nationale und patriotische Männer werden,** welche dem Vaterlande zum Ruhm und zur Ehre gereichen. **Beherzigen Sie die Worte, welche S. M. der Kaiser in Breslau an die Vertreter der Arbeiter gerichtet hat.**

Mit diesen Worten hat der Kaiser den Nagel auf den Kopf getroffen. Nur anstatt socialistische Führer hätte der Kaiser jüdische Führer sagen sollen, damit wäre er der Sache noch näher gekommen. (Beifall.) Denn **der rote Manasse, meine Herren Socialisten, der beutet Sie aus bis aufs Hemd, bis auf die Haut!"**

An die Frauen und Jungfrauen wandte sich Graf Pückler sodann mit den Worten:

„Vergeßt jetzt endlich einmal Eure häuslichen Sorgen und laßt Eure ungezogenen Kinder mal allein zu Hause, der Teufel wird sie nicht gleich holen (Heiterkeit), und zieht mit uns in den Kampf, in den heiligen Krieg; und wenn die **häßlichen rotschwarzen Ratten und Mäuse** sich wieder nahen, wenn sie herumschleichen in Euren Häusern und wagen den ruhigen Frieden Eurer Familien zu stören, dann **nehmt den Kochlöffel zur Hand und haut damit den häßlichen Ratten um die Ohren, daß es bloß so knallt in den Straßen von Berlin."**

Er schloß mit dieser Vision:

„Sieh da, aus den Reihen der Bürger treten sie hervor, **die starken Männer** und die **kühnen Helden;** sie fassen den **roten Manasse** am Kragen mit starker und gewaltiger Faust, **sie treiben den Kerl von Haus zu Haus,** von Straße zu Straße, von Platz zu Platz, von Stadt zu Stadt, **sie fegen das Land mit eisernen Ruten** und erretten Deutschland aus den Krallen des internationalen Judentums. Die starken Männer und die kühnen Helden, sie mögen erscheinen; ich lade sie vor die Volksversammlung und **begrüße sie als starke und kühne Bundesgenossen."**

So zu lesen im antisemitischen „Reichsanzeiger" in der „Staatsbürger-Zeitung". —

Haß gegen die Armee und die Offiziere säen die — scharfmacherischen „Berliner Neuesten Nachrichten". Dort liest man nämlich:

„Einen Teil der unsinnigen Menge von Offizieren erhält auch Pension oder zieht sonst Nutzen aus der Staatskrippe, denn es gehört zu den Eigentümlichkeiten . . . . ., daß den ersten Anspruch auf Staatsgelder die Offiziere und Soldaten der . . . (herrschenden) Partei besitzen."

Versteht sich, daß das Blatt von — Venezuela spricht! —

Bauer und Junker.

Ein Beispiel, das gerade bei den gegenwärtigen Tollheiten der Zöllner das Verhältnis von Bauer und Junker zur Regierung und ihren Organen doppelt klassisch illustriert, wird aus dem Kreise Querfurt bekannt.

Vor kurzem bewilligte dieser Kreis für eine Bahn Querfurt-Vitzenburg 170 000 M. à fonds perdu und erhöhte diesen Betrag auf 200 000 M., als auf Veranlassung des **Grafen von der Schulenburg auf Vitzenburg** eine Umlegung der Linie gefordert wurde. Nun soll, wie die „Saale-Zeitung" dieser Tage berichtete, eine zweite Bahn, die der Berliner Bankier Paul Löser für die Strecke Querfurt-Mücheln-Naumburg projektiert hat, zur Verhandlung auf dem Kreistage kommen, eine Bahn, die fast den ganzen Kreis aufschließt und zum größten Teil **bäuerlichen Besitz** berührt, eine Bahn, die für die kulturelle Aufschließung des Kreises also zehnmal so viel bieten würde wie die erstprojektierte Linie, eine Linie, die dafür aber freilich zu sieben Zehntel dem Herrn Grafen von der Schulenburg Profit bringen würde.

Und nun ereignet sich das Charakteristische, daß jetzt, wie das genannte gutbürgerliche Blatt weiter meldet, der Herr **Landrat** die Behandlung dieses zweiten Projektes vertagen will, obschon die Kreisinteressenten — freilich nur ganz gewöhnliche Bauern! — geschlossen wie ein Mann für die Bahn eintreten! Die Stimmung im Kreise ist infolgedessen sehr erregt und insbesondere die bäuerlichen Besitzer fühlen sich dem Grafen von der Schulenburg gegenüber sehr zurückgesetzt, ja, sie haben nach der „Saale-Zeitung" sogar die revolutionär-verwegene Meinung, „daß in der Kreisverwaltung mit ungleichem Maße gemessen würde". Diese ihre wahrhaft unerhörte „Meinung" entschuldigt sich vielleicht nur dadurch, daß, wie das genannte Blatt wieder sagt, „es ihnen nicht entgeht, daß die Bahn Querfurt-Vitzenburg in wirtschaftlicher Beziehung fast ausschließlich dem Grafen nützt, während die andre Bahn fast dem ganzen Kreise zu gute kommt".

Derartige Bahnbau-Begünstigungen der Junker sind eine altgewohnte und bekannte Sache, und in den heutigen Zeitläuften des Zollwuchers zu Gunsten gleichfalls lediglich der Junker verschwinden sie sogar in ihrem Wuchernutzen gegen diesen, aber andrerseits wirken sie selbst für den blindesten Bauern instruktiver und augenfälliger. —

Zum Fall Baltrusch in Gumbinnen hat jetzt das Generalkommando des ersten Armeekorps das Ergebnis der beiden auf seine Veranlassung eingeleiteten gerichtlichen Untersuchungen der „Ostdeutschen Volkszeitung" zur Veröffentlichung übergeben. Danach sei der Kanonier Baltrusch nicht das Opfer eines Verbrechens, sondern eines unglücklichen Zufalls geworden. Die in dem Briefe der Frau Baltrusch mitgeteilten Einzelheiten hätten sich als irrig erwiesen. Baltrusch hätte am 7. August abends ein Schnapsgelage mit einigen Kameraden veranstaltet, sei dann im Rausche gegen halb zehn Uhr in eine Nachbarstube eingedrungen und habe sich auf ein Bett geworfen, in dem ein Kanonier bereits schlief. Es sei hierauf zu Thätlichkeiten gekommen, bei denen Baltrusch einen Schlag mit der Fahrerpeitsche über die Stirn erhielt. Die Kanoniere hätten ihn endlich aus der Stube hinausgedrängt und die Thür zugehalten, damit Baltrusch nicht wieder hineinkäme. Erst später sei dann Baltrusch aus dem Fenster gestürzt, wie es scheint, gegen zwölf Uhr, da der Posten um diese Zeit ein Geräusch wie von einem aufschlagenden Körper gehört haben wolle. Die Verletzungen, die der Körper des Baltrusch nach Ansicht der Frau

Baltrusch aufgewiesen haben soll, seien durch die Leichenschau nicht festgestellt worden.

Die freisinnige „Ostdeutsche Volkszeitung" bemerkt zu dieser Darstellung, daß dadurch das Geheimnis des Todes jedenfalls noch nicht völlig aufgeklärt sei. Einige Aufklärungen werde vielleicht der Civilprozeß bringen, den die Witwe Baltrusch anzustrengen beabsichtige. —

Ein Matrosenschinder. Vor dem Kriegsgericht der 1. Matrosen-Inspektion zu Kiel hatte sich der aus Flensburg gebürtige Bootsmannsmaat H. von der 6. Compagnie der 1. Matrosen-Division wegen Mißhandlung von Untergebenen im Dienst zu verantworten. Der Angeklagte hielt am 27. Oktober cr. Kleidermusterung ab und war mit dem Ergebnis sehr wenig zufrieden. Er wurde deshalb sehr aufgeregt und **prügelte nicht weniger als sechs Mann.** Am schlimmsten kam ein Matrose weg, der von dem Maat einen Schlag auf dem Kopf erhielt. **Er verlor auf dem linken Ohr völlig das Gehör.** Das Trommelfell war nicht verletzt, aber es lag eine sogenannte Labyrintherschütterung vor. Der Matrose ist noch in Behandlung, und es ist bisher nur eine leichte Besserung eingetreten. Ein Matrose erhielt von dem Maat mit der **Faust einen Schlag gegen den Unterkiefer,** daß ihn der Kopf schmerzte, ein andrer mit der Mütze, ein dritter mit der Hose ins Gesicht. Der Angeklagte ist bereits wegen ungebührlichen Benehmens gegen Untergebene mit einem Verweis vorbestraft. Dessenungeachtet fiel die **Strafe** für die neuen Vergehen **ziemlich milde** aus. Der als Sachverständiger für den ersten Fall geladene Stabsarzt Dr. v. Förster berichtete zwar, daß der Matrose bei seinem Diensteintritt normale Hörfähigkeit hatte, daß die Krankheit aber nur durch einen nicht sehr starken Schlag herbeigeführt worden sein könne, da sonst das Trommelfell geplatzt wäre. Es wurden sieben Fälle von Mißhandlung Untergebener festgestellt, wofür der Maat zu einer Strafe von sechs Wochen Mittelarrest verurteilt wurde.

Die Arbeiterfreundlichkeit des Centrums in der Praxis. Aachen dürfte unter den Großstädten Preußens die Stadt sein, die die niedrigsten Arbeitereinkommen hat. Thatsache ist, daß in Aachen unter den westdeutschen Großstädten die geringsten Löhne gezahlt werden. So ist denn die Zahl derjenigen Arbeiter, die an den Stadtratswahlen teilnehmen dürfen, in Aachen lächerlich gering. Das hatte das christliche Gewerkschaftskartell veranlaßt, an das Stadtverordneten-Kollegium den Antrag zu stellen, den Wahlcensus von 6 auf 4 Mark zu ermäßigen, so daß auch die Einkommen von 600 bis 900 M. für das Wahlrecht genügen. Das Centrum hat in den rheinischen Städten mit den in nahezu allen Gemeindevertretungen dominierenden sogenannten Liberalen seinerzeit harte Kämpfe ausgefochten, um bei Beschlußfassung über die infolge der neuerlichen preußischen Steuerreform nötig werdende Aenderung der Ortsstatuten diese für die Wahlberechtigten günstiger zu gestalten. In Aachen hat das Centrum die Mehrheit im Stadtverordneten-Kollegium, und es konnte hier also das Ortsstatut nach seinen Wünschen gestalten. Es zweifelte nun in der That niemand, daß die Centrumsmehrheit den Antrag der christlichen Gewerkschaften annehmen würde, umso mehr, als in Aachen die Socialdemokratie geradezu machtlos ist und dem Centrum für absehbare Zeit ungefährlich ist. Aber es kam, wie bereits kurz gemeldet, anders. Dieser Tage verhandelte das Stadtverordnetenkollegium über den Antrag und lehnte ihn mit 21 gegen 14 Stimmen ab. Gegen den Antrag stimmten mit den 15 „Liberalen" 6 Centrums-Stadtverordnete und der dem Centrum angehörende Oberbürgermeister Veltman; ein Centrums-Stadtrat enthielt sich der Abstimmung und ein andrer Centrumsmann verließ vorher den Saal. Zwei Centrums-Stadträte hatten gegen den Antrag Reden gehalten.

Das ist Centrumsarbeiterfreundlichkeit in der Praxis; so handelt das Centrum da, wo es die Macht hat, und so bethätigt es seine angebliche Gegnerschaft gegen das elendeste aller Wahlsysteme! —

Ausland.

Schweiz.

Das Schweizer Arbeitersekretariat vor dem Ständerat.

Zürich, 8. Dezember. (Eig. Ber.) Während die vom Bundesrat verlangte Revision der Statuten und Reglemente des schweizerischen Arbeiterbundes noch in der Schwebe ist und bisher auch nicht bekannt wurde, in welchem Sinne dieselbe erfolgen soll, ist im Ständerat, der diesmal die Priorität in der Beratung des Budgets für 1903 hat, der Kredit für den Arbeiterbund bereits zur Behandlung gelangt und glatt bewilligt worden. Bundesrat Deucher selbst, der Chef des Industrie-Departements, leitete die Debatte darüber ein. Er gab nach einem Berichte Greulichs im „Volksr." eine objektive und wohlwollende Uebersicht über die Gründungs- und Entwickelungsgeschichte des Arbeitersekretariats und er erklärte sodann, daß er die unabhängige Stellung des Arbeitersekretariats nicht anfechten, sondern nur darüber wachen wollte, daß die Subvention auch zu dem Zwecke verwendet werde, für den sie bestimmt sei — was bisher, seit 1887, aber auch geschehen ist. Auch jetzt wolle der Bundesrat, daß das Arbeitersekretariat uneingeschränkt den Interessen der Arbeiter diene, jedoch erheische seine jetzige Gestaltung eine Aenderung des Reglements, nachdem vor einiger Zeit bei dem Streik am Simplon sowie bei den Vorgängen in Genf von der ganzen bürgerlichen Presse lebhafte Klagen gegen den romanischen Adjunkten Sigg geführt worden. Also die gewissenlose Hetze der Geldsackspresse hat den Bundesrat mit Erfolg scharf gemacht. Dieses Eingeständnis ist ebenso interessant wie wertvoll. Weiter führte Bundesrat Deucher aus, daß man sich von den Kantonsregierungen in Wallis und in Genf über die Wirksamkeit Siggs Berichte habe erstatten lassen, in denen dieselbe von ersterer ungünstig, von der andren günstig beurteilt worden sei. Die Walliser Regierung selbst hat aber bei den Streiks am Simplon eine so elende und perfide, zu Gunsten der großen, reichen Unternehmer wie zu Ungunsten der brutal ausgebeuteten italienischen Arbeiter parteiische Rolle gespielt, Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiter mit Füßen getreten, brutale Verhaftungen und Ausweisungen vorgenommen, daß ihr das schlechteste Zeugnis gebührt und daß sie verdient hätte, zum Teufel gejagt zu werden. Jedenfalls hat auch der Bundesrat in dem Parteibericht dieser katholisch-frommen und gewaltthätigen Geldsackregierung ein Haar gefunden, denn Herr Deucher erklärte ihn für abgethan. Da ihm aber auch der überraschend günstige Bericht der Genfer Kantonsregierung keinen Anlaß zum Einschreiten gebe, so beantragte Bundesrat Deucher selbst die Bewilligung der Subvention von 25000 Frank an den Arbeiterbund. Jedoch berührte er die Verurteilung Siggs. Es frage sich, ob für einen Adjunkten des Arbeitersekretariats die bürgerlichen Ehrenrechte Erfordernis seien.

Eine solche perfide Rache ging selbst dem Herrn Lachenal, der Mitglied des Ständerats ist und der bekanntlich Präsident des Genfer Kriegsgerichts war, zu weit. Er erklärte, daß eine Streichung oder Verminderung seiner Besoldung von der öffentlichen Meinung mit ausgesprochenem Widerwillen entgegen genommen wurde. Es geht nicht an, einem Bürger die Existenzmittel abzuschneiden und ihn gar mit der Hungerkur mürbe machen zu wollen.

Die 25000 Fr. Subvention an den Arbeiterbund wurden hierauf bewilligt, nun hat darüber noch der Nationalrat das Wort, in dem die arbeiterfeindlichen Geldsackvertreter ihrem Hasse gegen das Arbeitersekretariat und die ganze Arbeiterbewegung freien Lauf lassen werden. Das Endergebnis wird voraussichtlich aber auch hier die Bewilligung der Subvention sein. Und hoffentlich bleibt der Arbeiterbund aufrecht und lehnt auch die Maßregelung des Genossen Sigg mit aller Entschiedenheit ab.

Frankreich.

Zuckerreform und Brüsseler Konvention.

Paris, 8. Dezember. (Eig. Ber.) Die Brüsseler Zuckerkonvention bedeutete für Frankreich wie für die andern kontinentalen Länder einen Bruch mit der bisherigen Prämienwirtschaft und der damit verknüpften Ueberlastung der einheimischen zu Gunsten namentlich der englischen Konsumenten.

Seit 1884, seit dem Beginn der französischen zunächst indirekten Prämienwirtschaft ist die französische Zuckerproduktion von rund 270 000 auf 1 100 000 Tonnen gestiegen. Davon aber werden im Inlande, wo der Zucker dreimal so teuer ist wie in England (1 Frank 05 Cts bis 1 Fr. 10 Cts. pro Kilo), nur 420 bis 440 000 Tonnen konsumiert. Die in der Brüsseler Konvention vorgeschriebene Abschaffung jeder Art von Prämien stellte also Frankreich vor die Notwendigkeit, den inländischen Konsum zu heben. Das konnte nur durch die Herabsetzung der Zuckersteuer erzielt werden. Dies der Hauptpunkt der Zuckervorlage, welche die Regierung vor der Ratifikation der Brüsseler Konvention zur Debatte stellte. Die Vorlage ermäßigte die Steuer von 62 auf 25 Fr. pro Centner.

Die Zwangslage, in die Frankreich nach der Brüsseler Konvention bezw. nach der Bestätigung derselben durch die andren Vertragsländer sich versetzt sah, ließ von vornherein jede Opposition gegen die Zuckerreform als aussichtslos erscheinen. Trotzdem kam es in der Deputiertenkammer zu leidenschaftlichen Kämpfen, in denen, wie in solchen Fragen üblich, die allgemeine parteipolitische Gruppierung der bürgerlichen Abgeordneten durch regionale Interessengruppierungen zersetzt wurde. Die beiden parteipolitischen „Blocks" von links und rechts zerbröckelten, um den politisch unterschiedslosen „Blocks" des Südens und des Nordens Platz zu machen. Die Vertreter des Wein produzierenden Südens unter radikaler Führung stemmten sich gegen die Verbilligung des Zuckers, weil dadurch die Weinpantscherei gefördert und so der Absatz des Naturweins geschädigt werden würde. Die verschmitzten Südfranzosen sicherten sich ferner den Beistand der Eigenbrenner und der Vertreter der Grenzgebiete. Jenen droht nämlich die kommende Budgetvorlage mit der Einschränkung ihrer skandalösen Alkoholsteuerfreiheit, die von ihnen betrügerisch zum Verkauf von steuerfreiem Alkohol mißbraucht wird. Den Grenzgebieten droht der Verlust des billigen Tabaks. Beide Budgetreformen werden ganz besonders unvermeidlich, wenn die Zuckersteuer ermäßigt wird. Die Vertreter des Zucker produzierenden Nordens finden dagegen die Ermäßigung der Zuckersteuer unzureichend, um den Ausfall der Zuckerausfuhr durch den inländischen Absatz zu decken.

Doch die hartnäckigen Vertagungs- und Abänderungsanträge des südlichen Blocks wurden mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Die Zuckerreform gelangte zur Annahme mit 527 gegen bloß 14 Stimmen bei ebenso vielen Enthaltungen.

Damit war zugleich die Bestätigung der Brüsseler Konvention gesichert, welche sogar einstimmig erfolgte. Die Debatte über die Konvention trug einen akademischen und mehr retrospektiven Charakter. Sie war eigentlich ein glänzender rednerischer Zweikampf zwischen Ribot, dem Urheber der Prämienwirtschaft, und Caillaux, dem früheren Finanzminister, der für das Zustandekommen der Brüsseler Konvention wirksam eingetreten war. Ribot hielt dem Zuckerwucher eine tiefbetrübte und doch resignierte Grabrede, indem er gegen das neue Regime schwere Bedenken äußerte. Er begründet die deutsche Konkurrenz, die mit geringeren Produktionskosten und einer geringeren Zuckersteuer arbeitet, nicht nur auf dem englischen, sondern auch auf dem französischen Markt. Um so mehr, als das deutsche Zuckerkartell ein weiteres nachteiliges Moment bildet für die von Gesetzes wegen in Frankreich nicht kartellierbare Zuckerindustrie. Ferner sieht er Konflikte voraus infolge der indirekten Bevorzugung seines Kolonialzuckers durch England. Caillaux zählte dagegen das Sündenregister der Prämienwirtschaft auf, die seit 1884 den Konsumenten für sich allein, ohne den der Staatskasse zugefallenen Nettobetrag an Steuer hinzuzurechnen, um 1 Milliarde 87 Millionen geschröpft hat. Zugleich begrüßte er die Brüsseler Konvention als den Beginn einer internationalen Verständigung gegen die Schutzzöllnerei und die Kartellwirtschaft im allgemeinen. Die Furcht vor dem deutschen Zuckerkartell erklärte er hinfällig, weil der in der Konvention vorgeschriebene geringe Zuckerzoll von 6 Fr. die Vorteile des Kartells in Bezug auf die Ausfuhr so gut wie aufhebe.

Die optimistischen Zukunftshoffnungen des freihändlerischen Caillaux konnte Ribot freilich durch den Hinweis auf den Zollkampf im deutschen Reichstage wirksam dämpfen.

Von revolutionär-socialistischer Seite wurde eine Anregung auf Verstaatlichung der Zuckerraffinerie eingebracht; die Regierung wurde eingeladen, einen dahingehenden Gesetzentwurf auszuarbeiten. Finanzminister Rouvier lehnte die Einladung als selbstverständlich ab. Trotzdem erzielte die Motion 217 gegen 292 Stimmen. —

Belgien.

Die belgische lex **Heinze** ist in erster Lesung beendet. Der § 1 des Gesetzes ist angenommen; danach sollen Ausrufe, Gesangs- und rednerische Vorträge, wenn sie an öffentlichen Orten gehalten werden und welche gegen die Sittlichkeit verstoßen, mit Strafe belegt werden. Geschehen diese Vorträge vor Minderjährigen, so soll doppelte Strafe eintreten. Unter Verstoß gegen die „guten Sitten" meint die klerikale Mehrheit, wie Herr Woeste ausdrücklich betonte, die „christliche Moral". Die Redner der Opposition, Janson, Hymans und Lorand von den Progressisten, Vandervelde, Hector Denis und Demblon von den Socialisten bemühten sich, der klerikalen Mehrheit das Gefährliche dieser Interpretation nachzuweisen. Demblon citierte eine Reihe Bibelstellen, die er für die Jugend als ganz ungeeignet erklärte, sowie katholische Schriftsteller, welche ohne weiteres unter das neue Gesetz fallen würden. Wenn die klerikalen über die lare Moral und die Unsittlichkeit der belgischen Jugend jammerten, so fiele die Schuld auf sie selbst zurück, denn die klerikalen seien es, die seit 18 Jahren die Erziehung des Volkes in den Händen haben. Als Demblon die berüchtigten Schriften des klerikalen Schriftstellers Alfons von Liguori citieren wollte, wurde vom Präsidenten die Oeffentlichkeit ausgeschlossen. In der belgischen Kammer ist der Präsident berechtigt, geheime Sitzungen zu veranstalten, wenn dies im „öffentlichen, nationalen oder diplomatischen Interesse" liegt. Trotz energischen Protestes seitens der Linken beschließt die Majorität demgemäß. Darauf verzichten Demblon, Smeets sowie überhaupt sämtliche Redner der Opposition auf das Wort. Es kommt zu tumultuarischen Scenen; die Maßnahme des Präsidenten bezw. der Mehrheit bedeute die Vernichtung des parlamentarischen Princips und die Aufhebung der Freiheit der Tribüne. Nachdem die Majorität den § 1 angenommen hat, wird die Oeffentlichkeit wieder hergestellt. Die zweite Lesung wird vertagt. —

Asien.

Neue revolutionäre Zuckungen in China. „Daily Expreß" meldet aus Hongkong, in Südchina sei neuerdings eine Revolution ausgebrochen; ein General der regulären Armee sei getötet und mehrere Offiziere gefangen genommen worden. Die Missionare versichern, die Revolution werde eine große Ausdehnung gewinnen. —

Afrika.

Zu den marokkanischen Unruhen. Madrid, 11. Dezember. Die immer bedrohlicher lautenden Meldungen aus Marokko rufen in Regierungskreisen große Erregung hervor. Man befürchtet, daß nunmehr die europäischen Großmächte intervenieren werden. —

Der Mullah ermordet? Eine Meldung des „Reuterschen Bureaus" aus Garrero vom 4. Dezember, die in Berbera am 7. Dezember eingetroffen ist, verzeichnet das Gerücht, daß der Mullah während des Gebets durch einen Lanzenstich in den Unterleib ermordet worden sei. —

Der Bankierkrieg gegen Venezuela.

Zwischen den „verbündeten" Mächten Deutschland und England und Venezuela herrscht nun thatsächlich der Kriegszustand. Die Mächte haben die venezolanische „Kriegs"-Flotte nicht nur beschlagnahmt, sondern auch **vernichtet.** Der Vorgang der Beschlagnahmung und Zerstörung der Schiffe wird vom Wolffschen Telegramm folgendermaßen geschildert: „Zehn deutsche und vier englische Kutter kamen am Dienstag längsseits der venezolanischen Schiffe und forderten dieselben, ohne zu schießen, auf, sich zu ergeben. Die Verbündeten nahmen alsdann die venezolanische Flotte im Namen des deutschen Kaisers und des Königs von England weg. Das Kanonenboot „Panther" dampfte während dieser Vorgänge in den Hafen hinein und machte klar zum Gefecht. Die venezolanischen Schiffe wurden hierauf außerhalb des Hafens geschleppt und um 2 Uhr morgens wurden der „General Crespo", „Tutumo" und die „Margarita" **versenkt.** „Affun" allein entging dem Geschick, weil der französische Geschäftsträger den Einwand erhob, daß er Besitztum eines Franzosen sei. Um 10 Uhr abends am 9. landeten 130 deutsche Matrosen und begaben sich nach der Vorstadt Cardonal, woselbst die Wohnung des deutschen Konsuls Lentz ist. Sie geleiteten den Konsul samt seiner Familie zur „Vineta". Als sie von Cardonal zurücklamen begegneten sie einem Trupp venezolanischer Soldaten, ohne daß es zu einem Zusammenstoß kam. Um 5 Uhr morgens am 10. landete eine Abteilung von 30 englischen Matrosen und begab sich nach dem britischen Konsulat; von hier aus geleiteten sie den Konsul Schunck mit Familie nach der „Retribution". Die in La Guayra ansässigen Deutschen und Engländer wurden verhaftet, außer einigen, die sich in ihren Häusern verbarrikadiert hatten; 820 Seeleute der Verbündeten befreiten diese ohne Widerstand. Inzwischen machten die Schiffe klar zum Gefecht. Die Verbündeten fuhren in den Hafen ein und liegen 300 Fuß von dem Zollhause entfernt. Die Landung von Marinesoldaten hat begonnen."

Die Union schützt die Ausländer.

(Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Der amerikanische Gesandte in Caracas, Bowen, der den Schutz der deutschen und der englischen Interessen übernommen hat, hat dem Staatsdepartement berichtet, daß gestern eine Anzahl Deutsche und Engländer verhaftet worden seien. Er habe sich unverzüglich an Castro gewandt, um die Freilassung der Verhafteten zu erlangen, und Castro dabei darauf hingewiesen, daß er — Bowen — mit dem Schutze der deutschen und englischen Unterthanen betraut sei. Castro habe zuerst seine Berechtigung hierzu nicht anerkennen wollen; er habe ihn dann aber überzeugt, daß er — Bowen — in seinem Rechte sei. Castro habe schließlich mit Widerstreben seine Einwilligung zur Freilassung der hauptsächlichsten Gefangenen gegeben. Bowen fügt dann hinzu, er werde auch auf Freilassung der übrigen Gefangenen dringen. Bowen wünscht als Friedensvermittler zu dienen; das Staatsdepartement hat aber beschlossen, daß er eine solche Rolle nur auf Ansuchen Venezuelas und unter der Voraussetzung übernehmen soll, daß der deutsche und der englische Vertreter dem Gedanken zustimmen.

Weitere Ausländerverhaftungen.

Aus Curacao wird gemeldet: Die englischen Einwohner von Caracas sind sämtlich verhaftet worden mit Ausnahme Cherrys, eines Beamten der venezolanischen Centralbahn, und des Telephondirektors Wallis. Siebenundneunzig in Caracas ansässige Deutsche sind verhaftet worden. Auch der belgische Geschäftsträger Goffart wurde irrtümlicherweise verhaftet. Die venezolanische Regierung hat die britische La Guayra-Bahn und die deutsche Centralbahn mit Beschlag belegt.

Widerstands-Vorbereitungen Castros.

Dem Pariser venezolanischen diplomatischen Agenten ist von seiner Regierung die Mitteilung zugegangen, daß Deutschland und England gestern gemeinsam eine ebenso willkürliche, wie ungewöhnliche feindselige Handlung gegen Venezuela begangen hätten, indem sie in La Guayra Gewaltthätigkeiten gegenüber den dort auf der Reede liegenden Schiffen vollführten. Die Regierung habe in Ausübung berechtigter Repressalien die im Lande befindlichen Staatsangehörigen des Feindes verhaften lassen und die denselben gehörigen Eisenbahnen und ihr sonstiges Besitztum mit Beschlag belegt. Präsident Castro habe **einen Aufruf** erlassen, **durch welchen alle Venezolaner zu den Waffen gerufen werden** und die Gewährung einer allgemeinen Amnestie für alle politischen Vergehen sowie die Rückgabe des eingezogenen Eigentums von Inländern verfügt.

In Los Gaur sind 2000 **Mann unter dem Befehl des Kriegsministers eingetroffen.** Im Hafen befindet sich das englische Kriegsschiff „Indefatigable".

In einer Unterredung sagte Präsident Castro, er hätte für das Verhalten der englischen Behörden auf Trinidad, welche die Aufständischen jahrelang unterstützt hätten, Genugthuung fordern sollen. Bezüglich Patos erklärte Castro, England bemühte sich, durch Gewalt zu erlangen, was es wahrscheinlich durch die Diplomatie erreicht hätte; denn er habe beabsichtigt, im März 1903 den Kongreß einzuberufen. Ueber Deutschland und seine Anleihe, die nicht während seiner Amtsführung aufgenommen sei, bemerkte Castro, es sei sein lebhaftester Wunsch, die Zinszahlungen wieder aufzunehmen, sobald der Friede wieder hergestellt sei.

Die Aufregung der Venezolaner.

In Caracas fanden am Dienstagabend nach 8 Uhr große Kundgebungen statt, nachdem die Nachricht von der Wegnahme venezolanischer Kriegsschiffe in La Guayra durch die deutsche und die englische Flotte bekannt geworden war. Eine große Menge veranstaltete Aufzüge mit Fahnen in den Straßen der Stadt; an verschiedenen Stellen wurden erregte Reden gehalten. Volkshaufen versuchten die Eingänge zur deutschen Gesandtschaft und zum deutschen Konsulat zu erbrechen. Die Polizei bemühte sich nicht, die Teilnehmer an den Kundgebungen zu zerstreuen. Im Laufe des Abends wurden deutsche und englische Fahnen verbrannt.

Ueber die Situation in Venezuela

schreibt die „Kölnische Zeitung": „Es ist nicht zu leugnen, daß die Angelegenheit, wenn die „Reuter"-Meldung sich bestätigt, ein **sehr viel ernsteres Aussehen gewinnt** und daß dann neben und vor der finanziellen Frage die **Frage des beleidigten Völkerrechts** in den Vordergrund gerückt wird. Weder in Deutschland noch in England dürfte es Personen geben, die gegenüber den Vorgängen in Venezuela nicht mit vollster Entschiedenheit durchaus ausreichende Sühne zu fordern entschlossen wären. Wir werden sie um so leichter erlangen können, als wir der empörenden Herausforderung gegenüber volle Ruhe behalten, eine Ruhe, die die größte Energie nicht ausschließt. Nach der Wendung, die die Dinge jetzt genommen zu haben scheinen, tritt noch deutlicher hervor, daß die Vereinigung Deutschlands und Englands in dieser Angelegenheit ein besonders glücklicher Umstand ist, der das gesamte Vorgehen außerordentlich erleichtern wird.

Wie wäre es, was die „volle Sühne" anlangt, mit einer Sühnefahrt nach Muster der chinesischen Sühne-Komödie? —

Die wirtschaftlichen Schädigungen durch die neuen Kriegswirren

werden in dem „Hamb. Beob." durch folgenden Brief eines deutschen Kaufmanns in Venezuela indirekt geschildert:

„In den letzten drei Wochen ist in der Lage dieses Landes ein unerwartet plötzlicher Umschwung eingetreten. Nachdem das über 10 000

Mann zählende Revolutionsheer vergeblich das von dem Präsidenten General Castro persönlich befehligte und in starker Stellung befindliche Heer der Regierung angegriffen und sich auf beiden Seiten schwere Verluste ergeben hatten — nach Angabe des General Castro selbst mußte mit 3000 Toten und Verwundeten gerechnet werden — zogen die Aufständischen Anfang dieses Monats plötzlich ab und teilten ihr Heer in verschiedene Trupps. Mittlerweile ist der Präsident an der Spitze seiner Truppen wieder in Caracas eingezogen. Die jetzt im ganzen Lande zerstreuten Banden der Aufständischen werden von der Regierung eifrig verfolgt. Die Revolution, die stärkste, die das Land je erlebt hat, hat damit ihr Ende erreicht. Natürlich wird es noch eine Zeitlang dauern, die verschiedenen zersprengten Abteilungen zu entwaffnen. Ich bin jedoch der Meinung, daß die Regierung jetzt mit der bisher bewiesenen Energie den Aufstand total bewältigen und dem Lande den so sehr ersehnten Frieden wiedergeben und erhalten kann.

Es ist ein Glück zu nennen, daß die Revolution so zeitig zu Ende gegangen ist, daß man die bevorstehende Kaffee- und Cacao-Ernte, die beide als quantitativ günstig bezeichnet werden, gut hereinbekommen kann."

Aus Industrie und Handel.

Aus den gestrigen Wahlen zum Aeltesten-Kollegium sind meist Herren als Erwählte hervorgegangen, die für unbedingte Aufrechterhaltung der Korporation eintreten. Gewählt wurden die Herren Kantorowicz mit 2321 Stimmen, Geh. Rat Helfft 2250, Otto Luther 2246, Stadtrat Kämpf 1517, Stadtrat Weigert 1488, Caspar Levy 1427, Max Richter 1384, Heinr. Maaß 1344, Alb. Schwaß 1341, Aug. Deter 1326, Jul. Melchior 1324, Herm. Richter 1323, Bernh. Meyer 1318, Komm.-Rat Beermann 1312, Komm.-Rat Rob. Landsberg 1306, Dr. Antrik 1301, Louis Mann 1284, Prädikow 1276, F. F. A. Schulze 1259, Willy Schlesinger 1249, Theod. Marcus 1205, Fr. v. Mendelssohn 1155, Alfred Löwenberg 1151. Unter den Gewählten befinden sich nur zwei, nämlich die Herren v. Mendelssohn und Löwenberg, die zugleich der Korporation und der Handelskammer angehört haben; die sämtlichen andren Gewählten gehören derjenigen Partei an, die für Aufrechterhaltung der Korporation eintreten will.

Wie der „Berliner Börsen-Courier" zu berichten weiß, hat Herr Franz v. Mendelssohn die Erklärung abgegeben, daß er seine Wiederwahl zum Aeltesten-Kollegium nicht annehmen könne. Herr v. Mendelssohn ist zu diesem Entschluß durch die Erwägung veranlaßt worden, daß die Majorität der Korporationsmitglieder sich durch den Ausfall der Wahlen principiell gegen die Doppelmandate erklärt habe. Dagegen hat Herr Alfred Löwenberg sich entschlossen, die Wahl zum Aeltesten-Kollegium anzunehmen.

Die Mitteilungen über die Geschäftslage der Dortmunder Handelsbank und ihr Verhältnis zu dem früheren Direktor Siebert werden immer rätselhafter. Nach der „Rheinisch-Westfälischen Ztg." hat gestern eine Konferenz und Prüfung der Banklage seitens Dortmunder Bankiers und Finanziers stattgefunden, deren Resultat ein relativ günstiges gewesen sein soll. Es wurde danach festgestellt, daß die Außenstände der Bank zum nicht geringen Teil gedeckt sind und daß diese Deckungen, wenn auch nicht in kürzerer Zeit und nicht ohne Verluste realisierbar sein werden. Andrerseits ergab sich, daß die Forderung der Hauptgläubigerin, der Haupt-Ein- und Verkaufs-Genossenschaft für Getreide und landwirtschaftliche Bedarfsartikel für Westfalen, G. m. b. H., Dortmund nur etwa 300 000 M. (statt 600 000 M., wie anfangs mitgeteilt wurde) betrage und reichlich gedeckt sei. Ein Konkurs der Bank wird allgemein als vermeidlich angesehen, die momentanen Schwierigkeiten gelten als beseitigt. Ein Fortbestehen der Bank wird für nicht unmöglich gehalten.

Inzwischen fährt die Verwaltung der Dortmunder Handelsbank mit allerlei Entgegnungen fort auf die von uns in der letzten Sonntags-Nummer wiedergegebene Darstellung der „Dortmunder Ztg". Zu der letzten dieser Veröffentlichungen heißt es:

„Die von Herrn Siebert beliebte Darstellung, er habe freiwillig sein Amt als Vorstand niedergelegt, verbreitet derselbe aus naheliegenden Gründen, und zwar gegen besseres Wissen wahrheitswidrig. Als ihm der Aufsichtsrat der Bank seinen Beschluß, daß er seines Amtes enthoben sei, am 4. d. M. persönlich eröffnete, sagte Siebert bestürzt: „Darf ich die Herren um Angabe des Grundes bitten?" Hieraus geht schon hervor, daß Herr Siebert nicht freiwillig sein Amt niedergelegt hat. Zu dieser Maßregel gaben, ganz abgesehen von seinen geschäftlichen Verfehlungen, sein Privatleben und die damit in Zusammenhang stehenden enormen Geldaufwendungen Anlaß. Charakteristisch für Herrn Siebert ist die Thatsache, daß er wegen schwerer Verfehlungen seiner früheren Stellung bei einer Bank in der Rheinprovinz gleichfalls enthoben wurde. Das bei jener Bank eingetretene Deficit belief sich auf über 500 000 M. Herr Siebert flüchtete damals ins Ausland und kam erst nach Deutschland zurück, nachdem zwischen der geschädigten Bank und seinen Angehörigen ein Arrangement getroffen war, nach welchem Siebert heute noch Abschlagszahlungen zu leisten hat. Hätten wir von diesen Vorgängen Kenntnis gehabt, so würde die Anstellung des Siebert selbstverständlich unterblieben sein."

Von andrer Seite wird wieder behauptet, daß bei der Handelsbank gegenwärtig Bergwerksgerechtigkeiten bei Kupferdreh mit 630 000 Mark zu Buch stehen sollen, die von Wulff seiner Zeit zu 22 000 Mark erworben und mit 500 000 M. in die Bank eingebracht wurden. Ferner weiß die „Kölnische Zeitung" zu berichten, daß die Haupt-Ein- und Verkaufsgenossenschaft zwei Zweigstellen, und zwar je eine in Münster i. W. und in Minden besitzt. Alles Getreide, alle Futtermittel usw., welche diese Zweigstellen kauften, wurden von der Centrale in Dortmund abgerechnet. Statt der bedungenen Barzahlung oder eines Einmonatsacceptes erhielten die Lieferanten langfristige Accepte von der Handelsbank oder Wulff.

Wie weit die verschiedenen Behauptungen richtig sind, muß die gerichtliche Untersuchung lehren.

Die neuen Stahlschienenwerke in Sault Sainte Marie (Kanada) sind, wie dem „Daily Chronicle" aus Montreal gemeldet wird, geschlossen und 500 Arbeiter brotlos geworden, weil die Gesellschaft den Wettbewerb der eingeführten deutschen Schienen nicht aushalten kann. Trotzdem Kanada nicht in der Lage ist, irgend etwas an Deutschland zu verkaufen, überschwemmt letzteres Land den hiesigen Markt mit Stahlschienen, von denen in diesem Jahre eine Menge im Werte von mehr als einer Million Pfund Sterling eingeführt worden ist. Gegenwärtig besteht kein Zoll auf Schienen, doch hält man in einigen Kreisen dafür, daß in der nächsten Parlamentstagung ein solcher auferlegt werden wird.

Die Unklarheit der Verhältnisse des rheinischen Eisenmarktes ist nach der „Kölnischen Zeitung" größer als je bisher. Namentlich wenn man sämtliche Zweige der Fertigwaren überblickt, so ist die Lage so verworren wie niemals zuvor. Der Beschluß der Walzwerke, den Markt für Walzeisen freizugeben, hat alsbald zu ganz außerordentlich billigen Preisstellungen geführt. Die Hütten erwägen die Möglichkeit der Wiedereinführung eines Mindestpreises, auch wenn vor der Hand eine fester geschlossene Vereinigung nicht so rasch herbeizuführen ist. Demgegenüber sind die großen Roheisen-Vorräte bei vielen Stahlwerken erheblich zurückgegangen, andre haben schon wieder Hochöfen ins Feuer genommen. Im Roheisengeschäft hat sich ein sonderlicher Zug nicht entwickeln können; dagegen ist in Westfalen ein ganz beträchtliches Geschäft in Gießerei-Eisen, teilweise auch zur Ausfuhr, zu verzeichnen.

Daß Kanada nicht in der Lage ist, „etwas an Deutschland zu verkaufen", hat es durch seine Zollgesetzgebung, besonders durch seine Begünstigung Englands durch Differenzialzölle, selbst verschuldet. Doch auch für die Zollpolitik der deutschen Reichstagsmehrheit ist obige Notiz lehrreich. Sie zeigt, daß die Erhöhungen der Zölle für deutsche Eisen- und Stahlerzeugnisse zu dem Zwecke, die höheren Gewinnerträge im Inlande zur Unterbietung der Konkurrenz auf den Auslandsmärkten zu benutzen, nur den Erfolg haben werden, daß die betroffenen Länder auch ihrerseits die Zölle erhöhen.

Gewerkschaftliches.

An die Centralvorstände und Gewerkschaftskartelle der Gewerkschaften Deutschlands!

Werte Genossen!

Wie Euch bekannt ist, führen die Weber in Meerane einen erbitterten Kampf um Aufbesserung ihrer Löhne. Die jahrelangen, fortgesetzten Lohnreducierungen haben es dahin gebracht, daß der Durchschnittsverdienst des Meeraner Webers 9 M. wöchentlich nicht übersteigt, Hunderte von Webern verdienen aber bei vollem Geschäftsgang kaum 6—7 M. wöchentlich. Da in diesem Jahre die Meeraner Industrie besonders gut geht, so glaubten die Arbeiter den fortwährenden Lohnreducierungen damit entgegen zu treten, daß den Fabrikanten ein Lohntarif unterbreitet wurde (der eingereichte Tarif wurde bereits im Jahre 1895 von der Firma Fock u. Baum gezahlt), welcher für alle Betriebe in Kraft treten sollte.

Die Unternehmer antworteten mit einem Gegentarif, welcher in vielen Punkten noch niedrigere Löhne festsetzte, als die zuletzt gezahlten. Die Unternehmer erklärten wohl, daß da, wo früher höhere Löhne gezahlt seien, als im Tarif festgesetzt sind, diese Löhne auch weiter gezahlt werden sollen, damit konnte jedoch den Arbeitern nicht geholfen werden, weil diese eine Lohnerhöhung verlangten.

Da es trotz vielfacher Versuche zu keiner Einigung kam, so erfolgte am 10. Oktober die Arbeitsniederlegung. Am Streik beteiligt sind auch andre Orte, welche für Meerane arbeiten, so daß zur Zeit im Ausstand stehen in Meerane 1976 Personen, in Glauchau 282 und in Reichenbach, Mylau, Elsterberg und Dölau 300 Personen; zusammen sind 2000 Streikende mit ca. 2000 Kindern zu unterstützen. Die Unterstützung für die ersten acht Wochen hat der Textilarbeiter-Verband aus eignen Mitteln gezahlt; da aber der Streik voraussichtlich von längerer Dauer sein wird, so sind wir genötigt, uns um Unterstützung an andre Organisationen zu wenden.

Die Situation für die Streikenden ist insofern günstig, weil Streikbrecher so gut wie gar nicht vorhanden sind, in sämtlichen Betrieben in Meerane sind 82 Weber am Arbeiten.

Wir hoffen, uns in diesem Falle nicht vergebens an die Solidarität der deutschen Arbeiter zu wenden. Helft den armen Webern in Meerane!

Zu dem Aufruf des Meeraner Gewerkschaftskartells in voriger Nummer teilen wir berichtigend mit, daß alle von den Gewerkschaftskartellen und Verbänden für die streikenden Weber bestimmten Gelder nur an den Hauptkassierer des Verbandes: Georg Trene, Berlin O. 112, Kronprinzenstraße 47, zu senden sind.

Der Centralvorstand
des Textilarbeiter-Verbandes.

Gemäß obigen Beschlusses und mit Zustimmung der Verbandsleitung sind für Berlin und Umgebung alle gesammelten Gelder sowie Unterstützungen seitens der Gewerkschaften an das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Engel-Ufer 15, abzuliefern. Ueber die Einsendungen wird öffentlich im „Vorwärts" Quittung gegeben; die Gelder werden dem Verbande der Textilarbeiter überwiesen; es ist diese eine Sammelstelle gewählt worden, um eine geordnete und übersichtliche Abrechnung zu ermöglichen.

Gelder, welche mittels der Post eingesandt werden, sind an A. Körsten zu adressieren.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Da seitens des Berliner Bezirksvereins deutscher Ingenieure in hiesigen Betrieben der Metallindustrie sogenannte Dank- oder Ergebenheitsadressen in Umlauf gesetzt werden und versucht wird, die Unterschriften der Arbeiter zu erhalten, ersuchen wir alle Kollegen und Vertrauensleute, uns, wenn ihnen dies Machwerk der Bauchrutscher begegnet, sofort Nachricht zukommen zu lassen. Die Ingenieure, die nichts darin finden, in tiefster Ergebenheit und Demut zu ersterben, mögen das thun. Das ist ihre Sache. Die Welt wird wenig an solchen Leuten verlieren. Die organisierten Arbeiter möge man aber mit solchen Dingen verschonen, diese haben noch nicht alle Achtung vor sich selbst verloren.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Beim Bremer „Vulkan" in Vegesack sind Differenzen mit den Nietern und Stemmern ausgebrochen, weil einer derselben gemaßregelt wurde und die Accordlöhne eine Herabsetzung erfuhren. Letzteres wird mit der Einführung technischer, das Nieten erleichternder Neuerungen sowie damit begründet, daß die Gesellschaft — welche im Vorjahre 12 Proz. Dividende zahlte — ohne die Lohnherabsetzung nicht konkurrenzfähig bleiben könne. Vorstellungen der Arbeiter bei der Direktion hatten das Ergebnis, daß die Maßregelung zurückgenommen und eine Neuregelung der Accordlöhne in Aussicht gestellt wurde.

Die Zimmerer in Gollnow (Pommern) haben bei ihren Meistern beantragt, daß der Stundenlohn von 32 Pf. auf 35 Pf. erhöht werde. Für Junggesellen und für Gesellen, die das 65. Lebensjahr bereits überschritten, soll der Lohn der freien Vereinbarung unterliegen, jedoch darf nicht unter 25 Pf. bis 28 Pf. gezahlt werden. Für Ueberstunden und Sonntagsarbeit soll ein Zuschlag von 10 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Die längste Arbeitszeit soll auf zehn Stunden festgesetzt werden. Bei Landarbeiten wird die Beschaffung von Logis, die den Witterungsverhältnissen entsprechend eingerichtet sein müssen, gefordert. Eine Antworte haben die Meister noch nicht erteilt.

Gewerbegerichtswahlen. In Benrath bei Düsseldorf siegte die Liste der freien Gewerkschaften mit 190 Stimmen über die der Christlichen, auf welche 124 Stimmen entfielen.

Ausland.

Die Delegierten-Versammlung des schweizerischen Textilarbeiter-Verbandes, welche jüngst in Zürich abgehalten wurde, war von 24 Delegierten aus 16 Sektionen mit ca. 600 Mitgliedern besucht. Die Zahl der organisierten Textilarbeiter in der Schweiz ist größer, sie dürfte mit dem Appenzeller Weberverband, der ca. 1300 Mitglieder hat, sowie mit den Stickerorganisationen vielleicht gegen 3000 umfassen; allein dem genannten Verbande gehört leider nur eine kleine Zahl von Mitgliedern an. Die Delegierten-Versammlung gab nun ihrem Verbandskomitee den Auftrag, auf eine Zusammenfassung aller vorhandenen Organisationen in einen Centralverband hinzuwirken. Ferner soll mit Hilfe der socialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftsbundes unter den Textilarbeitern zur Ausbreitung der Organisation eine lebhafte Agitation entfaltet werden. Von der Gründung besonderer Fabrikorganisationen will man absehen. Dem Gewerkschaftsbund will man ohne Streikversicherung beitreten, dem internationalen Textilarbeiter-Sekretariat in England gemeinsam mit den übrigen Organisationen oder mit 400 Verbandsmitgliedern. Endlich will man im Verband auch die Reise-Unterstützung einführen und zu diesem Zweck die Beiträge erhöhen, worüber eine Urabstimmung der Mitglieder entscheiden soll. Als Vorort wurde Zürich bestätigt.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch bei Dräsel, Neue Friedrichstraße, eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der beschlossen wurde, den monatlichen Beitrag von 20 auf 25 Pf. zu erhöhen und den § 4 des Vereinsstatuts dementsprechend abzuändern. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt, nachdem der Vorsitzende und der Genosse Bittner den Antrag begründet hatten. Hierauf referierte Stadtv. Genosse Dr. A. Bernstein über: „Kommunale Reform". Der Redner, der zunächst auf die gegenwärtige politische Situation hinwies, erörterte in eingehender Weise die Forderungen der Socialdemokratie auf kommunalem Gebiete, er kritisierte die vorhandenen Mängel, namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens, der Krankenpflege, der Wohnungsfrage, des Verkehrswesens und der socialen Fürsorge für die städtische Arbeiterschaft und kennzeichnete hierbei das reaktionäre Gebahren der Freisinnigen den Forderungen der Socialdemokratie gegenüber. — Dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag folgte eine längere Diskussion, an der sich auch ein Freisinniger, Herr Sachs, beteiligte, der zwar im allgemeinen den Forderungen des Referenten zustimmte, aber das Verhalten der Freisinnigen in der Stadtverwaltung zu rechtfertigen versuchte. Er meinte, daß in der Frage der Durchquerung der Linden durch die städtische Straßenbahn gegen die Anordnungen von höherer Stelle nichts gemacht werden konnte und er führte dann weiter aus, daß nicht die notwendigen Mittel vorhanden wären, um für jede Schule einen Arzt anzustellen und ca. 250 Schulärzte auskömmlich besolden zu können. — Den Genossen Oppel und Bernstein war es ein leichtes, demgegenüber den Nachweis zu erbringen, daß die Kommune bei einigem guten Willen sehr gut im stande wäre, die Mittel zur Anstellung genügender Schulärzte und auch noch für viele andre notwendige kulturelle Aufgaben zu beschaffen. Es brauchten nur die unnützen Ausgaben vermieden und andrerseits könnten die Einnahmen der Kommune um Millionen erhöht werden, wenn man sich nur entschließen könnte, z. B. das Verkehrswesen, die Elektricitätswerke und sonstige Betriebe in städtische Regie zu übernehmen. Dafür ist aber die freisinnige Majorität im „Roten Hause", die lediglich darauf bedacht ist, das kapitalistische Interesse zu wahren, nicht zu haben und deshalb fällt es so oft schwer, die notwendigsten socialen Reformen durchzuführen. Von den Rednern wurde sodann noch das ganze Verhalten der Freisinnigen nicht nur in der Kommune, sondern auch im Reichstage einer gebührenden Kritik unterzogen. Goge verweist auf die Schädlichkeit des Alkoholismus und fordert die Errichtung von Trinker-Heilanstalten und Einrichtung von alkoholfreien Volkshäusern seitens der Kommune. Guttmann sen. wünscht ebenfalls, daß von der Stadt Räume zur Unterhaltung zur Verfügung gestellt werden, um namentlich die jungen Leute von dem üblichen Trinkzwang, dem sie in den Wirtshäusern unterworfen sind, zu befreien. Nachdem der Vorsitzende ebenfalls noch zum Anschluß an die Organisation und zur regen Bethätigung im Interesse der Partei aufgefordert hatte, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer beschäftigte sich am Mittwoch mit der Frage der Durchführung des 70 Pfennig-Stundenlohnes. Der Vorsitzende Gebl empfahl der Versammlung im Namen des Vorstandes folgende Resolution, die, nachdem sich mehrere Diskussionsredner im gleichen Sinne geäußert hatten, einstimmig angenommen wurde:

„Die Versammlung spricht ihre Genugthuung darüber aus, daß der Zweigverein des Centralverbands der Maurer seinen früher eingenommenen Standpunkt geändert hat und dem unsres Vereins insoweit näher gekommen ist, als er beschlossen hat, die von uns schon früher aufgestellte Forderung des 70 Pfennig-Stundenlohnes seinerseits für das nächste Jahr ebenfalls aufzustellen. Sie erblickt in der endlichen Aufstellung des 70 Pfennig-Stundenlohnes seitens des Verbandes die notwendige Basis, um eine erfolgreiche Lohnbewegung überhaupt führen zu können, und erwartet, falls die Arbeitgeber auf gütlichem Wege Zugeständnisse nicht machen wollen, daß die Forderung des 70 Pfennig-Stundenlohnes nicht zurückgezogen, sondern daß sie, wenn irgend möglich, mit allen Mitteln erkämpft wird. Ausgehend von der Nützlichkeit eines gemeinschaftlichen, planmäßigen Vorgehens zur Erringung des 70 Pfennig-Stundenlohnes beauftragt die Versammlung den Vorstand, in geeigneter Form die Forderung dem Verband der Baugeschäfte Berlins alsbald zu unterbreiten."

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Reichstags-Ersatzwahl in Liegnitz-Goldberg-Haynau.

Ueber die gestern erfolgte Ersatzwahl liegen bisher nur Teilresultate vor. Ein Wolffsches Telegramm meldet:

Breslau, 11. Dezember, abends 8 Uhr 40 Minuten. Bei der heutigen Reichstags-Ersatzwahl für den Wahlkreis Haynau-Goldberg-Liegnitz erhielten nach den bisherigen Feststellungen Roericht (k.) 1082, Pohl (frs. Vp.) 4787 und Bruns (Soc.) 4950 Stimmen. Einige Ortschaften stehen noch aus.

Eine Privatdepesche giebt folgende Zahlen:

Liegnitz, 11. Dezember. Es erhielten Pohl (frs. Vp.) 6218, Bruhns (Soc.) 5810 und Röhricht (k.) 4522 Stimmen. 51 Landbezirke stehen noch aus. Stichwahl zwischen Freisinnigen und Socialdemokraten wahrscheinlich. Die Wahlbeteiligung war eine schwache.

* * *

Im Jahre 1898 war das Verhältnis folgendes: Im ersten Wahlgang erhielten damals die Freisinnigen 9092, die Socialdemokraten 7215, die Konservativen 6868 Stimmen, ein Centrumskandidat 614 Stimmen. Bei der Stichwahl siegte Kauffmann mit 14 269 gegen 7886 Stimmen.

Zur Venezuela-Frage.

La Guaira, 11. Dezember. (Meldung des „Reuterschen Bureaus".) Die Kriegsschiffe „Vineta" und „Retribution" sind heute abend 6 Uhr abgedampft. Man nimmt an, daß sie die Antwort der venezolanischen Regierung auf die Forderung der beiden Mächte an Bord haben. In La Guaira sind 18 Geschütze aus Caracas eingetroffen. Nach dem Fort Lavigia wird Munition geschafft. Die Wegnahme des „Bolivar" hat große Aufregung hervorgerufen.

La Guaira, 11. Dezember. (W. T. B.) Außer den 2000 Mann, welche hier unter dem Kriegsminister Ferrer eingetroffen sind, werden hier heute noch 800 Mann unter dem Befehl des Bruders des Präsidenten Castro erwartet.

Washington, 11. Dezember. (W. T. B.) Ein Telegramm des amerikanischen Gesandten in Caracas Bowen bestätigt die Freilassung sämtlicher deutschen und englischen Staatsangehörigen.

Zum Marseiller Ausstand.

Paris, 11. Dezember. (W. T. B.) Die Marine-Reservisten von Nantes beschlossen, sich dem Marseiller Ausstand nicht anzuschließen, da sie gegenwärtig den Augenblick für einen solchen Ausstand nicht gekommen erachteten, dagegen beschlossen die Marinereservisten von Levandon und St. Tropez die Ausständigen in Marseille zu unterstützen.

Arbeiter-Risiko.

Bochum, 11. Dezember. (W. T. B.) Auf Zeche „Konstantin" Schacht 2 wurden heute, wie die „Bochumer Volkszeitung" meldet, zwei Bergleute von herabfallenden Gesteinsmassen verschüttet. Beide wurden getötet.

Herne, 11. Dezember. (W. T. B.) In einer hiesigen Maschinenfabrik stürzte heute, wie das „Herner Tageblatt" meldet, ein eisernes Gerüst, das zur Anlegung eines Brunnens errichtet war, zusammen und begrub 6 Arbeiter unter sich. Ein Meister wurde tot hervorgezogen. Die übrigen 5 Arbeiter sind so schwer verletzt, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Dynamit-Explosion.

Herne, 11. Dezember. (W. B.) Heute mittag explodierten auf Zeche „Gneisenau" 500 Kilogramm Dynamit. Bis jetzt sind sechs Tote aufgefunden worden, mehrere Personen wurden verletzt; verschiedene Gebäude sind demoliert. Der Betrieb ist nicht unterbrochen.

Verantwortl. Redakteur: Carl Leid in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Nr. 290. 19. Jahrgang. **1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt.** Freitag, 12. Dezember 1902.

Reichstag.

234. Sitzung. Donnerstag, den 11. Dezember 1902, vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratstische: Reichskanzler Graf Bülow, Graf Posadowsky, Freiherr v. Thielmann, Freiherr v. Richthofen.

Die zweite Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt mit § 1,1 in Verbindung mit dem Antrag v. Kardorff und den dazu gehörigen Amendements. Von der Freisinnigen Vereinigung und der Freisinnigen Volkspartei sind eine große Anzahl von Abänderungen der Zollsätze des Antrags v. Kardorff beantragt worden.

Abg. **Bassermann** (natl.):

Namens der Antragsteller, die den Antrag v. Kardorff unterzeichnet haben, beantrage ich die Annahme dieses Antrages und die Ablehnung der dazu gestellten Abänderungsanträge. Der Antrag ist ein Teil des Kompromisses, das zwischen den Fraktionen abgeschlossen worden ist, und von dem ich Grund habe anzunehmen, daß auch die verbündeten Regierungen ihm ihre Zustimmung nicht versagen. Nach längeren Verhandlungen ist dieses Kompromiß zustande gekommen und zwar in der Erwägung, daß es im vaterländischen Interesse liegt, diesen Zolltarif zu verabschieden und dadurch unsagbaren Wirrwarr von unserm Wirtschaftsleben fernzuhalten. Diese Vereinigung ist zustande gekommen unter dem Druck des Ansturms der Socialdemokratie und der mit ihr verbündeten Freisinnigen Vereinigung. Wir waren beim Abschluß des Kompromisses von der Ueberzeugung getragen, daß das Verhalten der socialdemokratischen Partei unabsehbar weitere Folgen für unser gesamtes Wirtschaftsleben haben könnte. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Was den Inhalt des Kompromisses anlangt, so bezieht sich dasselbe auf § 1,1 und § 1,2 des Zolltarif-Gesetzes. Die Minimalzölle für Roggen, Weizen und Hafer sollen entsprechend den Sätzen der Regierungsvorlage normiert werden. Was die Gerste anlangt, so soll hier eine Differenzierung eintreten, nach der die Futtergerste überhaupt aus dem Minimaltarif verschwindet und der Minimalzollsatz für Braugerste von 3 Mark auf 4 Mark erhöht wird. Bei den Viehzöllen soll die Bindung wegfallen. Beim autonomen Tarif geht die Vereinigung dahin, daß er angenommen werden soll unter Zugrundelegung der Kommissionsbeschlüsse mit Annahme jener Abänderungen von Eisenzöllen, die in dem Antrag v. Kardorff aufgeführt sind. Wir nehmen also unserseits die Kommissionsbeschlüsse mit diesen wenigen Aenderungen an und verzichten auf weitere Abänderungsanträge. Dieser Verzicht fällt manchem, der für den Antrag Kardorff gestimmt hat, schwer, da ja die Normierung der einzelnen Zollsätze nicht in jedem Teile jedem einzelnen behagt. Der Verzicht wird uns aber erleichtert einmal dadurch, daß der ganze Tarif in der Kommission in 112 Sitzungen einer eingehenden Beratung unterzogen worden ist, und weil wir uns sagen müssen, daß Abänderungsanträge keine große Aussicht haben werden, und zweitens aus dem Grunde, weil es sich hier um einen autonomen Tarif handelt, der den Abänderungen der endgültigen Normierung der Zollsätze durch Handelsverträge unterliegt. Der Verzicht auf Abänderungsanträge ist uns auch dadurch erleichtet worden, daß wir uns sagen mußten, daß ein positives Resultat nur dann erzielt werden konnte, wenn die vier tariffreundlichen Fraktionen sich zu einer gemeinsamen Aktion einigten. Nur dann konnte der Zolltarif gerettet werden. Wir haben das Vertrauen zu den verbündeten Regierungen, daß bei den kommenden Handelsverträgen die wichtigen Interessen der Industrie und der Landwirtschaft gewahrt werden. Soweit es sich um landwirtschaftliche Erzeugnisse handelt, hegen wir die Erwartung, daß auch bei den Positionen, die nicht durch den Minimaltarif gebunden sind, insbesondere bei den Viehzöllen, der Schutz der deutschen Landwirtschaft im Auge behalten wird. Wir hegen die weitere Erwartung, daß in Bezug auf die Handhabung der Seuchenpolizei auch bei Abschluß von Handelsverträgen nach wie vor diejenigen Maßregeln bestehen bleiben, die notwendig sind, um eine Verseuchung des deutschen Viehstandes zu verhindern. Was die Industriezölle anlangt, so erwarten wir, daß bei Handelsverträgen insbesondre Rücksicht genommen wird auf die für die Industrie unentbehrlichen Roh- und Hilfsstoffe, deren Normierung hinsichtlich der Zollsätze im Tarif nicht durchweg einwandsfrei ist. Ich würde dem Reichskanzler dankbar sein, wenn er über die von mir angeregten Punkte eine Erklärung abgeben wollte.

Mit der Annahme des Antrages v. Kardorff, die wohl erfolgen wird, ist das Schicksal des Zolltarifs entschieden, und ich glaube, es wird heute in diesem Hause niemand mehr einen Zweifel darüber haben, daß der Zolltarif zu stande kommt. Wir freuen uns dieses Resultates, wir freuen uns, daß eine Aufgabe von hoher nationaler Bedeutung dadurch ihrer Lösung entgegengeführt wird. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Nehmen Sie den Antrag v. Kardorff an und beendigen Sie damit den jahrelangen Kampf um den Zolltarif. Sie geben dadurch dem Lande die Ruhe wieder und handeln im Interesse unsrer gesamten Bevölkerung! (Lebhafter Beifall bei der Majorität, Zischen bei der Opposition.)

Reichskanzler Graf **Bülow**:

Der Herr Abgeordnete Bassermann hat dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß ich mich aussprechen möchte über die im Antrage v. Kardorff vorgesehenen Industriezölle, über die Bindung der Viehzölle und über die Handhabung der Seuchenpolizei. — Was zunächst die Herabsetzung einer Anzahl von Industriezöllen angeht, so möchte ich darauf allgemein hinweisen, daß es sich in der Zolltarif-Vorlage der verbündeten Regierungen um einen autonomen Tarif handelt, der bestimmt ist, bei den bevorstehenden Handelsvertrags-Unterhandlungen als Grundlage zu dienen. Von entscheidender Bedeutung kann es deshalb für die verbündeten Regierungen nicht sein, wie die Sätze der Positionen in der Kommission im einzelnen nach oben oder nach unten Abänderungen erfahren haben; die verbündeten Regierungen müssen aber immerhin Wert darauf legen, daß die in ihrem Tarifentwurf enthaltenen zu Kompensationsobjekten bestimmten Positionen keine zu weit gehende Abschwächung erfahren. Als erwünscht kann ich deshalb die in dem Antrag v. Kardorff vorgesehenen Ermäßigungen von autonomen Zollsätzen im Tarif nicht bezeichnen. Wenn aber das Haus die vorgeschlagene Herabsetzung einer Anzahl von Industriezöllen beschließen sollte, so werden die verbündeten Regierungen einen solchen Vorschlag in eine der Wichtigkeit der Sache entsprechende ernste und wohlwollende Erwägung ziehen. (Lachen links.)

Die handelspolitischen Gründe, aus welchen die verbündeten Regierungen auf eine gesetzliche Bindung der Viehzölle nicht eingehen können, sind von mir und meinen Vertretern wiederholt und eingehend dargelegt worden. Die verbündeten Regierungen sind aber fest entschlossen, beim Abschluß von Handelsverträgen unsrer heimischen Viehzucht einen Zollschutz in der Höhe zu sichern, welche erforderlich ist für ihre gedeihliche Fortentwicklung und eine solche gewährleistet. Die verbündeten Regierungen werden auch keine Bestimmung in einen Handelsvertrag oder in ein Abkommen mit andern Staaten aufnehmen, welche sie verhindern würden, alle diejenigen veterinärpolizeilichen Maßnahmen zu treffen, um unsre heimische Viehzucht gegen die Gefahr der Einschleppung von Viehkrankheiten aus dem Auslande wirksam zu schützen. (Bravo! rechts, der Reichskanzler setzt sich nieder, Bewegung und Lachen links.)

Präs. Graf **Ballestrem**: Bevor ich das Wort weiter erteile, habe ich dem Hause die Mitteilung zu machen, daß seitens der Herren Albrecht u. Gen. zwei umfangreiche Amendements, das eine zum Antrag Kardorff, das andre zum Tarif eingebracht sind. Sie wurden mir überreicht, als ich Herrn Bassermann das Wort gab. Die Amendements liegen in Schreibmaschinenschrift vor und umfassen etwa 70 Seiten.

Schriftführer Abg. Pauli (Rp.) verliest das eine Amendement. Vom Inhalt ist kein Wort zu verstehen. Die Verlesung dauert 25 Minuten. Das andre Amendement verliest Schriftführer v. Cegielski (Pole), der 45 Minuten braucht, bis er damit fertig ist.

Die von der socialdemokratischen Fraktion zum Zolltarif und zum Antrag von Kardorff gestellten 468 Anträge verlangen Zollfreiheit, eventuell die Sätze des Vertragstarifs, für Lebensmittel; für die Textilindustrie die Vertragstarifsätze, soweit nicht in der ersten Lesung die Kommission (wie bei den Garnzöllen) niedrigere Sätze eingesetzt hatte; beim Roheisen Zollfreiheit, eventuell statt 1 M. 50 Pf. Zoll; bei den Eisenwaren die von den Konservativen im Antrage von Bonin und Genossen vorgeschlagenen Sätze, soweit nicht der bestehende Tarif niedrigere Sätze enthält; im übrigen die Sätze des bestehenden Tarifs, soweit nicht die Kommission in einer Lesung niedrigere Sätze beschlossen hatte. Außerdem ist in den Anträgen für eine Reihe von Waren, die für den kleinen Mann wesentlich sind, z. B. für Fischernetze, Spaten, Sensen und Heugabeln Zollfreiheit verlangt.

(Während der Verlesung herrscht auf den Bänken der Mehrheitsparteien große Unruhe. Ueberall bilden sich lebhaft plaudernde Gruppen. Viele Abgeordnete schreiben Briefe oder erledigen sonstige Privatarbeiten.)

Präsident Graf **Ballestrem**: Wenn wir jetzt zunächst auf die druckfertige Herstellung des umfangreichen Manuskripts, das die eben verlesenen Anträge bilden, warten wollten, so würde diese Drucklegung in der Reichstags-Druckerei über 30 Stunden erfordern (Hört! hört! bei der Mehrheit), in einer großen Druckerei 7 bis 8 Stunden, wobei 50 bis 70 Setzer thätig sein müßten. Die Manuskripte müssen aber bei mir verbleiben; weil sie nicht in zwei Exemplaren vorhanden sind, kann ich sie nicht zur Druckerei geben. Die beiden verlesenen Amendements stehen mit zur Diskussion.

Abg. **Bebel** (Soc.):

Es erscheint mir fraglich, ob die Scene, die wir heute erlebt haben, von den Mehrheitsparteien in einer des Reichstags würdigen Weise arrangiert worden ist. Wir haben fünf volle Tage daran gewendet, um über die geschäftsordnungsmäßige Zulassung des Antrages v. Kardorff zu debattieren. An diesen Debatten haben sich auch Mitglieder der Mehrheit beteiligt und damit bewiesen, daß die Gründe der Opposition gegen die Zulässigkeit des Antrages nicht von der Hand zu weisen waren. Man mußte nach diesen langen Debatten erwarten, daß nunmehr der Redner der Mehrheit, der diesen Antrag zu begründen beauftragt war, ihm auch eine wirklich sachliche Begründung hätte zu teil werden lassen. Wer aber behaupten wollte, daß die Rede des Abg. Bassermann eine Begründung dieses außerordentlich wichtigen Antrages gewesen sei, den würde ich bedauern. Wenn je einmal die Würde des Parlaments und des Parlamentarismus in seiner Totalität verhöhnt worden ist, so ist es geschehen durch die Behandlung, die Herr Bassermann diesem Antrag, bei dem, wie er selbst sagt, die wichtigsten vaterländischen Interessen auf dem Spiele stehen, hat widerfahren lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Dieser Antrag, von dessen Bedeutung heute der weitaus größte Teil der Nation noch nicht die geringste Ahnung hat, der über Wohl und Wehe großer Volksschichten entscheidet, wird hier mit einer Handbewegung, mit einer Geringschätzung abgethan, wie es in keinem andren Parlament der Welt möglich wäre. (Erneute Zustimmung bei der Opposition.) Als dann der Reichskanzler das Wort ergriff, in der Form verbindlich wie immer, hat er genau 4½ Minute gesprochen. Wir hatten den Eindruck, als ob der Reichskanzler des Glaubens sei, die Abänderung der Geschäftsordnung, wonach ein Redner nicht länger als fünf Minuten sprechen dürfte, bezöge sich auch auf seine Reden; auch er dürfe nicht länger als fünf Minuten sprechen, wenn er nicht vom Präsidenten unterbrochen werden wolle. (Heiterkeit bei der Opposition.) Etwas Sachliches, etwas Positives über die Richtschnur, die nun eingeschlagen werden soll in Bezug auf den Antrag Kardorff, der ja, wie der Reichskanzler ebenso gut weiß wie ich, in den nächsten Stunden Gesetz werden wird, hat das deutsche Volk, hat die Welt nicht im geringsten daraus hören können. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Dies festzustellen halte ich für eine Notwendigkeit. Als wir früher darauf hinwiesen, daß es doch ein unerhörtes Verfahren sei, den ganzen Zolltarif gewissermaßen als ein Anhängsel in den Antrag Kardorff hineinzuarbeiten, da erklärte gerade Herr Bassermann mir gegenüber, es würde bei der Specialberatung über den Antrag Kardorff auskömmlich Zeit gegeben werden, um alle Specialfragen zu erörtern. Heute aber geht bereits die Mitteilung durch das Haus, daß die Majorität der Opposition nur einen einzigen Tag Galgenfrist gewähren wolle, um ihre sachlichen Ausführungen zum Antrag Kardorff zu machen. Auch das dient dazu, den Parlamentarismus in den Augen der Welt und des deutschen Volkes zu diskreditieren. (Lebhafte Zustimmung links.) Und zwar geschieht dies von der Mehrheit und nicht von der Minderheit, der diese Mehrheit vorwirft, daß sie das Ansehen des Parlaments herabsetzt, während sie doch nur eine sachliche und gründliche Beratung des Tarifs verlangt hat. Von besondrem Interesse war es mir, daß als Redner der Mehrheit für diesen unerhörten Antrag Herr Bassermann auftrat, in dessen eigner Partei der Antrag v. Kardorff die schärfste Verurteilung gefunden hat. Derselbe Abgeordnete war es, der vor einigen Wochen auf dem nationalliberalen Parteitage in Eisenach erklärte, dieser Reichstag sei reaktionär bis auf die Knochen. (Hört, hört! links.) Heute ist es derselbe Abgeordnete, der an der Spitze dieser Mehrheit steht und ein Verfahren rechtfertigt, so unerhört, so reaktionär, so gewaltthätig, wie es in den 32 Jahren, seitdem der deutsche Reichstag existiert, auch nicht eine Minute in die Erscheinung getreten ist. (Lebhafter Beifall links.) Dieser selbe Herr erklärte vor nicht langer Zeit hier im Reichstag, wenn die verbündeten Regierungen der Rechten, der Mehrheit nachgeben und ihr entgegenkommen, dann dürfen sie sich vor keinem anständigen Manne künftig mehr auf der Straße sehen lassen! (Hört! hört! links.) Und nun verteidigt dieser selbe Abg. Bassermann hier den Antrag v. Kardorff, der ein gewaltiges Entgegenkommen der verbündeten Regierungen gegenüber den Beschlüssen der Kommission bedeutet. Das hat ja Herr Bassermann selbst bestätigt, daß in diesen Beschlüssen der Kommission die offiziell ja noch gar nicht zur Kenntnis des Reichstages gekommen sind, die wir noch gar keine Gelegenheit gehabt haben, auf ihre Sachlichkeit zu prüfen, sich eine große Anzahl der wichtigsten Positionen befinden, die weit über das Hinausgehen, was die Vorlage der verbündeten Regierungen forderte, ja mehr noch, eine ganze Reihe von Positionen, die die Vertreter der verbündeten Regierungen in der Kommission für einfach unannehmbar erklärt haben (Hört! hört! links), für so hoch bemessen, daß bei ihrer Aufrechterhaltung die verbündeten Regierungen nicht mehr in der Lage sein würden, mit bestimmten Regierungen überhaupt Handelsverträge abzuschließen. (Hört! hört! links.) Dazu gehören vor allem die Beschlüsse der Kommission über feines Gemüse, über ausländische Blumen, die samt und sonders insbesondere Italien treffen — ich erinnere nur an die Position Cycaswedel — und so ungeheuerlicher Art sind, daß der Staatssekretär für das Auswärtige Amt in der Kommission sich genötigt sah, nach bestimmten Ausführungen, die der Oeffentlichkeit nicht preisgegeben werden sollten, zu erklären, daß die verbündeten Regierungen diese Zollsätze unter keinen Umständen annehmen könnten. (Hört! hört! links.)

Herr Bassermann sprach davon, daß große vaterländische Interessen hierbei in Frage kämen. Gerade weil das der Fall ist, deswegen haben wir die gründliche Behandlung dieses Tarifes verlangt, das war unser ganzes Sinnen und Trachten, das uns von Anfang an bestimmt hat, unsre Taktik diesem Tarif gegenüber einzunehmen. Das war der Grund, weshalb wir uns sagten, daß die an dieser Vorlage aufs äußerste interessierte Bevölkerung durch eine sachliche Specialberatung des Tarifs genau erfährt, was diese Vorlage bedeutet. (Ruf rechts: Daher 700 namentliche Abstimmungen!) Meine Herren! (nach rechts) Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß das der Grund für Ihr Verfahren sei. Vor allen Dingen würde das doch nicht dafür entscheidend sein, daß Sie uns heute nur einen Tag Galgenfrist für die Debatte gewähren wollen. Sie hätten doch noch Zeit. Sie werden doch nicht behaupten wollen, daß dieser Tarif à tout prix (um jeden Preis) jetzt zu Ende geführt werden muß. Wie liegen denn die Dinge in Bezug auf diesen Tarif? Deutschland ist mit der Ausarbeitung des Tarifs vorgegangen, ehe irgend eine der Nationen, mit denen wir künftig Handelsverträge abschließen wollen, einen gleichen Schritt gethan hat. Erst als man sah, wie der Entwurf der Regierungen aussah, hat man sich in den andern Ländern gerührt, noch bis zu diesem Augenblicke sind die meisten dieser Staaten noch nicht gerüstet zu Handelsvertragsverhandlungen, weil sie abwarten wollten, welche Entscheidung über diesen Tarif im deutschen Reichstage fallen würde. Die einzige Regierung, die als bis zu einem gewissen Grade fertig gerüstet angesehen werden kann, ist die schweizerische, aber ihr Tarif unterliegt höchstwahrscheinlich in den nächsten Monaten noch einer Volksabstimmung. Italien hat noch seinen Tarif, Oesterreich-Ungarn ist noch in den Vorberatungen begriffen, wie die Dinge in Rußland stehen, wissen wir nicht, weil Rußland kein parlamentarisches Leben kennt und die absolute Regierung über ihre Absichten und Entschlüsse nichts in die Oeffentlichkeit dringen läßt. Nach den bisherigen Preßäußerungen steht jedenfalls fest, daß die russische Regierung es an entsprechenden Antwort auf den deutschen Tarif nicht wird fehlen lassen. Daß die Antwort zu unsren Gunsten ausfallen wird, möchte ich vorläufig bezweifeln. Welchen Eindruck der Tarif der Regierung thatsächlich auf das Ausland gemacht hat, beweist die Aeußerung des italienischen Schatzsekretärs Luigi Luzzatti. Dieser, ein hervorragender Nationalökonom und Freund des preußischen Handelsministers Möller, meinte: „Kein Nationalökonom von Fach, kein Praktiker, welcher die Verhältnisse des Weltmarktes kennt, kann diesen Tarif ernst nehmen. (Hört! hört! links.) Deutschland hat damit alle Grundsätze seiner bisherigen Vertragspolitik unter die Füße getreten." Herr Luzzatti schließt mit den Worten: „der Fortbestand der gegenwärtigen Handelsverträge werde die Grundlage und Voraussetzung sein, daß Italien dem Dreibund treu bleibt". (Hört! hört! links.) Die politische Bedeutung von Handelsverträgen gerade für Bündnisverhältnisse liegt ja auf der Hand. Bereits 1892 erklärte Minister Rudini, daß ein Italien genehmer Handelsvertrag die Bedingung für die Fortexistenz des Dreibundes sei. Diese Aeußerung ist bis heute nicht widersprochen worden. Es ist doch klar, man kann nicht politisch mit einander im Bündnis stehen und handelspolitisch mit einander Krieg führen. Das wäre ein Widersinn. (Widerspruch rechts.) Bei Ihnen (nach rechts) haben wir ja freilich in diesen Tagen zur Genüge erfahren, daß Ihnen das Widersinnigste als das Richtigste erscheint. (Sehr gut! links.) Das Allereinschneidendste und Wichtigste für Entscheidungen der Nation sind materieller Natur. Sieht eine Nation, daß die andre ihre vitalsten Interessen mit Füßen tritt, so kann sie selbstverständlich mit ihr nicht ein inniges Freundschaftsverhältnis haben. Die Beschlüsse der Kommission verletzen aber die Regierungen, mit denen wir Handelsverträge schließen wollen, noch in viel höherem Grade als die Regierungsvorlage. Richtig ist ja, daß der Generaltarif nicht als unbedingt maßgebend in allen seinen Punkten anzusehen ist, deswegen haben Sie auch für bestimmte Objekte Minimalzölle festgesetzt. Es ist aber klar, je höhere Forderungen wir aufstellen, mit desto höheren Gegenforderungen werden die andren Staaten, wenn ihre Vertreter nicht ganz einfältige Menschen sind, antworten. Es wird sich also schließlich darum handeln, auf welcher Seite die klügeren sind. Die Kommissionsvorlage mit allen ihren Widersprüchen ist absolut keine brauchbare Grundlage für Handelsverträge. Meine Herren von der Kommission, haben Sie denn bei Ihren Beschlüssen selbst daran gedacht, daß sie als Grundlage für Handelsvertrags-Verhandlungen dienen können? Nein! (Abg. v. Kardorff ruft: Ja! — Heiterkeit b. d. Mehrheit.) Ja? Das ist nicht wahr! (Sehr richtig! b. d. Soc.) Dann wären Sie (zur Mehrheit) in der Kommission Dummköpfe gewesen, und das sind Sie nicht gewesen! (Große Heiterkeit.) Sie haben in der Kommission Ihre Klasseninteressen auf das äußerste wahrgenommen, aber Sie sind doch so klug gewesen — und speciell Sie, Herr v. Kardorff, der Sie im Parlament grau geworden sind und dabei hoffentlich etwas gelernt haben —, daß Sie nicht geglaubt haben, die Regierung würde Ihre Beschlüsse ohne weiteres verschlucken. In diesem Augenblick ist allerdings das Unglaubliche Wahrheit geworden: die Regierung ist bereit, alle Kommissionssätze mit Haut und Haaren zu schlucken, trotzdem die Kommission eine Reihe geradezu ungeheuerlicher Beschlüsse gefaßt hat. Daß z. B. der Quebracho-Zoll der Kommission aufrecht erhalten werden könne, daran denkt doch wohl niemand. Es wäre einfach eine Blamage für die Regierung, wenn sie mit einem derartigen Zollsatz in Verhandlungen mit andren Staaten eintreten wollte.

Aber noch ein Weiteres ist geeignet, diese Verhandlungen in ihrer ganzen Unwürdigkeit und Nichtigkeit bloßzustellen. Es geht in diesen Tagen die Nachricht durch die Presse, daß ein Minister der verbündeten Regierungen die Erklärung an Industrielle abgegeben habe, die Vorlage der Kommission könne in der vorliegenden Gestaltung nicht als Unterlage für Handelsvertrags-Verhandlungen dienen, es müsse dem Reichstag eine neue Novelle vorgelegt werden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Haben wir jemals ein ähnliches Schauspiel in einem Parlament erlebt, daß, noch ehe eine Vorlage zu Ende beraten ist, eine Regierung, die bereit ist, diese Vorlage zu schlucken, erklärt: „Aber brauchbar ist das Ding nicht! Darum muß erst eine Novelle gemacht werden!?" Was sind wir denn eigentlich hier? Sind wir Gesetzesmacher oder Kesselflicker? (Große Heiterkeit und Beifall bei den Soc.) Das ist doch kein parlamentarisches Arbeiten mehr! Das ist doch der reine Hohn und Spott auf den Parlamentarismus! Zahlreiche von der Kommission beschlossene Zölle müssen die Regierung bei Vertragsverhandlungen in die peinlichste Lage bringen. Das gilt z. B. von den Maximalzöllen auf Vieh, Fleisch, Eier, Geflügel, Gerste, Obst, Gemüse usw., lauter Zöllen, bei denen unsere Vertragsstaaten Rußland, Oesterreich-Ungarn und Italien aufs höchste interessiert sind.

Das allertraurigste in diesem Trauerspiel ist aber eigentlich die Rolle, die die verbündeten Regierungen spielen. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die Herren von der Regierung haben ja von vornherein dem Antrag Kardorff zugestimmt. Sie haben auch gewußt, daß die Art, wie die Mehrheit diesen Antrag im Reichstag durchbringen wollte, einen offenen Bruch der Geschäftsordnung dieses Hauses bedeutet. (Sehr richtig! bei der Opposition.) Man kann ja freilich sagen: „Was haben die verbündeten Regierungen sich um die Geschäftsordnung des Reichstags zu kümmern? Was geht sie es an, wenn die Mehrheit des Reichstags Gesetz und Recht und die eigne Verfassung bricht, wenn sie die

Geschäftsordnung niedertrampelt?“ — — — (Große Unruhe bei der Mehrheit.)

Vicepräsident Graf **Stolberg** (unterbrechend): Sie haben gesagt, die Mehrheit hätte die Geschäftsordnung niedergetrampelt. (Lebhafte Rufe der Zustimmung bei den Socialdemokraten. In der entstehenden allgemeinen lärmenden Unruhe gehen die weiteren Worte des Vicepräsidenten verloren.)

Abg. **Bebel** (fortfahrend):

Was das Verhalten des Bundes der Landwirte in dieser ganzen Angelegenheit angeht, so muß ich ihm das Zeugnis ausstellen, daß er in den zehn Jahren seines Bestehens für seine Klasseninteressen ganz vorzüglich gearbeitet hat. Sie (nach rechts) haben einen agitatorischen Erfolg gehabt, wie keine andre Partei, keine andre Organisation. Daß das preußische Junkertum eine erste Rolle im preußischen Staate spielt, ist selbstverständlich. Daß die Regierungen es für eine ihrer vornehmsten Aufgaben ansehen, das preußische Junkertum existenzfähig zu erhalten, ist ebenfalls selbstverständlich. Je mehr die Junker sich unfähig erweisen, ihre Existenz aus eigner Kraft zu erhalten, um so mehr sehen Reich und Staat sie als ihre Pappelkinder an. (Große Unruhe rechts, Zustimmung bei den Socialdemokraten.)

Das zeigt sich in der Prämienwirtschaft, in der Liebesgabenwirtschaft, im Steuersystem und vor allem im Zolltarif. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Obwohl wir jede Regierung für eine Klassenstaats-Regierung halten, hat man doch geglaubt, daß ein wenig auch an die arbeitenden Klassen gedacht werden würde. Das ist nicht geschehen. (Widerspruch bei der Mehrheit.) Der Grundsatz, der schon bei den Vorbereitungen des Zolltarifs galt, **daß Arbeitervertreter überhaupt nicht gehört wurden,** zieht sich durch die ganze Vorlage. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Die **Interessen der Mächtigen waren entscheidend.** Unter den Industriellen ist es besonders der Centralverband, der auf Zollerhöhungen drängte, obwohl gerade die Herren dieses Verbandes die allerletzten sind, deren Unternehmungen eines Zollschutzes bedürfen. (Sehr richtig! links.) **Sie haben aber die Klinke der Gesetzgebung in der Hand, die Minister sind für sie nur Kommis.** (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Im Antrage Kardorff haben ja die Agrarier die Herabsetzung einer Reihe Industriezölle durchgesetzt; sie haben damit wieder einmal für ihren Geldbeutel gesorgt. (Lebhafte Zustimmung links.) Was sonst für Industriezölle bestehen, ist ihnen gleichgültig. Immer und immer wieder muß betont werden, daß auch die Landwirtschaft eines Schutzes, wie ihn dieser Tarif bringt, unter keinen Umständen bedarf. Als wir 1895 über den Antrag Kanitz verhandelten, da sagte Herr v. Kardorff in der Kommission ein Wort, das mir im Gedächtnis geblieben ist. In einem schauerlichen Klageliede über die Lage der deutschen Landwirtschaft meinte er: „Wenn wir jetzt den **Antrag Kanitz nicht bekommen,** ist **binnen zwei Jahren die ganze deutsche Landwirtschaft zu Grunde gerichtet.**“ (Hört! hört! links und Heiterkeit.) Wir haben den Antrag Kanitz nicht bekommen. (Abg. Graf Kanitz: Leider! Heiterkeit links.) Die Herren bekommen doch nie genug. (Sehr gut! links.) Der Tarif bietet Ihnen viel, aber der Antrag Kanitz noch mehr. Seit jenem Worte des Herrn v. Kardorff sind **sieben** Jahre verflossen, und die Landwirtschaft ist nicht zu Grunde gegangen. Ja, in ihrer Totalität steht sie heute noch besser da, als vor sieben Jahren. (Widerspruch rechts. Lebhafte Zustimmung links.) Sie (nach rechts) bestreiten kühn bekannte Thatsachen. Ich erinnere Sie nur an die Aeußerungen des Gutsverwalters von Kadinen, der mit aller Entschiedenheit feststellte, daß mit Intelligenz und Tüchtigkeit sich ganz annehmbare Beträge aus der Landwirtschaft herauswirtschaften ließen. Wem Kadinen gehört, wissen Sie ja.

Das traurigste bei der ganzen Affäre ist, daß **die feierlichsten Erklärungen** der **Regierung** durch ihre Zustimmung zum Antrag Kardorff in **schmählichster Weise von ihr selbst mißachtet worden sind.** (Lebhafte Zustimmung links.) Redner erinnert an die feierlichen Erklärungen des Reichskanzlers vom 16. und 21. Oktober, worin jede Erhöhung oder Erweiterung der Mindestzölle als unannehmbar bezeichnet worden ist. Und heute hat Herr Bassermann die Erhöhung des Gerstenzolles von 3 auf 4 M. angekündigt! Das steht im schneidenden Gegensatz zu diesen Erklärungen des Reichskanzlers! Der Reichskanzler hat damals gesagt, daß man wohl mehr fordern, aber nicht durchsetzen könne. Und doch haben die Mehrheitsparteien mehr durchgesetzt! Er hat dem Abg. Herold gesagt: „Es wird lange dauern, bis wieder ein Reichskanzler für die Landwirtschaft thut, was ich durch die Einbringung des Tarifs gethan habe“. Der stenographische Bericht verzeichnet hier ein „Sehr wahr!“ bei meiner Partei. Gerade wir haben diese Worte unterstrichen. Im krassen Widerspruch zu allen diesen feierlichen Erklärungen hören wir, daß in den Verhandlungen hinter den Coulissen eine sehr erhebliche Erhöhung der Regierungssätze erzielt worden ist. Wenn in solcher Weise Regierungserklärungen von denselben Personen, die sie feierlich abgegeben haben, mißachtet werden, was soll man dazu im Lande wohl sagen? Sollten künftig ähnliche feierliche Erklärungen abgegeben werden, so werden wir auf diese Vorgänge hinweisen, und unser **äußerstes Mißtrauen** wird **gerechtfertigt** sein. Auch die Versprechungen nach der andren Seite sind nicht gehalten worden, soweit die Kommissionsbeschlüsse in Betracht kommen. Aber es ist natürlich, ein falscher Schritt gebiert den andren! Jetzt ist die Regierung bereit, die Kommissionsvorlage in toto zu schlucken. Die Mehrheit, und heute erst wieder Herr Bassermann, haben nun die Behauptung aufgestellt, daß es zur Verständigung nur infolge des Verhaltens der bösen Linken gekommen sei mit Ausnahme der Freisinnigen Volkspartei, die in diesem Falle ein artiges Kind war. Daß hier im Saale jemand dieses Märchen glaubt, nehme ich nicht an, aber falls es draußen noch solche Gimpel geben sollte, so will ich doch zwei Thatsachen anführen, die das Gegenteil beweisen. Die Stimmung der Mehrheit gegen die Regierung war nach Erledigung der Getreidezölle in zweiter Lesung eine recht frostige. Die Mehrheit glaubte, wenn sie feststünde, würde die Regierung nachgeben. Als die Regierung das nicht that, da waren Sie (nach rechts) erbost, denn Sie waren nun in einer Sackgasse. Sie hatten ihre Bauern in Siedehitze nach höheren Zölle gebracht. Herr Spahn erklärte schon vor länger als einem Jahre, daß über einen 6 Mark-Getreidezoll von der Centrumsfraktion wohl keine Schwierigkeit gemacht werden würde, und die Herold, Gerstenberg, Heim, und wie alle Ihre Agitatoren heißen, haben daraufhin den Bauern goldene Berge versprochen. Jetzt, wo die Regierung Ihnen nicht nachgab, mußten Sie sich sagen, wir nehmen, was wir kriegen können. Die Taube in der Hand (Stufe rechts: Sperling, große Heiterkeit), nein, die Taube in der Hand ist Ihnen lieber, wie das Huhn auf dem Dache! (Stürmische Heiterkeit.) Ihre Stimmung war wie gesagt eine frostige. Sie sind hier herumgelaufen wie auf den Kopf geschlagene Hühner. (Erneute Heiterkeit.) Aber die „Kreuz-Zeitung“ war schon damals sehr vernünftig und redete Ihnen gut zu. Sie hat nicht mit Ablehnung des Tarifs gedroht, wie die „Deutsche Tagesztg.“, das Organ unsres Kollegen Oertel, der früh die wütendsten Artikel gegen die Zolltarif-Vorlage geschrieben hat und dann nachmittags hierher kam, um für sie zu stimmen. Obwohl in seinem Interesse der Sieg der Obstruktion gelegen hätte, hat er allen Mitteln zur Niederdrückung dieser Obstruktion zugestimmt. Er hat geschwiegen, aber er hat auch gestimmt mit dem ganzen Gewicht, das er hierbei in die Wagschale werfen konnte. (Große Heiterkeit.) Die „Kreuz-Zeitung“ hat selbst zugegeben, daß die Mehrheit in einer Sackgasse festgefahren sei und die Regierung ihr helfen müsse. Blamabler, wie hier die Situation von Ihrem eignen Blatt gekennzeichnet worden ist, konnte sie nicht gekennzeichnet werden. (Sehr richtig! links.) Aber dafür haben Sie keine Empfindung. Schließlich half Ihnen die Regierung und die Beute wurde vereinbart. Bis dahin waren Sie hier noch immer beschlußunfähig, **erst als die Beute Ihnen sicher war,** da kam der Mut über Sie, da kamen Sie in Scharen hierher, und nun ging es holterdiepolter über Stock und Stein (Heiterkeit) und da wollen Sie uns und der Welt weiß machen, daß wir es gewesen sind, die an Ihrer Verständigung die Schuld haben. **Sie mußten eben um jeden Preis etwas heimbringen,** die Angst vor Ihren Wählern, das war der Grund für die Verständigung! Bezeichnend ist ein Artikel in der „Westdeutschen Zeitung“, dem Organe des Abg. Zusangel, vom 10. Dezember. Da heißt es: Die katholischen Arbeiter seien von tiefem Mißtrauen gegen das Centrum erfüllt, die Unzufriedenheit mit der Partei sei in immer weitere Kreise gedrungen, abweichende Meinungen seien in der Fraktion einfach terrorisiert worden. Jawohl, ich glaube es schon, eine Anzahl von Herren (zum Centrum) hat das Spiel bis an den Hals satt.

Es giebt Abgeordnete unter Ihnen, die für den nächsten Reichstag nicht mehr kandidieren wollen. Und ich muß Ihnen sagen, wenn es so weiter gehen sollte mit der Herabwürdigung des Parlamentarismus, dann wird es keine Ehre mehr sein, dem Reichstage anzugehören, sondern ein Odium. (Sehr gut! links. Abg. Arendt ruft ironisch: Sehr richtig! Ruf links: Ach, der Arendt! [Heiterkeit.]) Der zweite Grund für die Verständigung war die Thatsache, daß die Centrumswähler rebellisch wurden. Es mußte schnell gehen (Sehr gut! links) und wieder war es die „Kreuz-Zeitung“, welche zu dem Kompromiß riet mit der Bemerkung, daß auch so noch ein guter Schutz für die Landwirtschaft übrig bleibe. Ich kann begreifen, daß Sie von großer Genugthuung über den Antrag Kardorff und das Zustandekommen des Kompromisses erfüllt sind. In demselben Maße aber, wie bei Ihnen Freude, herrscht auf der andren Seite Zorn und Entrüstung. (Sehr gut! links.) Denn diese andre Seite, die Arbeitermassen, sie müssen die Kosten tragen. Sie werden es ja fertig bringen, die Tarifvorlage Ihren Klassengenossen als Weihnachtsgeschenk auf den Tisch zu legen. **Sie heimsen Zehntausende ein, während draußen Millionen Menschen hungern und darben.** (Sehr richtig! links.) Die Arbeiter werden seufzen unter der Last, die Sie ihnen auferlegen, aber bei den **Wahlen** werden sie den **Verrat,** den Sie an ihnen geübt haben, **vergelten** und es wird ein **Volksgericht** geben, **wie es niemals über Sie hereingebrochen ist.** (Stürmischer Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Dr. **Müller**-Meiningen (frs. Vp.):

Auf die kurze Unterhaltung zwischen dem Abg. Bassermann und dem Herrn Reichskanzler brauche ich nicht einzugehen, denn beide Herren haben eigentlich nichts Sachliches gesagt. (Sehr richtig! links.) — Meine Aufgabe in diesem Zeitpunkt der Beratung fasse ich etwas anders auf als Herr Bebel. Es handelt sich jetzt nicht um eine Generaldiskussion, sondern um die Specialberatung des Tarifs und die nähere Begründung der Specialwünsche. Diese Aufgabe habe ich für die beiden Volksparteien übernommen. Im Hinblick auf die ganze Situation, in der wir uns befinden, halte ich es nicht für zeitgemäß, mich mit den Behauptungen auseinanderzusetzen, die Herr Bebel hier am 1. Dezember in Bezug auf die Haltung meiner Parteifreunde in der Kommission aufgestellt hat. Ich beschränke mich auf die Erklärung, daß die thatsächlichen Erklärungen des Herrn Bebel nach den Akten, die ich genau eingesehen habe, unrichtig waren. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Wenn die Herren selbst darauf eingehen, werde ich ja antworten, jetzt halte ich es nicht für zeitgemäß, daß wir uns einander in die Haare geraten, wo wir uns gemeinsam gegen einen Rechtsbruch von seiten der Mehrheit zu wehren haben.

Trotz der minderwertigen Arbeit, die uns in dem Antrag Kardorff vorliegt, hielten wir uns für verpflichtet, in einigen Abänderungsanträgen wenigstens den Versuch zu machen, die große Gefahr, die dem deutschen Volke, insbesondere den Arbeitern und den Kleingewerbetreibenden in dem Antrag Kardorff droht, etwas abzuschwächen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus sind unsre Anträge gestellt.

Zunächst verlangen wir Zollfreiheit für die wichtigsten Rohstoffe der Landwirtschaft. Der erhöhte Maiszoll weiter ist ein Schlag ins Gesicht der kleinen Landwirtschaft. Die Herabsetzung des Gerstenzolles ist lediglich ein Verlegenheitsprodukt der Regierung, um die süddeutschen Gerstenbauer zu gewinnen, er wird aber seinen Zweck für diese Landwirte nicht erreichen. Jedenfalls sind nunmehr die kleinen Landwirte auf den Mais als Futtermittel angewiesen und deshalb darf dieser Zoll nicht auch, noch wie die Kommission es beschlossen hat, enorm erhöht werden. (Sehr richtig! links.) Wir verlangen daher Wiederherstellung des bisherigen Vertragszolls für Mais. Ebenso muß der Zoll auf Hülsenfrüchte auf den bisherigen Vertragszoll ermäßigt werden. Wir haben unbedingt eine große Einfuhr von Hülsenfrüchten notwendig. Wir verlangen in unsrem Antrage Zollfreiheit für Kleesaat und Grassaat. Hier liegt der Zoll nur im Interesse der Großgrundbesitzer, die selber Samen züchten. Schaden von den Zöllen hat der kleine Bauer, der den Samen unter allen Umständen vom Samenhändler kaufen muß. Die Erzeugung von Grassaat in Deutschland deckt nur 20 Proz. des Bedarfs. Nun zum Hopfenzoll. Die Regierung hat seine Erhöhung auf 60 M. vorgeschlagen, und die Kommission hat ihn sogar auf 70 M. erhöht. Wir verlangen seine Herabsetzung auf den bisherigen Vertragssatz von 14 M. In dem Kommissionsvorschlage zeigt sich so recht die agrarische Kurzsichtigkeit. Gerade die Behandlung des Hopfenzolls zeigt, wie dringend notwendig eine sachliche Prüfung der Kommissionsvorschläge in zweiter Lesung gewesen wäre. Die Begründung des hohen Hopfenzolls beruht auf der ganz anormalen Mißernte des vorigen Jahres. Die deutsche Hopfenproduktion ist bei normalen Verhältnissen durchaus auf die Ausfuhr angewiesen. Andrerseits benötigen unsre Bierbrauer des ausländischen Hopfens aus technischen Gründen, wie der Bericht des Münchener Hofbräuhauses zeigt. Wenn der hohe Hopfenzoll der Kommission eingeführt wird, so werden Belgien und England, die beiden Hauptabsatzländer unsrer Hopfenproduktion, sicher mit Repressalien kommen. (Sehr richtig! links.) Besonders wundern muß ich mich über die speciell gegen Oestreich-Ungarn gerichteten Zollerhöhungen. Wie steht jetzt das Auswärtige Amt zu den hohen, von der Kommission beschlossenen Zöllen auf Kartoffeln, Obst und Gemüse? Wir haben wohl einen Anspruch darauf, von dem Vertreter unsres Auswärtigen Amtes Auskunft darüber zu erhalten, wie unsre Handelsbeziehungen zu Oestreich-Ungarn und Italien durch diese Zollerhöhungen beeinflußt werden. (Sehr richtig! links.) Für Gemüse beantragen wir Zollfreiheit, wie bisher. Es ist **unerhört,** daß das **gesündeste Nahrungsmittel,** das wir überhaupt haben, **in dieser Weise verteuert werden soll.** (Sehr wahr! links.) Diese Zölle belasten besonders den **Mittelstand.** Ist das vielleicht Ihre (nach rechts) berühmte Mittelstandspolitik? Soll Deutschland von den Segnungen des internationalen Verkehrs, von den Segnungen der südlichen Sonne durch solche Zölle völlig ausgeschlossen werden? Deutschland hat einen Beitrag zum Durchstich des Gotthardt-Tunnels gegeben; sollen jetzt alle Vorteile eines solchen Werkes wieder aufgehoben werden? (Sehr gut! links.) Die Folge einer solchen Politik müßte eine ungesunde Treibhaus-Wirtschaft sein. Auch für lebende Pflanzen beantragen wir Zollfreiheit. Auch hier will man gewissermaßen die tropische Sonne, das tropische Klima besteuern. Es fehlte nur noch, daß die Mehrheit schließlich noch einen Zoll auf Sonnenstrahlen beschlösse, etwa um der nationalen elektrischen Industrie aufzuhelfen. (Sehr gut! links.) Dazu kommen die Zollerhöhungen auf Konserven. Was sagt das Reichs-Gesundheitsamt zu diesen Zöllen?

Ich komme nun zu dem einzigen Finanzzoll, dessen Herabsetzung wir beantragt haben, zu dem Kaffeezoll. Wir wünschen diesen Zoll auf die Hälfte, auf 20 bezw. 25 M., herabgesetzt zu sehen. Gegenüber der Verteuerung des Brotes und des Bieres sollte man doch wenigstens hier eine Kompensation für die arme Bevölkerung beschließen. **In Zukunft werden noch viel mehr als bisher Kaffee und Kartoffeln das einzige Genußmittel für die arme Bevölkerung sein.** Eine Ermäßigung ist hier um so angebrachter, als ja die Getreidezölle wieder eine bedeutende Vermehrung der Reichseinnahmen herbeiführen müssen. Freilich, schon hört man, daß für die nächste Zeit neue Flottenvorlagen, neue Militärforderungen, eine Vermehrung der Kavallerie ꝛc. in Aussicht stehen. Je mehr Einnahmequellen man dem Reiche erschließt, um so mehr schafft man für die Reichsregierung einen Anreiz zu derartigen Ausgaben. (Sehr richtig! links.)

Die Zollerhöhungen für Gerbstoffe stellen einen der tollsten Exzesse der Schutzzoll-Industrie dar. Werden diese Zölle Gesetz, so **sieht** thatsächlich die **deutsche Lederindustrie** vor **einer Katastrophe.** (Sehr wahr! links.) Das Ungeheuerlichste ist die Erhöhung des Quebrachozolles von 1 M., wie die Regierungsvorlage wollte, auf 7 M.! Die Folge einer solchen Politik ist eine Verteuerung der Produktion und eine Verminderung des Konsums. Ich richte die Frage an den Reichskanzler und die Staatssekretäre des Innern und des Auswärtigen Amtes: wollen Sie mit einem Quebrachozoll von 7 M. Handelsverträge abschließen? Und wo bleibt der preußische Handelsminister, der als Abgeordneter doch stets ein Gegner dieser Zölle war? Von den Federviehzöllen ist der Gänsezoll besonders gefährlich für die kleinen Leute, die Gänsemast betreiben. Ich komme zu dem „Fisch des kleinen Mannes“, den Hering. Der Heringszoll war von der Kommission in erster Lesung bekanntlich „aus Versehen“ gestrichen worden. Das ist sehr charakteristisch: der einzige Beschluß der Kommission, der vom Volke freudig begrüßt worden ist, ist aus Versehen erfolgt! (Hört! hört! links.) In der zweiten Lesung hat dann die Kommission den Heringszoll der Regierungsvorlage angenommen. Was ist das für eine Mittelstands- und Socialpolitik!

Eines der stärksten Stücke einer volksfeindlichen Wirtschaftspolitik ist die Verdreifachung des **Eierzolles.** (Sehr richtig! links.) **Die deutsche Geflügelzucht deckt nur 5 Proz. des deutschen Bedarfs.** (Hört! hört! links.) Ich habe in der Kommission nachgewiesen, daß, um den gesamten Eierbedarf des Inlandes zu decken, 27 Millionen Hennen und 3 Millionen Hähne notwendig wären. (Heiterkeit.) Herr v. Kardorff hat mir damals zugerufen: „Das schaffen wir in zwei Jahren!“ (Erneute Heiterkeit.) Meine Herren, ich möchte doch einmal wahrhaftig — ich bitte, das nicht buchstäblich zu nehmen — die Eier des Herrn v. Kardorff sehen! (Große Heiterkeit.)

Charakteristisch war die Kommissionsverhandlung über die Papierzölle. Bisher galt es als selbstverständlich, daß Personen, die an einem Gesetz persönlich materiell interessiert sind, an den Verhandlungen über einen solchen Gegenstand nicht teilnahmen. Wie **anders** war das in der Kommission! Der **Führer** der **schutzzöllnerischen Mehrheit,** der die Einsetzung der höheren Papierzölle durchsetzte, **war selber ein Interessent.** (Hört! hört! links.) Mit 15 gegen 13 Stimmen hat dann die Kommission diese Zollerhöhungen beschlossen, die auf die einseitigsten Interessen der Papierindustrie zugeschnitten sind. Will die Regierung diese einseitige Politik mitmachen, will sie verzichten auf jeden Schutz der Papierverarbeitungs-Industrie? Diese beschäftigt weit mehr Arbeiter als die Papierindustrie. Was ist das wieder für eine Socialpolitik? Diese Zölle bedeuten auch eine neue Illustration für das Kunstbanausentum, das in deutschen Regierungskreisen gegenüber den modernen deutschen Kunstbestrebungen besteht. Die allerwichtigsten Kunstgewerbe, besonders das graphische Kunstgewerbe, werden, wie mir gesagt worden ist, durch diese Zölle geradezu vor eine Katastrophe gestellt. Auch die deutsche Presse war gegenüber diesen Zollerhöhungen viel zu wenig rührig. Wenn sie sich mehr ins Zeug gelegt hätte, so wäre diese Strafe nicht über sie gekommen. Auch der deutsche Verlagsbuchhandel, insbesondere der Kunstverlag, werden durch die Papierzölle geschädigt.

Weiter hat die Kommission bei Baumaterialien und Pflastersteinen bedeutende Zollerhöhungen beschlossen. Das ist ein charakteristisches Kapitel aus dem modernen Krieg der Agrarier gegen die Städte. Diese Zölle bedeuten eine **Erschwerung** der **Bauthätigkeit** und der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, sie sind so antimodern und antikulturell wie nur irgend etwas. Ich begreife nicht, wie auch städtische Vertreter für die höheren Zölle auf Pflastersteine haben stimmen können.

Ganz unmotiviert sind die Zollerhöhungen für Eisen. Die deutsche Eisenindustrie ist in der letzten Zeit so exzessiv üppig geworden, daß sie wirklich keines Schutzzolles mehr bedarf. Wir verlangen die Beseitigung des Roheisenzolles. Sonst wird man den Ausschreitungen der Syndikate nie entgegentreten können. Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die Wirkungen des Zolltarifs. Zweifellos bestehen die größten **staatsrechtlichen Bedenken** darüber, ob das Zolltarif-Gesetz überhaupt vom Kaiser nach Zustimmung des Bundesrats ausgefertigt werden kann. Die gesamte Theorie stellt sich auf den Standpunkt, daß ein Beschluß des Reichstages, der unter dem Bruch der Geschäftsordnung zu stande kommt, **überhaupt kein gültiger Beschluß nach Artikel 5 der Verfassung ist.** Ich will das an einem drastischen Beispiel beweisen. Es kann doch keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn ja vom Reichstage nur eine Lesung des Gesetzes vorgenommen würde, die zweite und dritte aber nicht, ein derartiges Gesetz nicht zum Gegenstande der Zustimmung des Bundesrats gemacht werden und nicht vom Kaiser ausgefertigt werden könnte. (Sehr richtig! links.) So liegt es auch beim Zolltarif-Gesetz. Auf jeden Fall würde eine ganz gefährliche Rechtsunsicherheit geschaffen werden. Die Art und Weise, wie das Gesetz hier beraten wird, bedeutet auch eine völlige Beseitigung des Petitionsrechts. Die Petitionen, die nach den Kommissionsberatungen noch eingegangen sind, können, wenn nach dem Antrage v. Kardorff beschlossen wird, überhaupt in unsren Beschlüssen keine Berücksichtigung mehr finden. (Sehr richtig! links.) Heute liegt in der von der Mehrheit beliebten Art der Beratung eine Verletzung des Grundsatzes der Publizität, den Artikel 22 der Verfassung ausspricht. Wir haben, abgesehen von dem heutigen Tage, überhaupt gar keine Specialdebatte des Zolltarifs geführt, also nicht die Möglichkeit gehabt, vor der Oeffentlichkeit über die einzelnen Positionen zu verhandeln.

Wir bekämpfen diesen Zolltarif aus handelspolitischen und socialpolitischen Gründen. Er gefährdet unsre ganze bisherige segensreiche Handelsvertragspolitik in der stärksten Weise und bedeutet eine ungerechte Erschwerung der Lebenshaltung der ganzen Massen des deutschen Volkes und das gerade in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise. Wir bekämpfen den Zolltarif aber auch, weil er nach unsrer Ueberzeugung allmählich eine Quelle des vollständigen Ruins der in der Geschäftsordnung des deutschen Reichstages niedergelegten Verfassung desselben bedeutet. Geht die Opposition in der dritten Lesung in derselben Schärfe weiter, so kann die Mehrheit unter keinen Umständen bei der bisherigen Rechtsverletzung stehen bleiben. Auf dieser Bahn giebt es überhaupt gar kein Halten mehr. Die Mehrheit wird dann schließlich auch vor Verfassungsänderungen nicht zurückschrecken. Daß das Wasser auf die Mühle der allerreaktionärsten Elemente ist, wie sie sich in den letzten Tagen in der „Kreuz-Zeitung“ gerührt haben, wird niemand bestreiten. Ein Gesetz, auf welchem der Makel, ja das Brandmal der Rechtswidrigkeit und der Rechtsbeugung ruht, kann nie und nimmer zum Segen des deutschen Volkes gereichen! (Bravo! links.)

Abg. **Gothein** (frs. Vg.):

Es entspricht ja dem ganzen Vorgehen der Mehrheit, wenn sie sich auch hier, wo es sich um das Materielle des Tarifs und nicht mehr um Geschäftsordnungsdebatten handelt, des Sprechens enthält und allein den Gegnern das Wort überläßt, wahrscheinlich um hinterher zu sagen, die Linke treibe Obstruktion, denn von den andern Parteien habe niemand das Wort ergriffen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Als Herr v. Kardorff seinerzeit von einer En bloc-Annahme des Tarifs sprach, meinte Herr Bassermann, den ich übrigens nach seiner großen Leistung von heute früh nicht mehr auf seinem Platze gesehen habe (Heiterkeit links), davon könne nicht die Rede sein, der ganze Tarif könne in den Antrag Kardorff hineingearbeitet werden.

Heute aber hat Herr Bassermann klipp und klar gesagt, es handelt sich um ein Kompromiß und **Abänderungsanträge werden nicht mehr angenommen.** Also Herr **v. Kardorff hat doch recht behalten.** Damals versuchte Herr Bassermann noch, über das rote Wams der Guillotine Gröber die vom Centrum

geborgte schwarze Kutte zu ziehen (Heiterkeit), aber sie war schon damals sehr fadenscheinig und Herr v. Kardorff war noch dazu so taktlos, sie etwas zu lüften. Heute, nachdem der wahre Charakter des Antrags Kardorff offenbar ist, hat Herr Sattler im Verein der Berliner Nationalliberalen versucht, wenigstens der Eitelkeit der unzufriedenen Parteigenossen draußen im Lande zu schmeicheln, indem er ihnen die **Führerrolle** klarmachte, die die **Nationalliberalen** bei dem **ganzen Vorgehen gespielt haben wollen.** Mir scheint es aber doch sehr zweifelhaft, ob damit seine Parteigenossen im Lande über ihre Gewissensbedenken hinwegkommen werden. Hat doch ein so hervorragendes Mitglied des Parteivorstandes, wie der Vicepräsident des Abgeordnetenhauses, Herr Krause erklärt, etwas **Rabulistisches** wie die **Begründung der Zulässigkeit des Antrages Kardorff sei ihm noch nicht vorgekommen.** Hat doch eine so anerkannte Leuchte der Wissenschaft wie Professor Lizst gesagt, es handele sich hier nicht nur um eine Rechtsverletzung, sondern auch um eine **Verletzung von Treu und Glauben.** (Hört! hört! und Sehr richtig! links.) In der That können wir einer Mehrheit, die uns in der Kommission erst vorgeredet hat, in der zweiten Lesung wird ja alles ex fundamento beraten werden, und dann hinterher diese Beratung abschneidet, überhaupt nie mehr etwas glauben. Nun sagen Sie, Sie hätten nicht anders gekonnt. Wenige Wochen vorher aber hat Herr Sattler davon gesprochen, der Tarif komme nicht zu stande, weil die Mehrheit nicht wolle. Man hat ja nicht einmal den Versuch gemacht, eine Verständigung über die geschäftliche Behandlung im Seniorenkonvent herbeizuführen. Dafür, daß wir thatsächlich Obstruktion getrieben haben, ist auch nicht der geringste Beweis beigebracht worden. Und durch ihre häufige Wiederholung wird die Behauptung doch nicht wahr. Aber Sie brauchen diese Behauptung, um im Lande für Ihr Vorgehen ein Entschuldigungsmäntelchen umhängen zu können. Wir haben nicht einmal bei den wichtigsten Positionen unser Mittagessen im Stich gelassen, wie nach der Erklärung des Herrn Sattler die Nationalliberalen bei der lex Heinze. Die Mehrheit aber ist Schritt für Schritt auf ihrem ungesetzlichen Wege weitergegangen. Wenn jetzt nach 5 Minuten der Präsident genötigt ist, diesen Geschäftsordnungsredner das Armesünderglöcklein zu läuten, so ist damit der Parlamentarismus direkt ins Lächerliche gezogen. (Sehr wahr! links.) Der Vertreter der reaktionären Mehrheit, ich meine Herrn Bassermann, (Heiterkeit!) meinte, es sei im vaterländischen Interesse unbedingt notwendig, aus diesem Wirrwarr herauszukommen. Der Wirrwarr ist aber erst durch den Entwurf herbeigeführt. Hätte man den Zolltarif zu Fall gebracht, so hätte man auch den Wirrwarr beseitigt.

Ueber der Winterlandschaft unsres Wirtschaftslebens schwebt heute der Pleitegeier. Dieser unsinnige Zolltarif wird die Not aufs schlimmste verschärfen.

Ich erinnere Sie daran, wie oft die Regierung selbst die verschiedensten Kommissionsbeschlüsse für unannehmbar, für undurchführbar erklärt hat. In der Begründung der Vorlage wird z. B. ausgeführt, daß sich ein äußerlich erkennbarer Unterschied zwischen Futter- und Braugerste nicht aufstellen lasse. (Hört! hört! links.) Heute aber erklärt sich die Regierung mit einer Differenzierung des Gerstenzolls einverstanden! In der Kommission hat Herr Möller einen Quebrachozoll von 7 M. für unannehmbar erklärt. Ebenso ist die Zollerhöhung für Raps für unannehmbar erklärt worden — aber sie steht im Kompromiß! Minister Möller sagte, daß die Zollerhöhungen für Holz und Cellulose, die die Kommission beschlossen hat, im Plenum nie eine Mehrheit finden könnten. (Hört! hört! links.) Nichtsdestoweniger wird jetzt auch alles dies unerhörte Zeug im Ramsch mit angenommen! Gegen die Kommissionszölle für Blumen und Küchengewächse ist Herr v. Richthofen in die Schranken geritten. Er sagte, daß die deutsche Regierung die italienische keinen Augenblick darüber im Zweifel lassen würde, daß sie derartige Zölle nicht annehmen könne. Was hat es denn für einen Zweck, solche hohen Zölle hier einzusetzen? Für unannehmbar erklärt worden sind auch die Zölle auf Pflastersteine und Chaussee-Baumaterial. Der Staatssekretär des Innern erinnert sich vielleicht noch an die erregte Debatte, die er darüber in der Kommission mit einem nationalliberalen Herrn hatte. Denken Sie ferner an alle die Verwendungsanträge, die die Regierung so häufig für unannehmbar erklärt hat. Was soll man noch von einer Regierung halten, die ein paar Wochen vorher alles für unannehmbar erklärt hat und sich heute sagen lassen muß: laudabiliter so subiecit! Wer sich auf eine solche Regierung verläßt, der ist in der That verlassen. (Sehr gut! und lebhafte Zustimmung links.) Man hat einmal den Unterschied zwischen freien und gegängelten Völkern dahin präcisiert, daß die ersteren für ihre eigenen Fehler, die andren für die Fehler ihrer Leiter aufkommen müßten. Ich fürchte, daß **unser armes deutsches Vaterland für die Fehler leider aufkommen muß.** (Lebhafte Zustimmung links.) Wir haben ja gar keine selbständige Regierung mehr. Wir haben nur eine Regierung in den Händen der konservativen Partei. **Unser ganzer Verwaltungsapparat ist so konservativ durchseucht** (Große Unruhe und Gelächter rechts), daß schon eine ungewöhnliche staatsmännische Kraft dazu gehörte, um in langer Zeit aus diesem Zustande herauszukommen. (Wiederholte Zurufe bei der Mehrheit: Zur Sache! Zolltarif! Zolltarif!)

Die Konservativen sind viel klügere Leute (Abg. Dr. Oertel ruft: Sehr richtig! — Heiterkeit!) als die Industriellen. Die Industriellen verlassen sich immer noch auf die Regierung; die Konservativen haben das nie gethan. Sie haben sich stets nur auf die eigne Energie und darauf verlassen, daß sie den ganzen Verwaltungsapparat bis zum Gendarmen herunter in ihren Händen haben. Unter ihrem Einfluß hat die Regierung diejenigen im Stiche gelassen, die ihres Schutzes am meisten bedürften: die kleinen Leute und die Arbeiter. Es ist nicht richtig, daß die Leute durch Erfahrung klug werden. Sie machen dieselbe Dummheit immer wieder. (Abg. Dr. Oertel lacht.) Auch Sie, Herr Oertel, rechnen darauf, daß Ihre Wähler dieselbe Dummheit wieder machen und Sie aufs neue wählen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Man sagt: die Geschichte ist eine Lehrmeisterin. Sie sollte es allerdings sein. Wenn man aber die intelligenten Gesichter der Herren ansieht, die man nur bei ganz besonderen Haupt- und Staatsaktionen hier im Reichstag zu sehen bekommt (Große Unruhe rechts), so kommt man zu der Auffassung, daß diese Herren sich nicht besonders viel mit geschichtlichen Forschungen abgeben. Auch der Reichskanzler und die Staatssekretäre haben offenbar die bösen Erfahrungen, die man in England seiner Zeit mit dem agrarischen Schutzzoll gemacht hat, nicht genügend verfolgt. Die agrarischen Zollerhöhungen haben in England zu einer vermehrten Gewaltthätigkeit der ländlichen Arbeiter, zur Zunahme der Unsittlichkeit geführt. Der Agrar-Schutzzoll in England ist schließlich aufgehoben worden in erster Linie im Interesse nicht der Konsumenten, sondern der Landwirtschaft. Aus diesen Erfahrungen haben Sie (nach rechts) nichts gelernt. Sie sind schlimmer als die Bourbonen, die nichts gelernt und nichts vergessen haben. (Gelächter rechts.)

Eine sachliche Diskussion ist nicht mehr möglich. Die **Guillotine kommt ja im nächsten Moment.** Wenn wir jetzt etwa weitere Zusatzanträge stellen wollten, so hätte das nur den Erfolg, daß Sie (zur Mehrheit) in der nächsten Sitzung noch einen weiteren Antrag auf Abänderung der Geschäftsordnung einbrächten, mit dem Sie eine neue Guillotine errichteten. (Mehrfache Rufe: Sehr richtig! rechts.) Ihnen (nach rechts) ist es ja ganz egal, was aus dem Parlamentarismus wird, wenn Sie nur Ihren Wählern das Geschenk mit nach Hause bringen, das Sie ihnen zu Weihnachten versprochen haben, **aus den Taschen der Aermsten im Lande!** (Höhnisches anhaltendes Gelächter bei der Mehrheit.) Man sieht es ja, sowie von der Guillotine die Rede war, da waren Sie plötzlich bei der Sache! Sie freuen sich, wenn die Rede ist von der Not des Volkes! Es ist Ihnen alles gleichgültig, wenn nur die Interessen der Großgrundbesitzer gewahrt werden. (Lebhafte Zustimmung links, große Unruhe rechts.) Für uns aber ist es ein Stolz gewesen, daß sich im deutschen Bürgertum noch eine Partei gefunden hat, die hier gekämpft hat für das Wohl der Armen im Lande, für das Wohl des deutschen Arbeiters, des kleinen Beamten, die am schwersten unter diesem Tarif leiden müssen. Sie haben es ja durch die schlimmsten Vergewaltigungen des Parlamentarismus fertig gebracht, den Tarif durchzupeitschen, zum Schaden des Landes! Indem wir das mit Bedauern ansehen, sind wir doch noch stolz darauf, daß wir den Ehrenschild des Liberalismus blank gehalten haben. (Lebhafter Beifall links. Höhnisches lärmendes Gelächter bei der Mehrheit.)

Abg. **Liebermann v. Sonnenberg** (Antis.):

Da ich nicht genau weiß, ob der Ausdruck „Heuchelei" parlamentarisch zulässig ist, wenn man ihn auf einen Abgeordneten anwendet, so werde ich mich hüten, dies zu thun. (Heiterkeit rechts.) Ich will nur sagen, daß die Herren, die mit so viel Emphase der Mehrheit eine Verhinderung der sachlichen Beratung vorwerfen, sich im Irrtum befinden. Herr Bebel hat herzbewegende Klagen darüber angestellt, daß man die Linke so schlecht behandelt habe. Es hat aber die erste Lesung 9 Sitzungen beansprucht, die zweite 38, die Kommissionsberatung 112, so daß zusammen 159 Tage über den Zolltarif beraten worden ist. Dabei hat die Linke den Löwenanteil für sich gehabt. Wenn ich den Zolltarif für etwas Gutes hielte, würde ich von der Socialdemokratie und der Freisinnigen Vereinigung, die sich unter Hintansetzung ihres Parteivorteils an die Socialdemokratie angeschlossen hat, sagen: Sie sind ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft. Ihnen allein hat die Regierung es zu verdanken, wenn sie diesen Zolltarif erhält. Wie ernst es der Socialdemokratie mit ihren Klagen war, beweist z. B., daß bei der ersten namentlichen Abstimmung nach dem Verfahren der lex Aichbichler Herr Bebel sich bitter beklagte darüber, daß ein Schriftführer, statt die Zettel selbst in Empfang zu nehmen, sie von den Abgeordneten gleich in die Urne hätte werfen lassen. Und dabei wollte gerade ein socialdemokratischer Abänderungsantrag zum Antrag Aichbichler die Worte einfügen: „Die Mitglieder haben eigenhändig die Abstimmungskarten in die Urne zu legen." Auf dem socialdemokratischen Parteitag zu Halle 1890 wurden 40 Redner mundtot gemacht. Als 1891 in Erfurt das veränderte Programm beschlossen wurde, sprach nur Herr Liebknecht, dann wurde das Programm en bloc angenommen. (Hört! hört! bei den Antisemiten.) Dieselben Herren beschweren sich hier über Abschneidung der Debatte.

Ich bin dankbar dafür, daß man auch einen Gegner des Antrages v. Kardorff von der Rechten das Wort verstattet. Wir sind Gegner des Antrages v. Kardorff, weil wir ihn für geschäftsordnungsmäßig unzulässig hielten.

In dem Antrag Kardorff sind Forderungen der Landwirtschaft aufgegeben, die von den vornehmsten Organen der Landwirtschaft als unbedingt notwendig zum Schutze der Landwirtschaft erklärt worden sind. Die wenigen entgegenkommenden Worte des Herrn Reichskanzlers werden nicht viel zur Beruhigung im Lande beitragen. Wir glauben ja, daß er ein gutes Herz für die Landwirtschaft hat, er hat es gesagt, aber die Thaten sind bisher ausgeblieben. Wir trauen auch der Regierung nicht die Nerven zu, um gegenüber einer stürmischen Zeitungsmache fest zu bleiben, wie sie sich erst vor kurzem in der famosen Fleischnot-Erregung geltend machte. Vor allem bedauern wir, daß die geringen Zollerhöhungen, welche die Kommission zum Schutze der Gärtnereien beschlossen hat, auch wieder als Kompensationsobjekte dienen sollen.

Was die vorliegenden Anträge anlangt, so würden wir für einzelne stimmen, müssen also, wenn über alle gemeinsam zur Tagesordnung übergegangen wird, dagegen stimmen. Im einzelnen würden wir für die Zollermäßigungen für Industriezölle des Antrages Bonin-Bahrenbusch stimmen, sowie auch für den Antrag des Abg. Heyl zu Herrnsheim, der Lösung des Meistbegünstigungsvertrages zu all den Ländern verlangt, die deutschen Waren nicht volle Reciprocität in Bezug auf Zollgesetzgebung und zollamtliche Behandlung gewähren. Zu den umfangreichen Amendements Albrecht kann ich keine Stellung nehmen, ich kenne sie nicht, aber ich stimme dagegen. (Heiterkeit.) Schließlich liegt noch eine Resolution Albrecht vor, die den Reichskanzler um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs ersucht, durch den die gewerbliche Zuchthausarbeit verboten wird. Diese Resolution liegt im Interesse des Mittelstandes, für den wir auf Grund unsres Programms eintreten. Der Socialdemokratie gebührt zweifellos das Verdienst, daß der Zolltarif zu stande kommt, die Regierung und der Reichstag müssen ihr also auf irgend eine Weise den Dank dafür abstatten. Da es nun nicht möglich ist, Herrn Singer zum Kammerherrn zu ernennen (Heiterkeit rechts), so bitte ich Sie, den Dank der Socialdemokratie dadurch abzustatten, daß Sie die Resolution Albrecht annehmen. (Bravo! bei den Antisemiten.)

Hierauf geht ein Schlußantrag der Mehrheit ein. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Auf Antrag Singer ist die Abstimmung darüber eine namentliche, sie ergiebt die Annahme des Schlusses der Diskussion mit 195 gegen 113 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen.

Abg. **Antrick** (zur Geschäftsordnung): Ich **konstatiere**, daß durch die **Annahme** des **Diskussionsschlusses** seitens der Mehrheit das **Wort, daß der Führer der Mehrheit, Herr Bassermann, hier abgegeben hat, gebrochen worden ist** (Sehr richtig! links.) und daß ich dadurch verhindert worden bin, weitere Ausführungen zu machen.

Abg. **Rösicke-Dessau** (frs. Vg.): Durch den Schluß der Debatte bin ich verhindert worden, einen durchaus sachlichen Antrag zu begründen. Die Mehrheit ist damit von neuem von einem **jahrelangen Brauch** des **Hauses abgewichen** und hat gezeigt, daß sie selbst **die kleinlichen Mittel nicht verschmäht, die Verabschiedung der Vorlage so schnell als möglich zu erreichen.** Meine Freunde empfinden je länger um so größere Genugthuung darüber, daß es ihnen gelungen ist, die Mehrheit zu veranlassen, ihr wahres Antlitz zu zeigen (Lachen bei der Mehrheit, Sehr gut! links), und damit dem deutschen Volke zu beweisen, daß diese Mehrheit nicht nur reaktionär bis auf die Knochen ist, sondern auch vor den brutalsten Gewaltakten nicht zurückschreckt. (Bravo! links. Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf **Ballestrem: Sie dürfen der Mehrheit dieses Hauses nicht vorwerfen, daß sie vor brutalen Gewaltakten nicht zurückschreckt.** (Links: Aber wahr bleibt's doch!)

Abg. **Molkenbuhr:** Auch mir ist durch den Schluß der Diskussion das Wort abgeschnitten. Freilich haben Sie (nach rechts) durch die That bewiesen, was ich mit Worten thun wollte, daß Sie eine sachliche Beratung der Vorlage verhindern wollen. (Beifall links.)

Abg. **Bassermann** (natl.): Auf die Bemerkung des Abg. Antrick habe ich zu erwidern, daß ich in keinem Stadium der Verhandlungen erklärt habe, wie lange die Beratung über den Antrag v. Kardorff ausgedehnt werden soll. (Oho! links. Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Beck-Koburg** (frs. Vp.): Durch den Schlußantrag bin ich verhindert, die Interessen der deutschen Spielwaren-Industrie und des deutschen Hopfenmarktes zu vertreten.

Abg. **Singer** (Soc.): Es ist richtig, daß der Abg. Bassermann keine Erklärung über die Dauer der Diskussion des Antrages v. Kardorff abgegeben hat. Er hat aber gesagt, es werde beim Antrage von Kardorff Gelegenheit sein, über **alle Einzelheiten zu debattieren,** und **jeder werde in der Diskussion zu seinem Rechte kommen.** (Sehr richtig! links. Widerspruch bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Fusangel** (C.): Herr Bebel hat hier einen Artikel aus der „Westdeutschen Ztg." citiert. Die daran geknüpften Bemerkungen waren aber zum Teil irrtümlich. Ich bin nicht Chefredakteur, sondern Verleger des Blattes und habe als solcher auf die Redaktion nur einen beschränkten Einfluß. Ich habe den Artikel nicht geschrieben, sondern erst durch den Abg. Bebel von ihm Kenntnis erlangt. Der Vorwurf des Terrorismus bezog sich auch nicht auf die Fraktion, sondern auf gewisse Versammlungen, in denen allerdings gegenteilige Meinungen in nicht gerade schöner Weise niedergekämpft worden sind.

Abg. **Bebel:** Ich habe nicht behauptet, daß Herr Fusangel den Artikel geschrieben hat. Ich halte aber aufrecht, daß sein Inhalt so, wie ich ihn angegeben, gelautet hat. Herr Fusangel wird übrigens Gelegenheit haben, den Inhalt des Artikels kennen zu lernen, da er morgen im „Vorwärts" abgedruckt werden wird.

Präsident Graf **Ballestrem** teilt mit, daß ein Antrag des Abg. Dr. Spahn (C.) vorliegt, über sämtliche Abänderungs-Anträge zum Antrage v. Kardorff zur Tagesordnung überzugehen. Es sind dies die Abänderungsanträge Bargmann, Haußmann-Böblingen, Rösicke-Dessau und die beiden heute verlesenen Anträge der socialdemokratischen Fraktion.

Abg. **Spahn** (C.): Ich bitte um Annahme meines Antrags. (Bravo! bei der Mehrheit; lautes Gelächter links.)

Präsident Graf **Ballestrem:** Das Wort gegen ... **wird nicht** verlangt.

Die Abstimmung über den Antrag Spahn ist auf Antrag Singer (Soc.) eine namentliche.

Der Uebergang zur einfachen Tagesordnung wird mit 202 gegen 119 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen beschlossen.

Präsident Graf **Ballestrem** schlägt vor, nunmehr die Abstimmung über den Antrag v. Kardorff und dann die Abstimmung über den so veränderten § 1 des Tarifgesetzes vorzunehmen.

Abg. Dr. **Barth** (frs. Vg.) beantragt zur Geschäftsordnung eine Teilung der Abstimmung in der Weise, daß über alle Abänderungen, die im Antrag Kardorff an den Kommissionsbeschlüssen über die Zollsätze vorgenommen werden, besonders abzustimmen. Ich begründe dieses Verlangen mit dem § 52 der Geschäftsordnung, der bisher von den Herren (zur Mehrheit) noch nicht umgestoßen ist. (Sehr gut! links. Unruhe bei der Mehrheit.) § 52 besagt: Die Teilung der Frage kann jeder einzelne verlangen. Wenn über ihre Zulässigkeit Zweifel entstehen, so entscheidet bei Anträgen der Antragsteller, in andern Fällen der Reichstag. (Abg. v. Kardorff meldet sich zur Geschäftsordnung zum Wort.) Der Antragsteller hat sich ja eben gemeldet. Meines Erachtens kann aber über die Zulässigkeit der Trennung ein Zweifel nicht bestehen, auch beim Präsidenten nicht. Sachlich will ich zur Begründung hinzufügen, daß im Hause Abgeordnete vorhanden sind, die mit den Zollherabsetzungen gegenüber den Kommissionssätzen einverstanden sind, während sie im übrigen den Antrag Kardorff aufs äußerste bekämpfen.

Präs. Graf **Ballestrem:** Der Präsident kommt hier gar nicht in Frage. Wenn Zweifel entstehen, hat der Antragsteller, im übrigen das Haus zu entscheiden.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): Ich widerspreche dieser Teilung. (Aha! links.)

Präs. Graf **Ballestrem:** Jetzt sind keine Zweifel mehr vorhanden. Wir kommen zur Abstimmung. Beide Abstimmungen sollen namentlich sein. Während der Abstimmung über den Antrag Kardorff, der hundertsten nach dem Aichbichlerschen Verfahren, wird ein Blumenstrauß auf den Platz der Schriftführer gestellt.

An der Abstimmung über den Antrag Kardorff beteiligen sich **329 Abgeordnete,** davon stimmen mit **„Ja" 184,** mit **„Nein" 136,** der Abstimmung enthalten sich 9 Abgeordnete. (Abg. **Thiele** [Soc.]: **Eine Mehrheit, die nicht einmal für sich beschlußfähig ist!**)

Es folgt die Abstimmung über den ganzen § 1 des Zolltarif-Gesetzes, die ebenfalls eine namentliche ist. Die Abstimmung ergiebt die Annahme des § 1 mit **182** gegen **136** Stimmen bei 9 Stimmenthaltungen.

Präsident Graf **Ballestrem:** Damit ist die zweite Lesung des Zolltarif-Gesetzes beendet. Abg. Dr. Spahn schlägt vor, die Beratung über die Petitionen und Resolutionen erst nach der dritten Lesung vorzunehmen. — Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Ich schlage vor, die nächste Sitzung abzuhalten am Sonnabend, **vormittags 10 Uhr, mit der Tagesordnung:** Dritte Beratung des Zolltarif-Gesetzes. — Auch hiergegen erhebt sich kein Widerspruch. Ich schließe die Sitzung.

Schluß 5 Uhr.

Berichtigung. Im gestrigen Bericht des „Vorwärts" (Schluß der Referate) ist der Abg. Bock als Redner genannt; es war der Abg. Geck. Auch hat Geck nicht über Kinderspielzeug, sondern über Christbaumschmuck gesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

Arbeiterinnen Berlins, wahret Eure Rechte!

Die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, die zum Schutze der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter erlassen sind, werden vielfach seitens der Unternehmer nicht beachtet und die Rechte der Arbeiterinnen werden oft gekürzt.

Das Gesetz bestimmt:

Die Arbeitszeit dauert für Arbeiterinnen über 16 Jahre 11 Stunden täglich, mit einstündiger Mittagspause; an Vorabenden von Sonn- und Festtagen nur 10 Stunden, und es muß die Arbeitsstätte an diesen Tagen bis spätestens 5½ Uhr verlassen sein.

Jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren dürfen täglich nur 10 Stunden mit einstündiger Mittagspause sowie je ½stündiger Frühstücks- und Vesperpause beschäftigt werden.

Kündigungen und Entlassungen. Gründe für sofortiges Verlassen der Arbeit sind z. B.: Unsittliche Angriffe der Unternehmer oder ihrer Vertreter, Thätlichkeiten, grobe Beleidigungen, unregelmäßige Lohnzahlung, bei Accordarbeit nicht ausreichende Beschäftigung usw.

Die Kündigungsfrist beträgt 14 Tage; sie kann durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen werden. Wenn Kündigungsfristen bestehen, müssen sie für beide Teile gleich sein.

Ausstellung von Zeugnissen. Die Arbeiterin hat das Recht, ein Zeugnis über Art und Dauer ihrer Beschäftigung zu verlangen; besondere Merkmale, welche die Schädigung der Arbeiterin zur Folge haben können, sind ungesetzlich und zurückzuweisen.

Strafgelder. Bestimmungen über Lohnabzüge in Form von Strafgeldern müssen in der Fabrikordnung, die sichtbar aushängen muß, bekannt gegeben sein. Die Verhängung jeder Strafe muß der Arbeiterin ohne Verzug mitgeteilt werden.

Hygienische und Schutzmaßregeln. Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften sind so einzurichten und zu unterhalten, daß die Arbeiterinnen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit geschützt sind. Es ist für genügend Licht, reine gute Luft, Beseitigung von Staub und Abfällen zu sorgen; ebenso sind Schutzvorrichtungen an Maschinen anzubringen. In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiterinnen sich umkleiden und nach der Arbeit reinigen, müssen ausreichende, für beide Geschlechter getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Bedürfnisanstalten müssen in genügender Zahl vorhanden und so eingerichtet sein, daß Sitte und Anstand nicht verletzt werden.

Arbeiterinnen, achtet darauf, daß diese zu Eurem Schutze erlassenen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt und innegehalten werden.

Wir weisen darum von neuem darauf hin, daß nachstehende Personen bereit sind, um es den Arbeiterinnen zu ermöglichen, ohne Nachteile für ihre Existenz auf Beseitigung der Mißstände in den Arbeitsstätten hinzuwirken, wahrheitsgetreue Beschwerden entgegenzunehmen und für schleunigste Abhilfe Sorge zu tragen.

Die Namen der Beschwerdeführer werden streng geheim gehalten!

Beschwerden nehmen entgegen: Frl. **Baader,** Belleallianceestraße 95, H. III. Frau **Bauschke,** Rostockerstr. 46, Quergeb. I. Frau Dr. **Weyl,** Lothringerstr. 67, I. Frau **Luy,** Waterloo-Ufer 9, im Laden. Frau **Mesch,** Lychenerstr. 3, linker Aufg. IV. Frau **Tietz,** Blumenstr. 63, I rechts. Frl. **Heidemann,** Alte Jakobstr. 118. IV. Frl. **Grünberg,** Köpnickerstr. 8b, IV. Frau **Jeetze,** Rixdorf, Steinmetzstraße 120, Hof I.

Sprechzeit jeden Mittwochabend von 7—9 Uhr.

Gewerkschafts-Bureau, im Gewerkschaftshause, **Engel-Ufer 15,** im Laden. Vorm. 9—1 und nachm. 6—8 Uhr.

Die **Gewerbe-Inspektions-Assistentinnen** Frl. **Reichert, Engel-Ufer 4,** Frl. **Kummert,** Georgenkirchplatz 21, Frl. **v. Bennigsen-Förder,** Prinzen-Allee 88, sind für Arbeiterinnen allein jeden Donnerstag von 7—8 Uhr abends und jeden ersten Sonntag im Monat von 9—10 Uhr vormittags zu sprechen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 12. Dezember.
Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Siegfried.
Schauspielhaus. Die Journalisten.
Deutsches. Monna Vanna.
Berliner. Paul Lange und Tora Parsberg.
Lessing. Madame Sans Gêne.
Central. Madame Sherry.
Neues. Ledige Leute.
Residenz. Seine Kammerzofe. (Nelly Rozier).
Westen. Figaros Hochzeit.
Thalia. Charley's Tante. Vorher: Cassis Pascha.

Anfang 8 Uhr:

Schiller. O. (Wallner-Theater.) Der Pfarrer von Kirchfeld.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Kabale und Liebe.
Belle-Alliance-Theater. Anno 48.
Carl Weiß. Ilse Römer.
Luisen. Emilia Galotti.
Casino. Der reiche Pustekohl.
Metropol. Die zwölf Frauen des Japhet.
Apollo. Nakiris Hochzeit.
Buntes Theater. Lore. — Die Tanzfee. — Abergläubisch. — Er und Sie.
Kleines. Erdgeist.
Palast. Der Dorfbarbier. Specialitäten.
Trianon. Die Liebesschaukel.
Passage-Theater. Specialitäten.
Passage-Panoptikum. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Specialitäten.
Wintergarten. Specialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49. Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstraße 57/62. Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

Central-Theater

Heute und folgende Tage, 7½ Uhr:

Madame Sherry.

Operette in 3 Akten von Hugo Felix. Sonnabendnachmittag 4 Uhr halbe Preise (jeder Erwachsene 1 Kind frei): **Schneeweißchen und Rosenrot.** Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Die Geisha.** Abends: **Madame Sherry.**

Luisen-Theater.

Emilia Galotti.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von Gotthold Ephraim Lessing. Anfang 8 Uhr. Vorverk. 10—2 Kasse, Invaliden-, Künstlerdank u. Warenhäuser A. Wertheim. Morgen: **Die Anna-Liese.** Sonntag 3 Uhr: **Wallensteins Tod.** 8 Uhr: **Emilia Galotti.** Montag: **Deborah.**

Belle-Alliance-Theater.

Gastspiel d. Münchener Ensembles
Abends 8 Uhr:

Anno 48.

Altmünchner Posse mit Ges. in 3 Akten. Morgen: **Die Schröderischen.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.

Ilse Römer.

Romantisches Schauspiel in 6 Bildern von Ernst Ritterfeldt. Anfang 8 Uhr. Morgen: **Witwe Dalila.** Sonnabendnachmittag 4 Uhr: **Die gütige Weihnachtsfee.** Sonntagnachmitt.: **Maria Stuart.**

Kleines Theater

(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr. Zum erstenmal:

Erdgeist.

Eine Tragödie in 4 Akten von Frank Wedekind.
Morgen: **Erdgeist.**

Residenz-Theater.

Heute und folgende Tage:

Seine Kammerzofe.
(Nelly Rozier.)

Schwank in drei Akten von Bilhaud und Hennequin.

Casino-Theater.

Lothringer Straße 37.

Heute: Letztes Gastspiel Dir. Richter.

Der reiche Pustekohl.

Stille Nacht. — Specialitäten.
Anfang 8, Sonntags 7½ Uhr.
Morgen: **Berlin N. Berlin W.**

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

CASTANS Panoptikum

Friedrichstrasse 165.
Das jüngste Wunder Afrikas
eine schneeweisse Negerin!!
Kasperle-Theater.
Illusion. — Lebende Bilder.
Gr. Promenaden-Konzert.

Passage-Theater.

Das Elite-Weihnachts-
Fest-Programm.
Liane Leischner
in ihrem Repertoire.
Bajerri als Beethoven
sensationelle musikalische Recitationen.
Georg Kaiser prolongiert.
Kinematograph:
Krupps Leichenzug.
14 neue erstklassige Nummern.

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72—73.

Charleys Tante.

Vorher: **Cassis Pascha.** Anf. 7½ Uhr. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend, 13. Dez., nachmittags 3½ Uhr: **Die Schneekönigin.** Sonntag, 14. Dezbr., nachmittags 3 Uhr: **Der Raub der Sabinerinnen.**
Am 23. Dezember, zum erstenmal: Novität! **Die bösen Mädchen.** Gr. Ausstattungsposse mit Gesang u. Tanz.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschaukel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Bernhard Rose-Theater,

Badstr. 58.
Freitag, den 12. Dezember:
Große Extra-Vorstellung:
Graf Irun
oder: **König und Lautenschlägerin.**
Komödie in 5 Akten von R. Saar.
Anfang 8 Uhr.
In Vorbereitung: **Goldhärchen.** Märchenspiel für die Kinderwelt.

W. Noack's Theater.

Direktion: **Robert Dill.**
Brunnenstrasse 16.
Othello, der Mohr von Venedig.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend: Einmaliges Auftreten des Direktors **Rob. Dill: Der Goldbauer.**

Palast-Theater

Burgstraße 22. Früher: Feen-Palast.
Das Riesen-Dezember-Programm.
8½ Uhr: 8½ Uhr:
Der Dorfbarbier
Oper.-Vaudeville mit Gesang u. Tanz von Gumbert.
Folgende Nummern sind gänzlich neu: Soeurs Blanche, Gymn. Akrobaten. **Charles Merino,** Champion Equilibrist. **Ylang You,** Japanischer Gaukler. **Mr. Montani,** Dressurakt. **Anieta Koncewicz,** Soubr.-Diva. **Schwestern Montani,** Doppel-Drahtseil. **Miss Nebula,** mysteriöser Lichtakt.
Das Theater ist durchaus geheizt und mollig warm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Königstadt-Casino.

Holzmarktst. 72, Ecke Alexanderst.
Täglich erstkl. **Specialitäten-Vorstellung.** Jed. Mittwoch, Sonnabd. und Sonntag **Tanzkränzchen.**
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater **O.** (Wallner-Theater).

Freitagabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Volksstück mit Gesang in 5 Akten von Ludwig Anzengruber.

Sonnabendabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Kabale und Liebe.

Sonntagabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Schiller-Theater **N.** (Friedr.-Wilhelmstädtisches Theater).

Freitagabend 8 Uhr:
Kabale und Liebe.
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.

Sonnabendabend 8 Uhr:
Sappho.

Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.

Sonntagabend 8 Uhr:
Doktor Klaus.

Neues Konzerthaus.

Alexanderplatz (Grand Hôtel).
Inhaber: Albert Mörner. 5898L*

Humoristischer Abend

des Komponisten u. Kapellmeisters Herrn **Jul. Einödshofer.**
Heute: Populäres Konzert.
Entree 20 Pf. **Anfang 8 Uhr.**
Im **Februar** und **März 1903** ist der **grosse Konzertsaal** an einigen Tagen der Woche für Privatfestlichkeiten und Versammlungen zu haben.

Metropol-Theater.

Die zwölf Frauen des Japhet.
Vaudeville in 3 Akten von Mars u. Desvallières. Lieder und Text von Julius Freund. Musik von Victor Holländer.
Zwei grosse Balletts.
Emil Thomas a. G. Josef Josephi. Henry Bender. Hermann Haak.
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Apollo-Theater.

Von **8—9** Uhr: **Specialitäten.**
Um 9 Uhr: **Nakiris Hochzeit.**
Operette von **Paul Lincke.**
Kassenöffnung **7** Uhr. Anf. **8** Uhr.
Am 26. Dezember um 3 Uhr: **Nachmittags-Vorstellung: Frau Luna.** Ermäßigte Preise.
Billet-Vorverkauf für die Feiertage von 10—2 Uhr.

Buntes Theater

(Ueberbrett'l.)
Köpenickerstraße 68. Anfang **8 Uhr.**
Lore. — Die Tanzfee. — Abergläubisch. — Er und Sie.
Bunter Teil:
Leitung: **Fritz Lehner. — Tiny Senders. — Bokken Lasson. — Hans Fredy. — Emil Justitz. — Carla Lingen a. G.**

Steidl-Theater

Oranienburg. Thor — an der Friedrichstr.
Täglich 8 Uhr. Sonnt. 7 Uhr.
Vorverkauf 40 Pf. — Entree 50 Pf.
Steidl-Sänger.
(Fritz Steidl, Schauerl, Müller, Lipart, Roising, Wehling, Corvinus, Haas und Munkel.)
Neu: **Am Weihnachtsabend.** Lebensbild von Fritz Steidl.
Entree **50** Pf. (Vorverk. **40** Pf.) bei **Rühle,** Friedrichstr. 115.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Specialarzt für [50/11*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Winter-Garten

Vollständig Neues Programm.
Geschwister Andersen, Fuss-Equilibristinnen.
Mizi-Gizi, Vortrags-Soubrette.
Die 3 Harveys, Drahtseilkünstler.
Stanley und Wilson, Amerikanisch. Gesangs- u. Instrumental-Akt.
Eine Bojaren-Hochzeit, Russische Gesangs- und Tanz-Scenen.
Die Barowskys, Humoristisch-Gymnastische Produktion.
Perzina's dressierte Affen.
Mason und Forbes, Excentrics.
Udel-Quartett.
Steig's Motor- und Bycicle-Rennen.
Eugenie Fougère, franz. Excentric-Tänzerin.
Catherine Barthe,
Pariser Luft, Ballett-Divertissement.
„Biograph".

Gratweils Bierhallen

Theater u. Varieté
Kommandantenstraße 77/79.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante Dezember-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonnabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tageskasse 11-1½ Uhr.

(Meyfel, Bielfo, Seitten, Marschall, Krone, Böhme, Gaßmann, Wittner etc.)

Goldleisten-Fabrikation. Gefl. Offerten von Verzierungs-Maschinen neuesten Systems erbeten. **K. Fries,** 296 Lynton Road, London S. E.

Cirkus Schumann

Freitag, den 12. Dezember, abends 7½ Uhr:

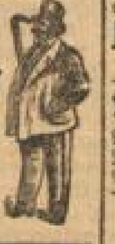
Grosser Sports-Abend.

Erstklassiges Programm, 12 Nummern.
Um 9½ Uhr:
Die grösste Sensation:
Mr. Diavolo

Looping the Loop.

Um 9½ Uhr: Die beliebteste und populärste Pantomime
Die lustigen Heidelberger.
Sonntag 2 grosse Vorstellungen. In **beiden** Vorstellungen: Mr. Diavolo, **Looping the Loop.** Nachmittags **1 Kind frei,** weitere Kinder zahlen die Hälfte.

Sanssouci



Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Zum 1. Mal, ganz neu!
Unterm Weihnachtsbaum.
Charakterbild mit Gesang.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.

Etablissement
Buggenhagen
am Moritzplatz.
Heute Freitag:
Militär-Konzert
des Musikcorps des 5. Garde-Reg. z. F., kgl. Musikdir. **Neu.**
Im Kaiser-Saal:
Bückeburger Sänger.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Wochentags: Entree frei!
5 Künstler-Kapellen 5
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

POLIKLINIK, täglich 1 Uhr,
für { Sauerstoff-Behandlung. Naturheil-Verfahren
Karlstrasse 25,
an der Friedrichstrasse.
Dr. Hinz und **Dr. Knips-Hasse.**

Steppdecken

Gelegenheitskäufe!
Wollatlas, alle Farben, **4,85, 6,00**
Similiseide, alle Farb., **5,25, 6,00**
Special-Haus **Emil Lefèvre,**
Berlin S., Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.

Cirkus Busch.

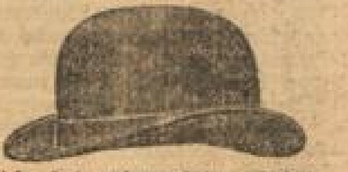
Freitag, den 12. Dezember 1902, abends 7½ Uhr:
Dahomey.
Die Elefanten-Herde im Urwald-See.

Sarg magazin J. Schumacher,
Swinemünderstr. 120.
Unentgeltliche u. pünktliche Erledigung aller Beerdigungsangelegenheiten.

Herren-Kragen,
— reinleinen, garantiert 4fach, — verschiedene Façons in allen Weiten,
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat reicht.
— Geschlossene Kragen —
per Dutzend 3 Mk. und 3 Mk. 50 Pfg.
Manschetten, Prima, garant. 4fach
½ Dutzend 1.80 Mk.,
Oberhemden, Serviteurs, Kravatten, in größter Auswahl. **Tricotagen, Strümpfe, Hosenträger, Handschuhe. Detailverkauf zu Engrospreisen. Ernst Marcuse, Münzstr. 23.**

Herren-Moden,
elegante Ausführg., geringe Teilzahlg.
J. Kurzberg, Neue Königstr. 47,
2 Treppen, am Alexanderplatz.

Verfallene Pfänder zum Weihnachtsfest. Goldf., Brillanten j. Art, gold. u. silberne Uhren, Ketten, Ringe, sauber u. schön, w. spottb. verk. Pfandl. Prinzenstr. 28 I, Ecke Ritterstr.



Dieser Hut, moderne Form, echt Filz, kostet **1.50 M.** 5974L*
Special-Hut-Engros-Lager
Einzelverkauf zu Fabrikpreisen
im Comptoir Neue Königstr. 48, 1 Treppe, am Alexanderplatz.
Grösste Auswahl
aussergewöhnlich billige Preise
Filzhüte für Herren neueste Form,
mit Futter M. 1,50, mit Atlasfutter 2,00, hochfeine Qualität M. 2,50, extrafeine 3,00, beste Qualität 4,50.
Cylinderhüte u. Chapeau claques
in grösster Auswahl!

Rothe Kreuz-Geld-Lotterie.

Ziehung: 13. bis 18. Dezbr.
16870 Geldgewinne baar ohne jeden Abzug zahlbar von Mk.
575000
Hauptgewinne: Mark
100000
50000
25000
etc. etc. etc.
Originalloose à 3.50 M.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Brauer & Co. Nachf.
Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Filialen:
NW., Wilsnackerstr. 63.
O., Andreasstr. 46a.
SO., Oranienstr. 177.

Musikwerke,
mit auswechselbaren Notenscheiben. Schönste Familienunterhaltung. Geringe Teilzahlung. **Neue Königstr. 47,** II Treppen, Alexanderplatz. [5669L*

Weihnachtsgeschenke!

Büffetts. Bücherschränke. Salongarnituren.
4985L*] **Bauerntische. Paneelbretter**
sowie sämtliche Möbel für Wohnungs-Einrichtungen in geschmackvoller Ausführung zu billigsten Preisen empfiehlt
Julius Apelt, Möbelfabrik
6. Skalitzerstrasse 6 (am Kottbuser Thor).

Lachs

das Pfund
20 Pfennig
(im Anschnitt 27—30 Pfennig).

Seelachs, ganz frische Ware, ist soeben in **grosser Menge** eingetroffen. Die mannigfachen Zubereitungen sind aus dem umfangreichen Seefisch-Kochbuch, das jeder Käufer gratis erhält, ersichtlich. **Ein Versuch mit diesem äusserst schmackhaften Fisch ist jeder Hausfrau zu empfehlen.** Ebenfalls in frischer Ware sind die nebenstehend verzeichneten Fische eingetroffen.

	Preis für 1 Pfund;	im Anschnitt
Adlerlachs	35—40 Pf.;	45—50 Pf.
Seekarpfen	40 Pf.;	
Blaufisch	30—35 Pf.;	
Seehecht	35 Pf.;	42—45 Pf.
Seelachs	20 Pf.;	27—30 Pf.
Schellfische in allen Grössen	20—35 Pf.;	
Cablian ohne Kopf	35 Pf.;	
Bratflundern	20—25 Pf.;	(3 Pfd. 60 Pf.
Knurrhahn	25—30 Pf.;	
Grosse Schollen	40—45 Pf.;	
Geräucherte Flundern	60—65 Pf.;	
„ Adlerlachs a la Stör	90 Pf.;	
„ Schellfisch	35 Pf.;	
„ Roche	60 Pf.;	

Marinierte Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee" Generalvertreter **Johs. Skorczyk**
Haupt-Filiale: Bahnhof Börse, Bogen 9—10.
II. Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse Stadtbahnbogen 388/89. — **III. Prinzenstrasse 30** (am Moritzplatz). — **IV. Madaistrasse 22** (im Schlesischen Bahnhof).

Verantwortl. Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

36. Sitzung vom Donnerstag, den 11. Dezember, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. **Langerhans** eröffnet die Sitzung um ½6 Uhr mit einem ehrenden Nachruf für den so kurz nach seinem Amtsantritt verstorbenen Stadtschulrat Dr. Voigt und für den verstorbenen früheren Stadtv. Talke. Die Versammlung hört die Worte des Vorstehers stehend an.

Die Vorbereitung der Ersatzwahl wird einem besonderen Ausschusse übertragen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag Landau, Langerhans, Neumann und Genossen:

Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, am Krankenhaus Friedrichshain

für die chirurgische Abteilung einen Direktor und einen demselben in ärztlicher Beziehung koordinierten dirigierenden Arzt in derselben Weise anzustellen, wie dies bereits seit 1894 für die innere Abteilung der Fall ist, und diese Einrichtung nach Möglichkeit bei den andren Krankenhäusern einzuführen.

Antragsteller Stadtv. Prof. **Landau** (A. L.): Bestrebungen im Sinne meines Antrages sind schon seit 1894 hervorgetreten, aber der Magistrat hat sich bisher dagegen ablehnend verhalten, obwohl die Krankenhaus-Deputation wiederholt für einzelne Krankenhäuser analoge Forderungen aufgestellt hat. Alles, was erreicht werden konnte, war ein ganz unzureichendes Kompromiß: der älteste Assistenzarzt hat jetzt den wohlklingenden Titel Oberarzt, ist aber nach wie vor dem Direktor untergeordnet. Die Bedenken der Verwaltung hinsichtlich der Reibungen und Kompetenzstreitigkeiten zwischen den beiden leitenden Aerzten widerlegen sich schon durch den bloßen Hinweis auf den durchaus befriedigenden Zustand in der inneren Abteilung; auch ist im Krankenhause Friedrichshain an getrennten Räumen und Operationssälen für zwei Chirurgen kein Mangel. Das Krankenmaterial auf der chirurgischen Station im Friedrichshain hat sich seit den letzten zehn Jahren ganz erheblich vermehrt. Wie weit jetzt ein „Oberarzt" zu selbständiger Thätigkeit im Krankenhause gelangen kann, hängt gänzlich von der Gnade des Direktors ab. Andrerseits ist der Direktor allein absolut nicht mehr imstande, sich persönlich um alle seine Patienten zu kümmern. Wir brauchen für 420 Kranke nicht eine hervorragende Kraft, sondern zwei. In medizinischen Fragen darf in der Stadt Berlin nicht so büreaukratisch wie bisher fortregiert werden.

Stadtrat **Straßmann**: Der Magistrat kann ein Bedürfnis im Sinne des Antrages nicht anerkennen. Redner sucht dies an der Hand der Krankenstatistik im einzelnen auszuführen. Finanzielle Bedenken kämen für den Magistrat gegen den Antrag nicht in Frage.

Stadtv. **Mommsen** (Fr. Fr.): Der Antrag Landau bedeutet ein Mißtrauensvotum gegen den Magistrat. Den Beweis für die Notwendigkeit einer Systemänderung in der Krankenbehandlung hat Herr Landau nicht erbracht. Wir sind dem Antrage grundsätzlich entgegen, widersprechen aber einer Ausschußberatung nicht.

Stadtv. Dr. **Friedeberg** (Soc.): Die Ausführungen der beiden letzten Herren haben nicht erschüttern können, was die autoritativen Instanzen der Chirurgen, so der chirurgische Kongreß, festgestellt haben, nämlich, daß 150 Kranke das Höchstmaß für die Leistungsfähigkeit eines Chirurgen sind. (Hört! hört! links.) In den städtischen Krankenhäusern kommen sehr zahlreiche schwere Fälle vor. Die gutachtliche Thätigkeit unsres städtischen Chirurgen ist auch eine sehr große; diese Thätigkeit wird oft heruntergeleitet vom Direktor zum Oberarzt und bis zum Assistenten (Hört! hört!), wodurch oft auch eine Schädigung der betreffenden Kranken zu stande kommen kann. Luströhrenschnitte, eingeklemmte Brüche müssen natürlich sofort vorgenommen werden; daß die Oberärzte und Assistenten das machen, ist kein Wunder, aber sonst kommen diese Herren nicht zu den großen operativen Eingriffen. Wenn in Moabit dem Oberarzt eine selbständige Stellung eingeräumt ist, liegt das an der ganz besonderen Inanspruchnahme des dortigen Direktors. Die Verantwortung der Oberärzte ist nur eine Scheinverantwortung. Institute, welche der Allgemeinheit dienen sollen, sollen Kräfte haben, die lediglich diesem Institut und der Wissenschaft dienen, nicht aber auf Privatkliniken und dergleichen angewiesen sind. Die Stadt sollte den Herren die konsultative Privatpraxis verbieten und sie dementsprechend ganz anders als bisher entschädigen. Bei den jetzigen Verhältnissen ist das Interesse der Kranken thatsächlich nicht genügend gewahrt; eine Neuregelung im Sinne des Antrages Landau würde den Kranken und den Krankenhäusern zu gute kommen. Die einheitliche chirurgische Leitung des Operationssaales kann kein ausschlaggebender Gegengrund in; der Kampf zwischen aseptisch und antiseptisch ist in den Hintergrund getreten, die Asepsis hat den Sieg davongetragen. Im allgemeinen schließen wir uns dem Antrage Landau an.

Stadtv. **Ruge** (R. L.) spricht sich gegen den Antrag aus. Für die Kranken würde durch die veränderte Stellung der Oberärzte nichts geändert werden. Die Oberärzte genössen bei der Krankenbehandlung volle Selbständigkeit. Es würde sich bloß um eine persönliche Aenderung für die Aerzte handeln. Redner beantragt Ausschußberatung.

Stadtv. **Langerhans** (A. L.): Früher hat man uns nachgewiesen, ein dirigierender Arzt könne höchstens 100—150 Kranke unter sich haben; 1894 haben wir die Einrichtung für die innere Abteilung gemacht und sie für die äußere gewünscht. Der Magistrat hätte schon längst sich für die Einführung bemühen müssen. Die Einrichtung braucht auch gar nicht sofort in allen Krankenhäusern gleichmäßig durchgeführt zu werden. Selbst wenn zwei Operateure in demselben Operationssaal thätig sein sollten, so werden sie doch wohl so gebildet sein, einen modus vivendi für ihr Nebeneinanderarbeiten zu finden.

Stadtv. Louis **Sachs** (A. L.) hält die Organisation auf der chirurgischen Abteilung für undurchführbar; es müsse auf dieser Station eine oberste Instanz sein, die die schweren Fälle behandele. Im Krankenhause Friedrichshain sei auch kein Raum für einen zweiten koordinierten Operateur vorhanden. Die Direktoren seien keineswegs überbürdet und wünschen keine Aenderung. Herrn Straßmann könne man für seine Verwaltung nur dankbar sein.

Stadtv. **Cassel** (A. L.): Es handelt sich hier gar nicht um Vertrauensfragen; in diesem Sinne ist der Antrag nicht gemeint, noch gestellt. Man will durch eine andere Organisation eine bedeutende Verbesserung einführen. Auch Professor Landau genießt als Sachverständiger ein großes Ansehen; und den allgemeinen Antrag für alle drei Häuser hat ja auch die Krankenhaus-Deputation angenommen. Es wird jetzt aber förmlich Mode, uns zu erklären, wir hätten zu schweigen, wenn der Magistrat andrer Meinung ist. Die Herren Direktoren sind doch immerhin persönlich an der Frage beteiligt.

Nachdem noch Stadtv. Dr. **Neumann** (wild) sich lebhaft für den Antrag verwendet, wird derselbe einem Ausschuß von 15 Mitgliedern überwiesen, der sofort vom Vorstande ernannt wird und dem auch die Stadtverordneten Dr. Bernstein, Dr. Friedeberg und Heimann (Soc.) angehören.

Mit der Festsetzung neuer Fluchtlinien und der Abänderung des Bebauungsplans Abteilung XI durch Anlegung einer neuen Straße 19A auf dem Terrain zwischen Behm-, Schwedter-, Gleimstraße, Straße 16 und Ringbahn, sowie mit der Verlängerung der Rungestraße bis zur projektierten Spreeuferstraße erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die Angelegenheit betr. die Regelung des Straßenhandels wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Nach Erledigung einer Reihe weiterer Vorlagen schließt die öffentliche Sitzung um ½9 Uhr.

Parteinachrichten.

Gemeindewahlen. Im Königreich Sachsen wurden gewählt: In Birkwitz bei Pillnitz 2 Parteigenossen zum erstenmal, in Reichenau bei Zittau alle 3 socialdemokratischen Kandidaten, ebenso in Niederplanitz alle 4 aufgestellten Genossen und in Gablenz 2 Parteigenossen. In Heidenoldendorf bei Detmold wurden 2 Parteigenossen gewählt.

Reichstagskandidaturen. Für den Wahlkreis Memel-Heydekrug wird Genosse Braun aus Königsberg kandidieren. Für Augsburg wurde in einer Parteiversammlung Genosse Rollwagen als Kandidat proklamiert.

Eine liberale Beurteilung der dänischen socialdemokratischen Presse. Das kürzlich erschienene Jahrbuch „Norden" enthält einen Artikel des liberalen Kopenhagener Journalisten Ove Rode über die dänische Presse. Von der socialdemokratischen Presse sagt der Verfasser: „Sie ist die jüngste an Jahren, aber sie hat große Verbreitung und Bedeutung gewonnen. Das Hauptorgan ist „Socialdemokraten" (gegründet 1871 unter dem Titel „Socialisten"). Es hat die größte Abonnentenzahl, die irgend ein dänisches Tageblatt bis jetzt erreicht hat (gegen 40 000) und ist eine sorgfältig und konsequent redigierte Zeitung. Redakteur ist Folkethingsmann Wiinblad, politischer Hauptmitarbeiter Folkethingsmann Borgbjerg, ein heftiger aber fruchtbarer und talentvoller Schriftsteller. Im übrigen befinden sich fast alle Reichstags-Abgeordneten der Partei im Stabe: der ruhige und kenntnisreiche Leiter der Gewerkschaften J. Jensen, der auch als Liederdichter bekannte A. C. Meyer, Stadtverordneter P. Knudsen und andre. Litteratur- und Theaterkritiker ist der Schriftsteller C. E. Jensen, der ein feinfühliger und klug urteilender Freund der jungen Litteratur ist. Wissenschaftliche Mitarbeiter sind das Ehepaar Bang; Frau Mina Bang hat namentlich die sociale Stellung der Frau zum Gegenstand statistischer Untersuchungen und agitatorischer Schilderungen gemacht, während Dr. phil. Gustav Bang der Partei einziger wissenschaftlicher Bearbeiter der Theorien des Socialismus ist." — Ueber die Provinzpresse der Socialdemokratie wird unter anderm mitgeteilt, daß ihr gemeinsamer Kopenhagener Korrespondent der auch „als Dichter hochbegabte" J. Aakjär ist.

Totenliste der Partei. Im Allerheiligen-Hospital in Breslau starb infolge eines Nierenleidens der Schneider Robert Grund, der den Breslauer Parteiorganisationen seit ihrem Bestehen angehörte. Er zählte immer zu den eifrigsten Arbeitern für die Ausbreitung des Socialismus. Seit Jahren verging keine Flugblattverbreitung, an welcher nicht Genosse Grund teilgenommen hätte, bei keiner wichtigen Aktion hat er je gefehlt. Noch drei, vier Wochen vor seinem Tode half er bei der Arbeit zu den Stadtverordnetenwahlen und als ihn die Ausgeber des Flugblattes baten, doch nicht mehr Treppen zu steigen und sich über seine Kräfte anzustrengen, da brachte der Brave seine Frau zur Wahlhilfe mit, um die Lücke auszufüllen. Männer, die so für ihre Brüder arbeiten, werden wir nicht vergessen!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Straßenpolizeiverordnung gegen Streikposten.

Die Wege- und Straßenordnung für den Regierungsbezirk Düsseldorf vom 26. März 1900 schreibt gleich allen andern preußischen Straßenpolizeiverordnungen vor, daß den zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit auf öffentlichen Straßen ergehenden Anordnungen von Polizeibeamten unbedingt Folge zu leisten sei. Wegen Nichtbefolgung einer solchen Anordnung war der Schreiner Streckenburg angeklagt worden, der in der Düsseldorferstraße zu Ratingen Streikposten gestanden hatte und der Aufforderung eines Polizeibeamten, die Straße, wo in einer Werkstatt gestreikt wurde, zu verlassen, zwar zunächst gefolgt, dann aber wieder zurückgekehrt war. Der Beamte sagte vor Gericht aus, er habe die Streikenden zum Verlassen der Straße aufgefordert, weil arbeitswillige Schreiner öfter belästigt worden seien und er Differenzen zwischen den feindlichen Parteien habe vorbeugen wollen.

Darauf wurde St. zu einer Geldstrafe verurteilt und das Landgericht Düsseldorf verwarf seine hiergegen eingelegte Berufung. Es führte aus, daß die polizeiliche Anordnung unzweifelhaft im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung ergangen sei und unbedingt hätte befolgt werden müssen. Hinfällig wäre der Einwand des Angeklagten, daß er gemäß § 152 der Gewerbe-Ordnung nur sein Koalitionsrecht ausgeübt habe, wenn er Streikposten stand, und daß ihn der Polizeibeamte daran auf keinen Fall hätte hindern dürfen.

St. legte Revision ein und wiederholte seinen principiellen Einwand. Der Vorderrichter habe die Bedeutung des § 152 der Gewerbe-Ordnung verkannt. Das Reichsgericht selbst habe eine Verordnung für ungültig erklärt, durch welche das Streikpostenstehen verboten worden sei. Das Verfahren der Polizei im vorliegenden Falle laufe aber gleichfalls auf ein Verbot des Streikpostenstehens hinaus. Schon deshalb müßte er freigesprochen werden. Aber auch im andern Falle müsse seine Freisprechung erfolgen, denn der Vorderrichter habe nicht feststellen können, daß gerade er sich irgend etwas habe zu Schulden kommen lassen in Bezug auf die öffentliche Ruhe und Ordnung. Er habe niemand belästigt, und wenn andre Tischler möglicherweise einen Arbeitenden auf der Straße angehalten hätten, dann hätte man doch nicht ihm verbieten können, sich dort aufzuhalten.

Der Oberstaatsanwalt am Kammergericht meinte, es sei ja allerdings eine Polizeiverordnung für ungültig erklärt worden, die sich gegen das Streikpostenstehen selber richtete; das bedeute nun aber noch lange nicht, daß streikende Arbeiter alles machen könnten. Es ließen sich Straßenpolizeiverordnungen sehr wohl auch gegen Streikposten anwenden, die ihnen zuwider handelten, wie es St. gethan habe.

Der Strafsenat des Kammergerichts wies die Revision mit folgender Begründung ab: Die Straßen- und Wege-Ordnung, die im Interesse der Straßenpolizei zur Erhaltung der Sicherheit, Ruhe und Ordnung erlassen sei, gelte für jedermann. Sie stehe nicht in Widerspruch mit der Gewerbe-Ordnung, insbesondere nicht mit § 152. Und den Thatbestand eines Vergehens gegen die Verordnung habe das Landgericht ohne Rechtsirrtum festgestellt. Es genüge, daß der Polizeibeamte, wie feststehe, seine Anordnung zum Verlassen der Straße wirklich zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit habe ergehen lassen.

Sociales.

Vom Ausnahmegesetz gegen Gesinde und Landarbeiter.

Das preußische Gesetz vom 24. April 1854 betreffend die Verletzungen der Dienstpflichten des Gesindes und der ländlichen Arbeiter bedroht das Gesinde und ländliche Arbeiter mit Strafe, wenn sie sich hartnäckigen Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Befehle der Herrschaft oder der zur Aufsicht bestellten Personen zu Schulden kommen lassen, oder ohne gesetzmäßige Ursache den Dienst versagen oder verlassen. Wegen Versagens beziehungsweise Verlassens des Dienstes sollten mehrere Knechte bestraft werden, die zur Kontrollversammlung waren und entgegen einem „Befehl" sich nicht rechtzeitig zur Nachmittagsarbeit gemeldet hatten. Sie waren um 2 Uhr wieder auf dem Gute, nachdem man sie in Franzensburg, das 35 Minuten entfernt ist, um 11¼ Uhr abgefertigt hatte.

Das Schöffengericht sprach sie jedoch frei und das Landgericht Stralsund verwarf die Berufung der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung: Ein Ungehorsam gegen den Befehl des Vertreters der Dienstherrschaft liege allerdings vor, indessen nur ein einfacher, während nur der qualifizierte, der hartnäckige Ungehorsam strafbar sei. Aber auch ein Verlassen des Dienstes im Sinne des Gesetzes liege nicht vor, denn dieser Begriff erfordere ein Aufgeben der Arbeit, während es sich hier um ein nicht rechtzeitiges Antreten des Dienstes handele. Und ein Versagen des Dienstes sei ebenfalls nicht anzunehmen, sondern nur eine Ausnutzung der zur Wahrung der Kontrollversammlung gewährten Zeit.

Die Revision der Staatsanwaltschaft wurde vom Kammergericht mit folgender Begründung verworfen: Unter einem Versagen des Dienstes sei das Versagen einer bestimmten Dienstleistung oder der Fortsetzung des Dienstes überhaupt zu verstehen. Ein solches aber liege hier nicht vor. Die Freisprechung sei gerechtfertigt.

Es ist bezeichnend, daß um einen solchen Quark, wie diese Dienstversäumnis von höchstens 1½ Stunden, noch dazu aus Anlaß der Erfüllung militärischer Dienstpflichten, überhaupt dieser ganze gerichtliche Apparat in Bewegung gesetzt werden mußte.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Alt-Glienicke. Sonntag ist die Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Saß, Grünauerstr. 29.

Stralau. Sonntagnachmittag 1½ Uhr findet bei Gursch, Alt-Stralau Nr. 5, eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Wollheim über: „Die geschichtliche Entwicklung der Menschheit". 2. Diskussion. 3. Erhöhung der Beiträge unsres Vereins. 4. Bericht der Gemeindevertreter. Diskussion darüber. 5. Verschiedenes.

Wilmersdorf. Heute, Freitagabend, findet die Handzettel-Verteilung zu der am Sonntag in „Wittes Volksgarten" tagenden Protestversammlung statt, in welcher Reichstags-Abgeordneter Zubeil sprechen wird. Die Genossen werden ersucht, zu dieser Versammlung die eifrigste Agitation zu betreiben und zu der Verteilung zahlreich zu erscheinen.

Zehlendorf. Sonntagnachmittag 2 Uhr findet im Restaurant „Anglers-Ruh", Alsenstraße, eine Volksversammlung statt. In derselben sollen die traurigen Zustände der einklassigen Schule im Ortsteil Schönow besprochen werden; außerdem findet ein Vortrag über „Kindererziehung" statt. Die Frauen werden vor allen Dingen gebeten, zahlreich zu erscheinen. Der Einberufer.

Friedrichshagen. Die nächste Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet am Sonnabendabend 9 Uhr im Lokale des Herrn Kafuble, Friedrichstr. 61, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Gen. Alwin Körsten über: „Die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter". Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Lokales.

Der Weihnachtsmarkt

hat nun auch wieder begonnen. Pünktlich am 11. Dezember, dem althergebrachten Tage der Eröffnung des Berliner Weihnachtsmarktes, haben sich die Händler auf den ihnen angewiesenen Plätzen eingefunden, haben ihre Buden aufgeschlagen, ihren Kram ausgepackt und warten jetzt der Käufer, die da kommen sollen.

Mit der Glanzzeit des Weihnachtsmarktes ist es ja in Berlin seit langem vorbei, das ist hundertmal gesagt worden und braucht nicht wiederholt zu werden. Aber der Zeitpunkt, an dem die altmodische Budenstadt zum letzten und wirklich allerletzten Male abgebrochen wird, um nie wieder aufgebaut zu werden, ist doch nicht so rasch gekommen, wie es mancher erwartet und prophezeit hat. Ein Jahrzehnt ist es her, seit man sie aus der Umgebung des Königsschlosses, wo sie als unbequem und lästig empfunden wurde, in die Vorstädte hinaus verwiesen hat, aber noch hat sie sich dort draußen zu behaupten vermocht. Zahlreiche kleine Händler, die auf dem verkehrsreichen Schloßplatz, in dem belebten Lustgarten ein ganz hübsches Geschäft machen konnten, denen damals der Verdienst der paar Wochen des Weihnachtsmarktes über die Wintermonate hinweghalf, haben längst für immer einpacken müssen, weil's in den stilleren Vorstädten nicht mehr lohnt. Ein Teil der Händler, ein stark zusammengeschmolzenes Häuflein, hat bis heute ausgehalten, doch auch ihnen gewährt der Weihnachtsmarkt nur noch kargen Ertrag.

Ob Berlin seinen Weihnachtsmarkt noch ein weiteres Jahrzehnt behalten wird? Es ist wahr, es mutet den Berliner des 20. Jahrhunderts an wie ein unmodern gewordenes Erbstück, wie eine Reliquie aus Urgroßvaters Tagen. Aber er hindert niemand, und es kann schließlich gewartet werden, bis er von selber aufhört. Allerdings ist gerade jetzt mehr als je Grund zu der Annahme vorhanden, daß man nicht so lange warten, sondern dem Berliner Weihnachtsmarkt über kurz oder lang doch noch gewaltsam ein vorzeitiges Ende bereiten wird. Gelingt die von der Polizei geplante Erdrosselung des Straßenhandels, dann dürfte in nicht ferner Zeit auch dem Weihnachtsmarkt, der ja in mancher Beziehung dem Straßenhandel verwandt ist, das letzte Stündlein geschlagen haben.

Die Stadtverordneten-Versammlung

sollte gestern von dem Ausschuß, den sie zur Prüfung der den Straßenhandel bedrohenden Polizeiverordnung eingesetzt hat, die Berichterstattung über seine Verhandlungen und Beschlüsse entgegennehmen, aber es kam nicht mehr hierzu, weil der größte Teil der Sitzung von einer ausgedehnten Krankenhaus-Debatte in Anspruch genommen wurde. Den Anstoß zu dieser Debatte und zu der bemerkenswerten Kritik, die dabei an der städtischen Krankenpflege Berlins geübt wurde, gab diesmal diejenige Fraktion der Versammlung, die sonst in der Verteidigung der Einrichtungen und Zustände unsrer Krankenhäuser mit dem Magistrat durch Dick und Dünn geht. Aus der Mitte der „Alten Linken" war ein Antrag gestellt worden, der für die chirurgischen Abteilungen der städtischen Krankenanstalten eine Aenderung der Organisation des ärztlichen Dienstes forderte. Stadtverordneter Dr. Landau empfahl die Annahme dieses Antrages. Was er an Gründen dafür anführte, war nicht gerade schmeichelhaft für das Krankenhauswesen der Stadt. Als Vertreter des Magistrats suchte Stadtrat Straßmann die aus solchem Munde besonders unerwünschten Angriffe zurückzuweisen und Herr Mommsen stand ihm bei. Aber von socialdemokratischer Seite wurden die Landauschen Ausführungen durch unsren Genossen Dr. Friedeberg nachdrücklichst bekräftigt und noch vervollständigt. Auch der Vorsteher Dr. Langerhans sprach in demselben Sinne. Er kanzelte den verdutzt dreinschauenden Magistratsvertreter in seiner drastischen Weise ab. Schließlich erklärte sogar Herr Cassel, der Antragsteller habe sich durch sein

Vorgehen ein großes Verdienst erworben. Aber er machte vorsichtigerweise den abschwächenden Zusatz, daß eine Herabsetzung dessen, was die Stadtgemeinde auf dem Gebiete des Krankenhauswesens geleistet habe, nicht beabsichtigt sei und auch nicht in den Antrag hineingelegt werden könne. Herr Cassel hatte offenbar das Bedürfnis, den Schaden, den seine Fraktionskollegen Landau und Langerhans angerichtet hatten, nach Kräften wieder gut zu machen. — Der Antrag wurde einem Ausschuß überwiesen.

Wie sehr die Fleischpreise seit einem Jahre gestiegen sind, das zeigen für Berlin unter anderm die amtlichen Berichte der Markthallen-Direktion über die Groß- und Kleinhandels-Preise der wichtigsten Nahrungsmittel. Die Fleisch verbrauchende Bevölkerung interessieren besonders die im Kleinhandel geforderten Preise. Diese waren im Oktober des laufenden Jahres bei allen Fleischsorten und allen Qualitäten erheblich höher als in denselben Monat des vorigen Jahres. Der durchschnittliche Preis für ein Pfund, berechnet aus den Kleinhandels-Preisen aller Markthallen, stieg vom Oktober 1901 bis zum Oktober 1902 in folgender Weise:

Rindfleisch und zwar:				
Filet, Keule, Oberschale von	1,03 M.	auf	1,15 M.	
Schwanzstück	0,72 „	„	0,79 „	
Brust	0,65 „	„	0,70 „	
Bauch	0,58 „	„	0,64 „	
Kalbfleisch und zwar:				
Keule, Rücken	0,78 „	„	0,85 „	
Brust	0,71 „	„	0,76 „	
Schulterblatt, Bauch	0,64 „	„	0,70 „	
Hammelfleisch und zwar:				
Keule, Rücken	0,72 „	„	0,79 „	
Brust, Bauch	0,62 „	„	0,69 „	
Schweinefleisch, und zwar:				
Rücken, Rippespeer	0,84 „	„	0,89 „	
Keule	0,70 „	„	0,76 „	
Schulterblatt, Bauch	0,66 „	„	0,72 „	
ferner:				
Speck	0,78 „	„	0,86 „	
Schweineschmalz	0,67 „	„	0,75 „	

Gerade bei den geringeren, an sich billigen Sorten, die zumeist nur von der weniger bemittelten Bevölkerung gekauft werden, ist der Preis verhältnismäßig am bedeutendsten gestiegen, bei Rindfleisch von 0,58 auf 0,64 M., d. h. um 6 Pf. oder 10½ Proz. vom Preise des Vorjahres, bei Kalbfleisch von 0,64 M. auf 0,70 M., d. h. um 6 Pf. oder 9⅓ Proz. vom Preise des Vorjahres, bei Hammelfleisch von 0,62 M. auf 0,69 M., d. h. um 7 Pf. oder 11⅓ Proz. vom Preise des Vorjahres, bei Schweinefleisch von 0,66 M. auf 0,72 M., d. h. um 6 Pf. oder 9 Proz. vom Preise des Vorjahres. Auch Speck und Schweineschmalz, die im Haushalt der weniger bemittelten Bevölkerung gleichfalls eine recht wichtige Rolle spielen, sind im Preise stark in die Höhe gegangen, Speck von 0,78 M. auf 0,86 M., d. h. um 8 Pf. oder 10¼ Proz. vom Preise des Vorjahres, Schmalz von 0,67 M. auf 0,75 M., d. h. um 8 Pf. oder 12 Proz. vom Preise des Vorjahres.

Ueber die in den Läden geforderten Preise liegen keine amtlichen Ermittelungen vor, doch wird uns jede Hausfrau aus ihrer Erfahrung heraus bestätigen, daß hier die Preisaufschläge nicht geringer und vielfach sogar noch bedeutender sind. Was solche Steigerung der Fleischpreise für den Arbeiter-Haushalt zu bedeuten hat, brauchen wir nicht erst auszuführen. Die Sechser und Groschen, die da mehr gezahlt werden müssen, summieren sich im Laufe eines Jahres zu einem Betrag, der sehr fühlbar ins Gewicht fällt.

Von den Freuden und Leiden der Steuereinziehung geben die alljährlichen Berichte der Steuerdeputation des Magistrats ein wechselndes Bild. Seit der Mitte der 90er Jahre durften diese Berichte regelmäßig mit einer gewissen Genugthuung feststellen, daß das Steuereinziehungs-Geschäft für den Magistrat ein wirkliches Vergnügen gewesen war. Die Einziehung war jedesmal ziemlich glatt von statten gegangen und hatte, da die Ausfälle, Abgänge und Reste nur gering waren, ein fast ungeschmälertes Ergebnis gehabt. In den letzten Jahren jedoch ist das nun wieder anders geworden. Zwar ist die Summe der eingekommenen Steuern noch in jedem Jahre weiter gewachsen, was sich bei der Fortdauer des Wachstums Berlins ja von selber versteht. Aber gleichzeitig haben sich doch auch die Fälle von Unbeitreiblichkeit recht bedenklich gemacht, die Ausfälle usw. sind erheblich größer geworden, und das Einziehungsergebnis ist dementsprechend immer weiter hinter der für das betreffende Jahr erwarteten Soll-Einnahme zurückgeblieben. Bei der Gemeinde-Einkommensteuer z. B. stiegen in dem zweijährigen Zeitraum vom Steuerjahr 1899/00 bis zum Steuerjahr 1901/02 die Ausfälle wegen Unbeitreiblichkeit von 888 196 M. (1,25 Proz der Soll-Einnahme) auf 535 452 M. (1,60 Proz.), außerdem die Abgänge wegen Nichtverpflichtung von 771 218 M. (2,62 Proz.) auf 985 283 M. (2,94 Proz.) und die für das nächste Jahr verbleibenden Reste von 406 354 M. (1,38 Proz.) auf 630 440 M. (1,88 Proz.). Die Einnahmen stiegen zwar noch von 27 861 159 M. auf 31 353 677 M., aber im Vergleich zur erwarteten Soll-Einnahme ist das ein Rückgang von 94,75 Proz. auf 93,58 Proz. Bei der Staats-Einkommensteuer ist das Einziehungsergebnis sogar noch etwas ungünstiger, bei der Gewerbesteuer, der Betriebssteuer, der Hundesteuer usw. ist es ähnlich. Der Bericht für 1901/02 sagt hierzu: „Die schon im vorigen Bericht bemerkten Zeichen eines gewissen Stillstandes in der Entwickelung des finanziellen Ergebnisses finden somit ihre weitere Bestätigung. Außerdem erscheint aber die nicht allein ihrem Betrage, sondern auch ihrem prozentualen Verhältnisse nach nicht unwesentliche Zunahme der Niederschläge und der Reste sowohl bei den Gemeinde- als auch bei den Staatssteuern recht beachtenswert. Der in dieser Beziehung schon im Vorjahre wahrnehmbar gewesene Rückgang des Einziehungsergebnisses ist mithin noch nicht zum Stillstand gekommen. Er ist wohl hauptsächlich auf die ungünstiger gewordene wirtschaftliche Lage und den Rückgang der Erwerbsverhältnisse vieler Steuerpflichtigen zurückzuführen."

In der That, dieses Ergebnis des Steuereinziehungsgeschäfts ist in hohem Grade „beachtenswert", aber die Erklärung, die der Steuerdeputations-Bericht hinzufügt, ist es nicht minder. Wie sagte man doch im vorigen Winter, als die socialdemokratischen Abgeordneten auf die herrschende Arbeitslosigkeit hinwiesen und den Magistrat zu Hilfsmaßregeln aufforderten?! Die Sache sei nicht so schlimm, versicherte damals der Magistrat unter dem Beifall der freisinnigen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung, von einem außergewöhnlichen Notstand könne keine Rede sein. Und jetzt?! Wäre die ganze Angelegenheit nicht so bitter ernst, so könnte man es fast amüsant finden, wie hier dem Magistrat und seinen freisinnigen Freunden mit dem Bericht der städtischen Steuerdeputation auf den Mund geschlagen wird.

Zur Draugsalierung des Straßenhandels. Von der Freien Vereinigung selbständiger Handelsleute mit Unter- und Oberfrüchten zu Berlin und Umgegend, dem Verein Berliner Groß-Händler mit Unter- und Oberfrüchten, frischen und geräucherten Fischen, dem Engros-Handelsverein Central-Markthalle Berlin rc. ist den städtischen Behörden eine Petition überreicht worden, die sich gegen die geplante polizeiliche Regelung des Straßenhandels richtet. In der Petition wird ausgeführt, daß der Straßenhandel älter ist als der seßhafte Handel und die gleiche Berechtigung habe. Durch die Beschränkung des Straßenhandels würden nicht nur Tausende von Menschen ihres Erwerbes beraubt und dem Abgrund des Elends zugeführt, sondern auch viele Kreise der ärmeren Bevölkerung als Abnehmer empfindlich betroffen. Auch der Magistrat erleide Schaden und müsse noch mehr als bisher für die Armen sorgen. Die Armenlasten müßten sich bedeutend erhöhen. Viele Engros-Standinhaber in den Markthallen würden gezwungen, beim Fortfall ihrer Straßenkundschaft ihre Stände aufzugeben. Der Straßenhandel sei nötig, denn Obst, Gemüse, Fische, Räucherwaren wären leicht dem Verderben ausgesetzt, weshalb solche Waren so schnell als möglich verkauft werden müßten, was in den Hallen unmöglich sei. Selbst die Obstzüchter, Fischereien und Räuchereien würden in Mitleidenschaft gezogen und in ihrer Existenz bedroht. Jetzt sei es noch möglich, wenn auch oft mit Verlust solche Waren an den Mann zu bringen, später sei es aber unmöglich, die Zufuhren würden abnehmen und die Preise für die ärmere Bevölkerung oft unerschwinglich sein. Für eine Großstadt wie Berlin sei der volle Straßenhandel ein Bedürfnis.

Das Kuratorium für das Arbeitshaus und das städtische Obdach beschloß in seiner letzten Sitzung, die beiden Schulabteilungen des Obdachs wegen der geringen Frequenz zusammenzulegen, doch sollen die beiden angestellten Lehrkräfte der Anstalt erhalten bleiben. Für die Hilfsstation des Obdachs soll eine Hausordnung eingeführt werden, damit die Verwaltung renitenten Kranken gegenüber eine Handhabe besitze. — Kürzlich sind die Logierverhältnisse der Hausdiener des Obdachs von unsren Parteigenossen im Kuratorium zur Sprache gebracht worden. Nunmehr ist beschlossen worden, keine Aenderung darin eintreten zu lassen, da die Hausdiener selber gebeten haben sollen, auch ferner zu zwölfen in einem Raume wohnen bleiben zu dürfen!

Seit Januar d. J. ist es in 122 Fällen vorgekommen, daß obdachlose Eltern, die im Asyl Aufnahme gefunden hatten, ihre Kinder heimlich verlassen haben, so daß diese zum Teil der Waisenverwaltung überwiesen werden mußten. Eine Subkommission des Kuratoriums soll sich mit der Frage beschäftigen, wie diesem Uebelstande abzuhelfen sei. Stadtrat Münsterberg führte hierbei treffend aus, daß, so traurig das Mitgeteilte sei, es für die Kinder als Wohlthat zu betrachten wäre, wenn sie der Waisenpflege überwiesen würden; er glaube auch kaum, daß es der Subkommission möglich sei, etwas Ersprießliches zu stande zu bringen.

Betreffs der Anstellung von Aerzten im städtischen Arbeitshause hat das Kuratorium dem Magistrat entsprechende Vorschläge gemacht. — Für die Männer und Frauen im Hospital zu Rummelsburg soll eine Kleidung eingeführt werden, die von der der Häuslinge verschieden ist und nicht den Charakter einer Anstalts- oder Gefängniskleidung hat. — Bemerkt sei noch, daß fortan jedem Obdachlosen, der das städtische Obdach in Anspruch nimmt, 200 Gramm Brot, in zwei Scheiben geschnitten, zugesichert werden sollen.

Vom Krankenkassenwesen. Der Verein der Cafetiers hatte die Absicht, eine eigne Krankenkasse ins Leben zu rufen. Als der Vorsitzende Herr Berkowicz, sich dieserhalb beim Magistrat Auskunft erbat, erhielt er den Bescheid, der Magistrat beabsichtige keine Neugründungen von Krankenkassen mehr zu genehmigen, vielmehr eine Centralisation der bestehenden Kassen in die Wege zu leiten. Aus diesem Grunde wurde auch der Krankenkasse der Konditoren-Innung, deren Fortbestehen ohne Erhöhung der Beiträge nicht mehr möglich war, empfohlen sich aufzulösen und sich einer andren größeren Kasse anzuschließen, welcher Rat denn auch befolgt wurde. Auch die Vororts-Magistrate sind einer Vermehrung der bestehenden Krankenkassen bezw. einer Abzweigung einzelner Berufszweige aus der allgemeinen Orts-Krankenkasse wenig geneigt. So wurde dem Verein Charlottenburger Gastwirte, der eine eigne Krankenkasse gründen wollte, bedeutet, dies könne nur bewilligt werden, wenn entweder sämtliche Gastwirte Charlottenburgs der neuen Kasse beiträten oder der Verein sich in eine Innung umwandle. Die Schöneberger Gastwirte, welche ebenfalls eine besondere Gastwirtskasse schaffen wollen, stellen zur Zeit statistische Erhebungen an und wollen versuchen, ob es gelingt, alle Gastwirte des Ortes für ihren Plan zu gewinnen.

Ordnung in einem städtischen Krankenhause. Vom Vorstand der Bauhandwerker-Krankenkasse erhalten wir folgende Zuschrift: Am 8. November d. J. wurde unser Mitglied, der Maurer Karl Rackwitz, Tilsiterstr. 85 bei Frau Fähnrich wohnhaft, dem städtischen Krankenhause am Friedrichshain überwiesen. Dies geschah mit dem üblichen Aufnahmeschein auf Anordnung des Arztes Herrn Dr. Zadek; der Vorstand machte den Vermerk, daß die Kasse bis zum 9. Februar 1903 die Kur- und Verpflegungskosten für den Erkrankten übernehme. Der Schein trug den üblichen Stempel: „Bauhandwerker-Krankenkasse Berlins und Umgegend, Bureau: Hirtenstraße 20."

Wir erhielten aber weder vom Krankenhause noch vom städtischen Kosteneinziehungsbureau Mitteilung darüber, daß Rackwitz Aufnahme gefunden habe. Jedoch wurde uns am 5. Dezember folgendes Schriftstück zugestellt:

Städtisches Kosten-Einziehungsbureau.

Für den Maurer Karl Rackwitz, Buch Nr. 197, welcher in dem städtischen Krankenhause Friedrichshain verpflegt wurde, sind durch die Beerdigung desselben 9,25 Kosten entstanden.

Da die Kasse sich durch Aufnahmeschein vom 8. November zur Uebernahme der Kur- rc. Kosten für den pp. Rackwitz bereit erklärt hat, werden wir den obigen Betrag in der nächsten Liquidation in Rechnung stellen.

(Unterschrift unleserlich.)

Hierauf richtete die Kasse folgendes Schreiben an das städtische Kosten-Einziehungsbureau, Mühlendamm 1:

Berlin, den 6. Dezember 1902.

Zum Schreiben vom 4. d. M., worin Sie uns mitteilen, daß für unser Mitglied den Maurer Karl Rackwitz, Buch Nr. 197, 9,25 Mark Kosten für die Beerdigung desselben entstanden sind, fragen wir hiermit an, ob und wann derselbe Aufnahme im Krankenhause gefunden hat, da uns in beiden Punkten keine Mitteilung zugegangen ist.

Der Vorstand.
J. A.: H. Metzke, 1. Vorsitzender.

Am 8. Dezember begab der 1. Vorsitzende unsrer Kasse sich zu der Wirtin des Rackwitz und fragte, ob ihr Nachricht von dessen Tode zugegangen sei. Die Frau war erstaunt, als sie hörte, daß Rackwitz gestorben sei. Alsdann ging der Kassenbeamte zum städtischen Krankenhause und erhielt dort im Zimmer 3 die Antwort, daß der Erkrankte zwar Aufnahme gefunden habe, jedoch könne er ihn nicht mehr sprechen, da er am 29. November verstorben sei. Auf die Frage, weshalb der Kasse kein Bescheid zugegangen wäre, wurde der Kassenbeamte nach Zimmer 6 geschickt. Dort sagte man ihm, der Verstorbene hätte zwar erklärt, wenn etwas vorfallen sollte, möge man der Bauhandwerker-Krankenkasse davon Mitteilung machen. Da man aber die Adresse der Kasse nicht wisse, habe man die Todesnachricht an die Orts-Krankenkasse der Maurer, Holzmarktstraße 48a geschickt; dem Beschwerdeführer wurde geraten, er möge dort hingehen und sich darüber beschweren, daß diese Kasse die Nachricht angenommen, und die Meldung nicht zurückgeschickt habe. Der Vorsitzende sprach seine Verwunderung darüber aus, daß das städtische Krankenhaus die Adresse der Bauhandwerker-Krankenkasse nicht wußte, da doch auf dem Aufnahmeformular die Adresse genau vermerkt war und es nur einer Anfrage beim Polizeipräsidium oder bei der Gewerbedeputation bedurft hätte, um sofort die Adresse zu erhalten. Nachdem der Kassenvorsitzende noch die Ausdrücke des Bedauerns des betreffenden Beamten entgegengenommen hatte, entfernte er sich und ging nach dem Bureau der Ortskasse der Maurer. Dort wurde ihm mitgeteilt, daß die Nachricht zwar eingegangen, jedoch bei der nächsten Bestellung dem Postbeamten wieder mitgegeben sei. Wo dann der Brief geblieben, hat bis dato nicht festgestellt werden können.

Gegen das vielbesprochene Blumenmedium Frau Anna Rothe, die während ihrer langen Untersuchungshaft ihre Mutter und ihren Ehemann durch den Tod verloren hat, ist nunmehr die Anklage wegen Betrugs erhoben worden. Die Angeklagte ist bekanntlich seiner Zeit zur Beobachtung ihres Geisteszustandes der Charité überwiesen worden, die daselbst angestellten Beobachtungen haben jedoch keinerlei Anhalt dafür ergeben, daß das „Medium" bei den spiritistischen Darbietungen, durch die sie die Teilnehmer ihrer Séancen entzückte, nicht im Vollbesitz ihrer Geisteskräfte gewesen wäre. Die Gerichtsverhandlung gegen Anna Rothe wird voraussichtlich im Monat Januar oder anfangs Februar stattfinden. Von der Staatsanwaltschaft wird auf ca. 90 Zeugen Bezug genommen. Rechtsanwalt Dr. Schwindt wird demgegenüber die Ladung zahlreicher andrer Zeugen beantragen bezw. selbst veranlassen, welche bereit sind, zu bekunden, daß in den Séancen, denen sie beigewohnt, von irgend einer betrügerischen Manipulation der Angeklagten nicht die Rede sein konnte, sondern alles völlig unverdächtig sich abgespielt habe; auch der bekannte Dr. Egbert Müller wird geladen werden. Man wird sich also auf allerlei interessante Mitteilungen aus dem Reiche der vierten Dimension gefaßt machen können.

Ein Socialistentöter. Um die Stelle des zweiten Bürgermeisters von Berlin hatte sich auch der Bürgermeister Suchsland aus Luckenwalde, dessen Wahlzeit bald abläuft, beworben. Suchsland ist durch sein Vorgehen gegen die Socialdemokratie in Luckenwalde wiederholt in der Oeffentlichkeit bekannt geworden. Seine Wiederwahl in Luckenwalde ist sehr zweifelhaft.

Auf der Brandstätte der städtischen Gasanstalt in der Chausseestraße mußte gestern auch noch die Nacht hindurch und gestern morgen Wasser gegeben werden, da unter dem zusammengebrochenen Gebälk des vierstöckigen Gebäudes noch immer Glut vorhanden ist. Die Entstehungsursache des Feuers dürfte wohl kaum noch festzustellen sein; sie wird jedoch auf Selbstentzündung zurückgeführt. In dem Reinigungshause waren, als das Feuer entstand, mehrere Personen beschäftigt, doch kann eine Unvorsichtigkeit bei ihnen nicht in Betracht kommen, da sich in dem Gebäude keine Art von Feuer befand, die Arbeiter selbst nicht einmal Streichhölzer bei sich führen dürfen. Es sei erwähnt, daß brennende Ballen der Gasreinigungsmasse mehrere hundert Meter weit fortgeschleudert wurden, wodurch eine derartige Gefährdung der übrigen Baulichkeiten der Gasanstalt entstand, daß die Behörde die Sellerstraße gänzlich, auch für den Fußgängerverkehr, sperrte.

In Finsternis war Mittwochabend anderthalb Stunden lang ein großer Teil des Nordens und Nordwestens der Stadt gehüllt. Die Gasanstalt in der Müllerstraße hatte des Brandes wegen ihre großen Behälter in die Luft entleert und hierbei war Luft in die Leitungen geraten. Um 7 Uhr 20 Minuten erloschen daher alle Lampen, die von der durch den Brand heimgesuchten Anstalt gespeist werden. Auf den Straßen, in den Läden, Bureaus und Privatwohnungen versagte die Beleuchtung. Nur hier und da hoben sich Geschäfte mit elektrischer Beleuchtung um so wirksamer aus der allgemeinen Finsternis heraus. Wie Irrlichter huschten die Lampen der Straßenbahnwagen, der Omnibusse, Droschken und Fahrräder dahin. Zugleich stimmten die Straßenlaternen, die nicht abgedreht wurden, und die Beleuchtungskörper in den Wohnungen mit Zischen, Pfeifen und Heulen ein unharmonisches Konzert an. Die Leute, die noch keine Abendblätter gelesen hatten und vom Brande der Gasanstalt nichts wußten, eilten an ihre Gasmesser und gossen Wasser auf. Petroleumlampen und Kerzen mußten im Innern der Häuser aushelfen, so gut es ging. Die Gasverwaltung that ihr Mögliches, um durch Anschluß an andre Anstalten dem Uebelstande abzuhelfen, aber es dauerte immerhin ungefähr 1½ Stunden, bis er ganz beseitigt war und die Nacht sich wieder in Tag verwandelte.

Ein Opfer des Spielhagen-Bankkrachs. Erschossen hat sich in Steglitz in der Nacht zum Mittwoch der 29 Jahre alte unverheiratete Bankbeamte Karl Reineke. R. war ein Schwager des ehemaligen Direktors der Grundschuld-Bank, Berthold Warsinski, und bis zu dem bekannten Zusammenbruch dieses Instituts am 6. März 1901 Angestellter der Bank. Vergeblich bemühte sich der durchaus arbeitsame und rechtschaffene Bankbeamte seither um eine neue Stellung. Sein verwandtschaftliches Verhältnis zu dem verurteilten Warsinski und der Umstand, daß er der verkrachten Bank angehört hatte, erfüllten jedermann mit Mißtrauen gegen ihn. Schon seit geraumer Zeit hatte Karl Reineke, der seit Beginn seiner Stellungslosigkeit bei seiner Mutter in Steglitz, Kurfürstenstr. 8, wohnte, geäußert, es werde ihm nichts andres übrig bleiben, als sich eine Kugel in den Kopf zu schießen. In der Nacht zum Mittwoch hat er sein Vorhaben ausgeführt.

Seinen Verletzungen erlegen ist der 24 Jahre alte Kunstschlosser Nabaum, der am Sonntagabend durch einen Sturz aus dem Eisenbahnwagen verunglückte. Mitfahrende hatten auf dem Stettiner Bahnhof den Unfall so dargestellt, als ob der junge Mann sich auf einem Vergnügen in Pankow betrunken hätte. Diese Darstellung trifft jedoch nach neueren Ermittelungen nicht zu. Nabaum, der hier in der Brunnenstraße Nr. 52 wohnte, besuchte jeden Sonnabend seine Mutter, die in Freienwalde lebt. So auch in der vergangenen Woche. Am Sonntagabend war er bis um 8 Uhr bei seiner Mutter und ging dann wie immer nach dem Bahnhof, um nach Berlin zurückzufahren. Hinter Bernau fiel es mehreren andren Personen, die mit ihm in einem neuen Durchgangswagen vierter Klasse fuhren, auf, daß er plötzlich sehr blaß wurde. Zwischen Blankenburg und Pankow-Schönhausen versuchte der junge Mann ein Fenster zu öffnen, machte sich dann, da ihm das nicht gelang, an der Thür zu schaffen und fiel plötzlich hinaus. Wahrscheinlich wollte er die Thür öffnen, um nach außen zu brechen, verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte hinaus. Ein Gerichtsbeamter, der mit ihm fuhr, zog die Nothremse, so daß der Verunglückte mit einer schweren Verletzung an der Stirn sogleich auf der hartgefrorenen Böschung liegend gefunden und nach Berlin gebracht wurde. Spuren von Alkoholgenuß haben auch die Aerzte, die den Verunglückten behandelten, nicht wahrgenommen.

Zwei Menschenleben hat vorgestern abend der Straßenverkehr gefordert. Der 57 Jahre alte Kaufmann Friedrich Wittig wurde gegen 8 Uhr abends an der Ecke des Schloßplatzes und der Stechbahn von einem Postwagen überfahren. Die Räder gingen ihm über die Brust. Der Verunglückte wurde mit einer Droschke nach der Unfallstation in der Brüderstraße gebracht, war aber schon tot, als er dort ankam. — Der 54jährige Arbeiter Ernst Riebe lief um dieselbe Zeit in der Königsbergerstraße in das Gespann eines Omnibus hinein, geriet unter die Räder, obwohl der Kutscher nach Kräften bremste, und wurde innerlich und äußerlich so schwer verletzt, daß er bewußtlos nach der Unfallstation am Grünen Weg gebracht wurde. Dort starb er schon bei der Aufnahme.

Das Opfer eines Straßenraubes wollte der 18 Jahre alte Hausdiener Albert Kalisch geworden sein, der zwei Jahre lang in einer Zuckerfabrik in der Lietzmannstraße eingestellt gewesen ist. Er sollte kürzlich 755 M. auf die Bank bringen, doch kehrte er ohne das Geld mit der Angabe zurück, daß er in einer Bedürfnisanstalt beraubt worden sei. Diese Angaben stellten sich als Schwindel heraus und Kalisch wurde verhaftet.

Zur diesjährigen Ausstellung der Berliner Secession (Zeichnende Künste) sind den organisierten Arbeitern wiederum Eintrittskarten zum ermäßigten Preise von 10 Pf. zur Verfügung gestellt worden. Beauftragte der Organisationen können die Karten im Bureau des Gewerkschaftshauses in Empfang nehmen. An andre Personen werden die Karten nicht abgegeben.

Feuerbericht. Die Brandchronik der letzten 24 Stunden ist wieder eine sehr reichhaltige. Mehrere Löschzüge waren noch am Donnerstag lange Zeit auf dem Brandplatze in der Müllerstraße in Anspruch genommen, um die umfangreichen Aufräumungsarbeiten zu vollenden. In der Nacht zum Donnerstag wurde die Wehr nach der Stallschreiberstraße 46 gerufen, weil hier gegen 10 Uhr auf nicht ermittelte Weise in einem Spielwarengeschäft Feuer ausgekommen war. Die Gefahr konnte indeß bald beseitigt werden. Längere Zeit nahm aber die Ablöschung eines Brandes, der kurz vorher in der Münzstr. 11 in einem Keller entstanden war, in Anspruch. Es brannten in der Hauptsache Gerümpel, Verpackungsmaterial usw. Ein zweiter Kellerbrand beschäftigte die erste Kompagnie in der Neuen Königstr. 42. Stroh, Kisten und alter Hausrat wurden hier eingeäschert. Auch in der Reichenbergerstr. 125 mußte ein größerer Kellerbrand beseitigt werden, der Regale und den Inhalt von verschiedenen Verschlägen erfaßt hatte. Gardinen, Kleidungsstücke und Möbel gingen gegen 11 Uhr in der Turmstr. 9 in einer Wohnung in Flammen auf. In der Bülowstr. 45 mußte kurz darauf ein Feuer abgelöscht werden, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Der Inhalt eines Schaufensters war in der Prosksauerstr. 13 in Brand geraten, der aber

noch im Entstehen unterdrückt werden konnte. Alarmierungen, die außerdem noch in der Zwischenzeit nach der Ritterstr. 56, Gneisenaustraße 57, Invalidenstr. 114 und verschiedenen andren Orten erfolgten, waren auf unbekannte Anlässe zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten.

Zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt wurde am Mittwoch von der Potsdamer Strafkammer der frühere Besitzer der „Luisen-Apotheke" in Potsdam, Hugo Becker. Derselbe hatte fortgesetzt Selterwasser, das er selber hergestellt hatte, in Flaschen, welche mit der Berliner Firma Struve u. Soltmann versehen waren, in den Handel gebracht.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung beriet am Mittwoch eine Reihe wichtiger Vorlagen. Ein Antrag des Magistrats, das Grundstück Wielandstr. 65 für weitere 2 Jahre als Schulhaus zu mieten, gab unsrem Genossen Hirsch Veranlassung, den Magistrat über den Stand unsres Volksschulwesens, insbesondere über die fliegenden Klassen, zu interpellieren. Stadtschulrat Dr. Reufert teilte mit, daß im ganzen gegenwärtig zwei fliegende Klassen in Charlottenburg bestehen, und zwar zwei Knabenklassen der katholischen Gemeindeschule in der Goethestraße. Es sei nötig, alle zwei Jahre ein Gemeinde-Doppelschulhaus zu bauen, um dem Bevölkerungszuwachs Rechnung zu tragen und um für die ca. 1100 Schüler, die gegenwärtig in Mietshäusern untergebracht sind, ordentliche Schulräume zu schaffen. Der Magistrat hat sich zu diesem Zwecke eine Anzahl geeigneter Grundstücke gesichert. — Die Vorlage betreffend die Gewährung eines außerordentlichen Honorars an die mit dem Rathaus-Neubau beauftragten Architekten Reinhardt und Süßengurth wurde nach längerer Debatte einem Ausschuß überwiesen, in dem unsre Fraktion durch Gen. Vogel vertreten ist. — Zur Annahme gelangte die Vorlage betreffend die Stundung rückständiger Umsatzsteuer für das Theater des Westens. Eine lebhafte Diskussion knüpfte sich an die Magistratsvorlage betreffend die Versicherung der Stadtgemeinde gegen Haftpflicht. Der Magistrat erbittet die Ermächtigung, bei der Frankfurter Transport-, Unfall- und Glas-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft auf Grund des zwischen dieser und dem Brandenburgischen Städtetage geschlossenen Vertrages Versicherung gegen Haftpflicht für die Stadtgemeinde und die städtischen Lehrer, soweit sie Turn-, Physik- und Chemie-Unterricht erteilen, zu nehmen. Die Jahresprämie beträgt 1763 M. Während der Berichterstatter, Stadtverordneter Hirsch, die Annahme der Vorlage beantragte, wurden von andrer Seite principielle Bedenken gegen die Haftpflichtversicherung vorgebracht. Ein Redner verstieg sich sogar soweit, eine solche Maßnahme als etwas Unsittliches zu bezeichnen. Die Debatte endete mit der Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß von 9 Mitgliedern. Angenommen wurden ferner die Vorlagen betreffend die Weitermietung von Verwaltungsräumen in dem Hause Kirchstraße 10, sowie betreffend Regulierung der Suarezstraße. Eine Interpellation sowie mehrere Anträge, die sich auf die mangelhaften Straßenbahnverbindungen, die schlechten Verkehrsverhältnisse und die Unregelmäßigkeiten im Betriebe der Straßenbahn beziehen, wurden der vorgerückten Zeit wegen auf nächsten Mittwoch vertagt.

Der soeben erschienene Verwaltungsbericht der Charlottenburger Armendirektion spiegelt in charakteristischer Weise unsre wirtschaftlichen Verhältnisse wieder. Die Thätigkeit der Armenverwaltung wurde in noch höherem Maße in Anspruch genommen, als im Jahre vorher. Die Gesamtausgaben sind von 647 000 auf 850 000 M., oder auf den Kopf der Bevölkerung berechnet von 3,42 M. auf 4,40 M. gestiegen. Von der eingetretenen Steigerung entfallen 105 000 M., d. h. 0,55 M. pro Kopf der Bevölkerung, auf die vermehrten Ausgaben für die Unterbringung kranker und siecher Personen in geschlossener Pflege. Wesentliche Erhöhungen zeigen auch die Ausgaben an baren Unterstützungen, Pflegegeldern, für Bekleidung, Arzneien u. dgl. Ueberwiegend haben zum Eingreifen der Armenpflege Krankheit und Altersschwäche den Anlaß gegeben. In noch verstärktem Maße hat sich der Einfluß der Wohnungsfrage geltend gemacht. Zwar hat sich infolge etwas vermehrten Bauens kleiner Wohnungen und des Aufhörens des weiteren Zuströmens der Arbeiterbevölkerung nach Charlottenburg die Zahl der obdachlos Gebliebenen jetzt nicht unerheblich vermindert, so daß der Höhepunkt überschritten sein dürfte, aber trotzdem befindet sich in den Unterkunftsräumen für Obdachlose noch jetzt eine große Zahl Familien und kaum weniger als in dem zehnmal größeren Berlin. Die Zahl der Obdachlosen betrug im Jahre 1901 am 1. April 277, am 1. Juli 298, am 1. Oktober 573, im Jahre 1902 am 1. Januar 549, am 1. April 504, am 1. Juli 349, am 1. Oktober 377 und am 1. November 286. Wie bereits in einer früheren Veröffentlichung mitgeteilt, beträgt die Steigerung der Ausgaben der Armenverwaltung infolge der Zustände auf dem Wohnungsmarkt jährlich mindestens 100 000 Mark. Auch die Arbeitslosigkeit hat sich mehr als bisher bemerkbar gemacht. Einen eigentlichen Notstand stellt der Bericht zwar in Abrede, es wird aber zugegeben, daß ein nicht unerheblicher Teil der wegen zu geringen Verdienstes gewährten Unterstützungen auf die durch die Zustände auf dem Arbeitsmarkt bedingte allgemeine Arbeitsnot zurückzuführen ist. Den in der Stadtverordneten-Versammlung herrschenden Parteien sollte der Bericht der Armendirektion doch endlich die Augen darüber öffnen, daß trotz der socialen Einsicht, deren sie sich bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit rühmen, diese jeder Beschreibung spottenden Zustände in der Hauptsache gerade durch ihre Unterlassungssünden auf dem Gebiete der kommunalen Socialpolitik hervorgerufen sind.

Der Kreistag des Niederbarnimer Kreises ist durch den Landrat von Treskow auf Montag, den 15. Dezember, vormittags 11 Uhr, nach dem Kreishaus am Friedrich Karlufer 5 zu einer öffentlichen Sitzung zusammenberufen worden. Dieses „Volksparlament", das neben den Granden des Kreises bekanntlich als einziges in Preußen einen Socialdemokraten zu seinen Mitgliedern zählt, tritt alljährlich in der Regel zweimal zu einer Tagung zusammen. Die umfangreiche Tagesordnung wird in einigen Stunden erledigt und dann pflegen sich die Märker zu dem obligaten Kreisessen zu versammeln, wo sie sich von den Strapazen der „Volksvertretungsarbeit" erholen. Die Tagesordnung bringt u. a. einen Antrag, die Eingemeindung nicht der Berliner Vororte in die Reichshauptstadt, sondern der Kolonie Sandhausen in den Stadtbezirk Oranienburg betreffend, ferner steht zur Verhandlung der Ausbau von Kreischausseen, die Veränderung von Schiedsmannsbezirken und andres. Auch soll die Abnahme der Jahresrechnung der Kreiskommunalkasse und der Kreissparkasse pro 1901 erfolgen, ebenso die Verwendung der „Ueberschüsse" beschlossen werden. Weiter wird den Kreistag beschäftigen die Wahlprüfung neugewählter Kreistagsabgeordneter, die Wahl eines Kreisdeputierten (Kreisausschußmitgliedes), die Wahl eines Provinziallandtagsabgeordneten, die Vorschläge von Personen, die sich zu Amtsvorstehern eignen und die Vervollständigung der Ausschüsse zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen.

Neu-Weißensee. Das Ergebnis der am 1. Dezember 1902 im Gemeindebezirk vorgenommenen außerordentlichen Viehzählung ist folgendes: Von 906 Gehöften wurden 577 mit Viehstand gezählt. Auf diesen befanden sich 837 viehbesitzende Haushaltungen mit zusammen 1621 Pferden, 482 Rindern, 11 Schafen und 1811 Schweinen.

Alt-Weißensee. Der Grundbesitzer-Verein hatte eine Beschwerdeschrift an den Landrat gerichtet, worin verlangt wurde, der Landrat sollte die Gemeindevertretung beauftragen, ihre Sitzungen nicht in Kneipen abzuhalten. Der beschwerdeführende Vorsitzende gab an, daß er beim Besuch der Sitzungen Bier oder sonstige Getränke zu sich nehmen müsse, davon bekomme er Blasen-Katarrh usw., auch errege Bier die Gemüter, so daß eventuell Excesse entstehen könnten. Die Gemeindevertretung faßte in ihrer letzten Sitzung diese Angelegenheit humoristisch auf, beschloß jedoch, da ihr andre geeignete Lokalitäten nicht zur Verfügung stehen, weiter in Kneipen zu tagen, aber — den Bierzwang aufzuheben.

Eine Fahrt auf Leben und Tod. Auf der Havel wurde dieser Tage ein Arbeiter aus Schmergow, welcher den Versuch machte, abends per Kahn von Ketzin aus überzusetzen, von Eisschollen eingeschlossen. Unweit des Schmergower Ufers saß sein Kahn plötzlich fest und konnte nicht vorwärts noch rückwärts. Als der Arbeiter dies bemerkte, versuchte er auf den Eisschollen laufend das Ufer zu gewinnen, brach aber dabei ein und konnte sich nur mit vieler Mühe wieder in den Kahn retten, in welchem er halberstarrt 1½ Stunden aushalten mußte, ehe man seine Hilferufe hörte und ihn retten konnte. Auf dem Ringofen einer nahen Ziegelei wurde er alsdann erwärmt und gestärkt, so daß er ohne Schaden davonkam.

Pankow. Die seiner Zeit von den socialdemokratischen Gemeindevertretern eingebrachte Petition, in der die Staatsregierung ersucht werden sollte, durch Oeffnung der Grenzen Maßregeln gegen die Fleischverteuerung zu ergreifen, wurde bekanntlich in der Gemeindevertretung abgelehnt; jedoch nahm die Vertretung das Anerbieten des Gemeindevertreters Prof. Mendel an, eine besondere Petition auszuarbeiten. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung legte Prof. Mendel eine „Bittschrift" an den Staatsminister von Hammerstein vor, in der die Regierung ersucht wird, Maßregeln gegen die Verteuerung des Fleisches in die Wege zu leiten. Die Absendung dieses Schriftsatzes wurde ohne Debatte beschlossen. — Ein vom Genossen Eichler in einer Kommissionssitzung geäußerter Wunsch, die Druckarbeiten der Gemeinde bei einem Unternehmer herstellen zu lassen, welcher der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker angehört, und den Eigentümer der „Amtlichen Vorort-Zeitung", welche die Bekanntmachungen der Gemeinde druckt, zu veranlassen, der Tarifgemeinschaft beizutreten, ist sonderbarerweise dahin verstanden worden, daß der in Frage kommende Buchdruckerei-Besitzer Hinrichsen in Pankow sich dem Verbande der Buchdrucker anschließen sollte. In einem Schreiben an die Gemeindevertretung lehnte er dies Verlangen entschieden ab. Es wird nunmehr in nächster Sitzung ein neuer Antrag eingebracht werden. — Pankow hat nach einer Aufstellung vom November d. J. 23 511 Einwohner, das bedeutet gegen das Vorjahr eine Vermehrung um 1000 Personen.

Zehlendorf. Am Montag ist auch hier eine Ortsgruppe des Reichs-Wahlvereins gegründet worden. Dr. Friedrich Lange teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß die Errichtung von Ortsgruppen im ganzen Teltower Kreise in Angriff genommen werden solle. Zu welchem Zweck die viele Mühe? Ein Herr aus Schlachtensee wollte im Statut die Bestimmung haben, daß der Verein die Erhaltung des allgemeinen gleichen Wahlrechts als der Grundlage unsres politischen Lebens bezwecke, ebenso wünschte er ein socialpolitisches Eingehen auf Arbeiterfragen, anders könne man der Socialdemokratie nicht beikommen. Diesem weißen Raben wurden seine Mucken dadurch ausgetrieben, daß man ihm das Wort entzog. Vorsitzender der reaktionären Gesellschaft ist ein Professor Dr. Althaus.

Im Kampf für Ordnung, Religion und Krupp bewährt sich der Pfarrer Kaiser hier am Orte. In der Konfirmationsstunde behauptete er, der Verstorbene sei ein Wohlthäter der Menschheit gewesen, dem die Roten schweres Unrecht gethan hätten. Uns ist es durchaus angenehm, wenn der Geistliche so schon die Kinder veranlaßt, sich mit der Socialdemokratie zu beschäftigen. Das Rechte werden sie schon herausfinden, dafür bürgt die unwiderstehliche Gewalt unsrer Lehren.

Gerichts-Zeitung.

Der Herr Zeitungsschmierer drückt sich!

Aus München wird uns vom 10. Dezember berichtet: Wegen Beleidigung des Genossen Gruber, des verantwortlichen Redakteurs der „Münchener Post", hatte sich heute vor dem hiesigen Kriegsgericht der Oberlieutenant Frhr. v. Malsen zu verantworten. Malsen hatte im Oktober d. J. den Jägerlieutenant Reuß, einen ehemalgen Chinakrieger, zu verteidigen, der wegen Beschimpfung und Mißhandlung seiner Mannschaften angeklagt war. Die Anklage gegen R. basierte auf einem Artikel der „Münch. Post". Genosse Gruber war dazu als Zeuge geladen, weigerte sich aber, seinen Gewährsmann zu nennen. Als er sich, nachdem sich der Gerichtshof zur Beratung des Urteils zurückgezogen hatte, aus dem Saal entfernte, machte Herr v. Malsen die Bemerkung: „Der Herr Zeitungsschmierer drückt sich!" Gruber erstattete deswegen Anzeige und gegen Malsen wurde durch die militärische Anklagebehörde das Strafverfahren eingeleitet.

In der heutigen Verhandlung giebt der Angeklagte zu, die Aeußerung gethan zu haben, doch habe ihm die Absicht gefehlt, Gruber zu beleidigen. Seine Aeußerung sei an den damaligen Vertreter der Anklagebehörde gerichtet, nicht aber für die Oeffentlichkeit bestimmt gewesen. Außerdem habe er sich in großer Erregung befunden, weil Gruber nicht den geringsten Versuch gemacht habe, die in dem Artikel der „Münch. Post" enthaltenen frivolen Verdächtigungen zu rechtfertigen.

Dem Antrag des Klägers entsprechend wurde gegen den Angeklagten auf 10 M. Geldstrafe event. einen Tag Haft erkannt und dem Beleidigten das Recht zugesprochen, das Urteil am Gerichtsbrett anzuschlagen. In der Begründung des Urteils wurde ausgeführt, die inkriminierte Aeußerung sei geeignet, Gruber als Menschen und Redakteur herabzuwürdigen. Von einer Wahrung berechtigter Interessen könne keine Rede sein, da M. seine Thätigkeit als Verteidiger schon beendet hatte, als er die Aeußerung that. Es liege eine vorsätzliche, rechtswidrige Ehrverletzung vor, denn M. mußte wissen und habe gewußt, daß ihn andre Personen im Zuhörerraum hören konnten. Herr v. Malsen nahm die Strafe sofort an. Die Sache wird aber noch ein kleines Nachspiel haben. Lieutenant Reuß hat nämlich den Genossen Gruber vor dem Straubinger Civilgericht wegen Beleidigung verklagt, und bei dieser Gelegenheit will Gruber einen umfassenden Wahrheitsbeweis antreten. Dabei dürfte es sich voraussichtlich zeigen, daß die außerordentliche Entrüstung der Herren vom Militär nicht recht am Platze war.

Eine wichtige Entscheidung für Pfandleiher hat das Kammergericht getroffen. Einem Badegaste in Heringsdorf war daselbst eine Uhr im Werte von 400 M. gestohlen worden. Die Uhr hatte ihren Weg zum königl. Leihamte gefunden und war dort von einem Manne, welcher als Legitimation Steuerpapiere vorlegte, versetzt worden. Der Bestohlene verlangte nun vom königl. Leihamte die Herausgabe der Uhr ohne Erstattung des gewährten Darlehns, das königl. Leihamt verlangte aber diese Erstattung und so strengte denn der Bestohlene gegen den Fiskus die Klage an. Fiskus ist in zwei Instanzen zur Herausgabe ohne Erstattung des Darlehns verurteilt worden. In dem Urteile des Kammergerichts wird ausgeführt, daß der Verpfänder der Uhr nicht zu den Personen gehörte, die nach § 7 des Reglements für das königl. Leihamt als „unverdächtig" gelten. Die Legitimationsführung durfte in diesem Falle nicht genügen, vielmehr mußte der Verpfänder verdächtig erscheinen, weil dem königl. Leihamte durch das Polizeipräsidium in einer Bekanntmachung des Polizeiblattes mitgeteilt worden war, daß „eine goldene Remontoir-Savonette-Uhr, repetiert ¼stündlich, Nr. 2816, Rep.-Nr. 81 684 F, Wert 400 M." in Heringsdorf gestohlen worden sei. Diese Mitteilung hätte, wie das Kammergericht in seinem von den „Bl. f. Rpfl." veröffentlichten Erkenntnisse des weiteren ausführt, das Leihamt bei der Prüfung der Verdächtigkeit des Verpfänders nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Das Durchgehen sämtlicher Polizeiblätter bei der Prüfung wäre allerdings zeitraubend und mit dem Geschäftsgange kaum vereinbar. Es wäre aber ein Leichtes bezüglich der genau beschriebenen Gegenstände, insbesondre Uhren, auf Grund der Beschreibungen des Polizeiblattes ein Verzeichnis zu führen. Dasselbe wäre mit geringem Zeitaufwand auf dem Laufenden zu erhalten und auf Grund desselben in ganz kurzer Zeit eine Kontrolle der zum Versatz angebotenen Gegenstände vorzunehmen. Wäre ein solches Verzeichnis vorhanden gewesen, so hätte der Beamte des königlichen Leihamts, der tagtäglich mit Uhren zu thun hat, die zum Versatz angebotene Uhr als die im Polizeiblatt als gestohlen angegeben erkennen, den Verpfänder als verdächtige Person im Sinne des § 7 des Reglements behandeln müssen und von ihm die Uhr demnach nicht als Pfand annehmen dürfen. Ist die Annahme dennoch geschehen, so muß die Uhr an den Kläger herausgegeben werden und zwar nach § 20 des Reglements, ohne daß die Erstattung des Darlehns verlangt werden kann.

Um den Ausstand in der Bautischlerei von Wegener in Wilmersdorf handelte es sich in einem Streikprozeß, der gestern gegen die Tischler August Wenning, Albert Zimmer und Robert Schade vor dem Schöffengericht verhandelt wurde. Die Angeklagten waren beschuldigt, die bei der Firma während des Ausstandes beschäftigten Streikbrecher als solche bezeichnet und sie außerdem mit Totschlag bedroht zu haben. Wie milde der Fall an sich lag, geht daraus hervor, daß selbst der Staatsanwalt gegen Zimmer und Schade Freisprechung beantragte, Wenning dagegen mit 20 Mark bestraft wissen wollte. Das Gericht sprach die von den Rechtsanwälten Dr. Heinemann und Jacobsohn verteidigten Angeklagten sämtlich frei und legte die Kosten der Staatskasse auf.

Eine nette „Madame". Eine Dienstbotengeschichte beschäftigte gestern die vierte Strafkammer des Landgerichts I. Die Architekten-Ehefrau Selma Hermann hatte sich wegen Freiheitsberaubung und gefährlicher Körperverletzung ihres 17jährigen Dienstmädchens Anna Höpfner zu verantworten. Die letztere machte folgende Angaben: Als sie am 1. Juli d. J. bei der Angeklagten eingetreten sei, habe sie zu ihrer Verwunderung gesehen, daß ihre neue Herrin auch Inhaberin eines Pensionats war, was ihr bei dem Engagement nicht mitgeteilt worden sei. Mit der Aufbürdung der Mehrarbeit sei sie nicht einverstanden gewesen. Sie habe deshalb ihrer Herrin am 3. Juli mitgeteilt, daß sie den Dienst wieder verlassen würde. Die Angeklagte sei damit nicht einverstanden gewesen, sondern habe verlangt, daß die Zeugin so lange bleiben solle, bis Ersatz für sie da sei. Um sie zu verhindern, das Haus zu verlassen, habe die Angeklagte die von der Küche nach dem Hofe führende Thür verschlossen und den Schlüssel abgezogen, dann habe sie ebenfalls die nach dem Korridor führende Thür von außen verschlossen, so daß die Zeugin in der Küche gefangen war. Als sie das Fenster geöffnet und laut um Hilfe gerufen habe, sei die Thür wieder geöffnet worden und die Angeklagte sei, einen Feuerhaken in der erhobenen Rechten schwingend, eingetreten. Sie habe mit dem Feuerhaken nicht geschlagen, sondern der Zeugin zunächst eine gewaltige Ohrfeige gegeben und ihr dann mit einem Schlüssel einen Hieb gegen das rechte Auge versetzt. Die dadurch erlittene Verletzung hatte die Gemißhandelte sich ärztlich bescheinigen lassen. Die Angeklagte wollte durch das Verhalten des Mädchen schwer gereizt worden sein, sie bestritt auch, es vorsätzlich mit dem Schlüssel geschlagen zu haben. Das Mädchen habe sie angegriffen und bei der Abwehr möge die kleine Verletzung mittels des Schlüssels entstanden sein. Der Staatsanwalt hielt sowohl die Freiheitsberaubung wie die Mißhandlung für erwiesen, wegen des ersten Vergehens beantragte er drei Tage Gefängnis, wegen des zweiten 30 M. Geldstrafe.

Der Gerichtshof erkannte wegen der Freiheitsberaubung auf Freisprechung, da die Angeklagte wohl geglaubt habe berechtigt zu sein, das Mädchen an dem eigenmächtigen Verlassen des Dienstes zu hindern (!), die Körperverletzung wurde dagegen mit einer Geldstrafe von 50 M. geahndet.

Prozeß Scholl. Die vor der 9. Strafkammer neuerdings geführte Verhandlung gegen den Losehändler Johannes Scholl und dessen Stieftochter Margarethe Prietz ist nach mehrtägiger Dauer gestern zu Ende gegangen. An dem früheren Ergebnis ist durch die neue Verhandlung nichts geändert worden. Scholl wurde wiederum zu drei Jahren und einer Woche Zuchthaus, die Angeklagte Prietz zu 600 M. Geldstrafe verurteilt. Bei Scholl wurde ein Jahr als verbüßt erachtet.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll, und die letzte Abonnementsquittung beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt.

Pankow 13. 1. Soweit ersichtlich, können Sie auf Räumung klagen. Sie müssen freilich beweisen, daß Gesundheitsgefährlichkeit vorliegt. 2. Steht in Ihrem Vertrage nicht solche Vereinbarung, so liegt ein Exmissionsgrund in dem Zuwiderhandeln nicht vor. — **N. 24.** Auch Arbeitslose haben Zeugenentschädigung zu beanspruchen. § 2 der Gebühren-Ordnung für Zeugen bestimmt ausdrücklich: Der Zeuge erhält eine Entschädigung für die erforderliche Zeitversäumnis im Betrage von 10 Pf. bis zu 1 M. für jede angefangene, jedoch nicht für mehr als 10 Stunden. „Personen, welche durch gemeine Handarbeit, Handwerksarbeit oder geringeren Gewerbebetrieb ihren Unterhalt suchen oder sich in gleichen Verhältnissen mit solchen Personen befinden, erhalten die nach dem geringsten Satze zu bemessene Entschädigung auch dann, wenn die Versäumnis eines Erwerbes nicht stattgefunden hat."

N. B. Wenden Sie sich an die Vorsitzende der Offenbacher Krankenkasse für Frauen und Mädchen, Frau M. Pormann, Vollastr. 5.

F. B. Ja. Es kann aber Befreiung von der Versicherungspflicht beim Magistrat (Abteilung für Versicherung, Breitestr. 24a) beantragt werden. — **Bold.** Soweit ohne mündliche Darstellung der Sachverhalt zu erkennen ist, haben Sie Anspruch auf Zahlung der 40 Mark, aber keinen Anspruch auf Ersatz des Holzes. — **J. L. 23.** In beiden Fällen müßten Sie sich schriftlich an das Reichstagsbureau oder an den Abgeordneten wenden. — **1878 G.** Der Bescheid ist leider zutreffend. — **G. K. 9.** Eine solche Abgabe — Kanon, Dezem u. dergl. genannt — besteht allerdings für viele Gemeinden. — **Trautheimerstr. 100.** Nein. — **O. M. 29.** Einen Tag. — **W. 42.** 1. und 2. Nein. 3. Matrikularbeiträge sind die Beiträge der einzelnen Bundesstaaten zur Bestreitung der gemeinschaftlichen Ausgaben des Reiches (Artikel 70 der Reichsverfassung). — **Zwei Wettende, Freiwaldau.** Mündliche Kündigung genügt. — **N. 1.** Sprechen Sie mit dem Statut in der juristischen Sprechstunde vor. 2. Ja in der Regel in 4 Jahren. — **H. P.** Nach zutreffender, allerdings bestrittener, Ansicht steht dem Vater solches Recht seit 1900 nicht mehr zu. — **Ernst H.** Nein. — **Bernh. G.** Sprechen Sie mit der Aufforderung in der juristischen Sprechstunde vor. Soweit ersichtlich, können Sie ohne Schaden auf das bayrische Heimatsrecht verzichten. — **P. F. 70.** Der Betreffende müßte die Reife für Obersekunda erwerben oder eine besondere Prüfung ablegen. — **W. H. 77.** 1. Ja. 2 und 3. Nein. — **J. Dehmel.** Die Kasse hat diese Verpflichtung. — **G. B. 13.** 1. Ja. 2. Nein. — **Samuel.** 1. Ja. 2. Nein. — **H. B. 37.** Sie können auf Erfüllung des Vertrages und auf Schadenersatz beim Amtsgericht klagen. — **Köpenick 25** und **Ida 8.** Nein. Indes ist diese Frage, wie wir wiederholt ausführlich dargelegt haben, strittig. — **J. M. 92.** Sie können den Wirt zunächst auffordern, dann beim Amtsgericht verklagen. — **N. 8.** Der Magistrat ist in Ihrem Fall im Recht. — **W. P., Spandau.** 1. Ja. 2. 1. April und 1. Oktober. — **H. W.** 1. Nein. 2. Ja, aber die unterlassene Stempelung macht den Kaufvertrag nicht ungültig. — **L. W.** Sie können lediglich auf Zahlung klagen und dann auf Grund des Urteils in das Stück Zwangsvollstreckung vornehmen. — **Ma.** 1 u. 2. Ja. — **E. H.** Nein. — **G. 100.** Sie sind zur Ablegung der Gesellenprüfung nicht verpflichtet, die Ablegung der Prüfung liegt aber in Ihrem Interesse. — **H. B.** Ein Klageweg wäre aussichtslos. — **F. K.** Sie sind im Irrtum. In der Revisionsinstanz also, vor dem Kammergericht und vor dem Reichsgericht, braucht weder der Angeklagte noch der Verteidiger zu erscheinen. Beurteilt wird wesentlich nach der schriftlichen, vom Rechtsanwalt eingereichten Revisions-Rechtfertigungsschrift. Ist nicht besonders vereinbart, daß der Verteidiger persönlich den Revisionstermin wahrnehmen soll, so pflegt die Wahrnehmung nicht stattzufinden. Die Wahrnehmung des Termins wäre mit besonderen Kosten verknüpft. — **G. P., Stralauerstraße.** Ja. — **E. Sch. Ch.** Die Firma ist zur Stellung eines Apparates nicht verpflichtet. — **F. S. Wilmersdorf. F. J. 24.** Ja. — **F. S. 100.** Schlechter Geschäftsgang giebt leider kein Recht zur vorzeitigen Aufhebung des Mietsvertrages. Es bleibt nur übrig, eine Einigung zu versuchen. — **Spiek.** 1. Nach unsrer Ansicht nein. Ein Erkenntnis ist aber über diese Frage noch nicht ergangen. 2. Ein Antrag auf richterliche Entscheidung erscheint nicht aussichtslos. — **W. F.** Ist nichts vereinbart, so beträgt die Kündigungsfrist für Dienstmädchen sechs Wochen zum Quartalsersten. Das von Ihnen Mitgeteilte giebt leider kein Recht auf vorzeitige Kündigung. — **E. M.** In beiden Fällen könnten Sie lediglich auf Zahlung klagen. — **T. G. Rein. — Frankfurter Allee.** 1. und 2. Ja. 3. und 4. Nein.

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 14. Dezember, abends 6 Uhr:

Volks-Versammlung

in Raabes Festsälen, Koldergerstr. 23.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Dr. **Rudolf Steiner** über: **Emile Zola.** 2. Diskussion.

Nachdem gemütliches Beisammensein und Tanz.

Zahlreichen Besuch erwartet

256/4 **Der Vertrauensmann.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute **Freitag**, abends 8½ Uhr, im **Gewerkschaftshause**, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonntag, den 14. Dezember cr., vormittags 10 Uhr, bei Schössler, Stromstrasse 26:

Bezirksversammlung für Moabit.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Ahrens. 2. Bericht der Kontrollkommission und Neuwahl derselben. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Achtung! **Einsetzer.** Achtung!

Sonntag, den 14 d. M., vormittags 10 Uhr:

Morgensprache in den bekannten Lokalen.

Die **Vertrauensleute** werden ersucht, Vorschläge zur Neuwahl der Kommission und der Vertrauensleute einleiten zu wollen. 76/9

Montag, den 22. Dezember:

Kommissionssitzung.

Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht der Kollegen.

Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin.

General-Versammlung

Sonnabend, den 13. Dezember, abends 8½ Uhr. Melchiorstr. 15.

Tages-Ordnung:

1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Unterstützungsgesuch. 3. Vereinsangelegenheiten. — Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.

Donnerstag, den 25. Dez. (1. Weihnachtstag) abends 6 Uhr, im Neuen Klubhaus, Kommandantenstr. 72 (nahe Spittelmarkt):

Weihnachtsvergnügen

zum Besten des Unterstützungsfonds, bestehend in Konzert, Theater und Ball.

Entree 30 Pf. **Entree 30 Pf.**

Billets sind in der Versammlung, sowie bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben. Abendkasse im Lokal findet **nicht** statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet 199/15 **Der Vorstand.**

Steinarbeiter!

Oeffentliche Versammlung

Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags 1 Uhr, im Englischen Garten, Alexander-Straße Nr. 27c:

Tages-Ordnung:

1. Die Antwort des Magistrats auf unsre Petition vom 13. Dezember vorigen Jahres. 2. Der Antrag der Steinarbeiter, Ausscheidung aus der Ortskasse, vor den Delegierten am 7. Dezember (die Dreizehner-Kommission, sowie der Vorstand sind hierzu eingeladen). 3. Verschiedenes.

Nach Schluss: Innungs-Versammlung.

Ergänzung des Gesellen-Ausschusses.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet zahlreichen Besuch

175/7 **Der Vertrauensmann.**

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Zimmer 30.

Fernspr.: Amt VII Nr. 1959.

Branchen-Versammlungen.

Geschirr-Branche, **Montag, den 15. Dezember,** abends 8½ Uhr, **Englischer Hof, Neue Roßstr. 3.**

Treibriemen-Branche, **Dienstag, 16. Dezember,** abends 8½ Uhr, **Englischer Garten, Alexanderst. 27c.**

Taschen- u. Kofferbranche, **Dienstag, 16. Dezemb.,** abds. 8½ Uhr, **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.**

Militär-Branche, **Sonnabend, den 13. Dezember,** abends 8½ Uhr, **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.**

Linoleumleger u. Teppichnäher, **Montag, 15. Dezemb.,** abds. 8½ Uhr, bei **Ladewig, Kommandantenstr. 65.**

Wagen-Branche, **Mittwoch, den 17. Dezember,** abends 8½ Uhr, bei **Gittler, Luisenstr. 26.**

Eisenmöbel-Branche, **Montag, den 22. Dezember,** abds. 8½ Uhr, bei **Ladewig, Kommandantenstr. 65.**

Sektion Charlottenburg, **Dienstag, den 16. Dez.,** abends 8½ Uhr, bei **E. Dörre, Charlottenburg, Wallstr. 90.**

Die Tagesordnungen werden durch Handzettel bekannt gegeben. Die Mitglieder werden ersucht, **pünktlicher** zu erscheinen. 159/3

Die Ortsverwaltung.

Freitag, den 26. Dezember (2. Feiertag):

Weihnachts-Vergnügen

in den oberen Räumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Konzert. — Auftreten des **Berliner Ulk-Trios.** — **Tanz.** Eröffnung 5 Uhr. Anfang 5½ Uhr. Entree 30 Pf. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Um rege Beteiligung ersucht

Das Vergnügungskomitee.

J. A.: **Willi Tuschke,** Grünauerstr. 10.

Unglaublich!

Winterpaletot-Stoffe — 3,50 M. per Meter.

Anzug-Stoffe — hochnes — 3 M. per Meter.

Tuchkammgarn, Ia Qualität,

für elegante Gesellschafts-Anzüge und Fracks,

4,70 M. per Meter.

Reste in Tuchstoffen spottbillig!

Tuchfabrik-Niederlage

Koch & Seeland

Berlin C. **Ross-Strasse 2.**

Achtung! Arbeiter-Radfahrer!

Sonntag, den 14. Dezember, nachmittags pünktlich 1 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Die Reichstags- und Landtagswahlen 1903 und die Aufgaben der Arbeiter-Radfahrer.** Referent: Stadtverordneter Genosse **A. Hoffmann.** 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes. 4. Wahl eines Central-Vertrauensmannes für die Provinz Brandenburg. 5. Verschiedenes.

Die politisch organisierten Arbeiter-Radfahrer sind ganz besonders eingeladen.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen ist notwendig, da der Saal um 5 Uhr geräumt sein muß. 975b

Der Vertrauensmann: F. Stöckel, Kottbuser-Ufer 57.

Vereinigung der Zimmerer Deutschl.

Bureau Berlin C. 22. Dragonerstr. 15. Telephon: Amt III 5028.

Sonntag, den 14. Dezember, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend

in Cohns Festsälen, Beuthstr. 20, I.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag des Schriftstellers Herrn **Max Schütte** über: **Das Socialistengesetz.** 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

258/5 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. 167/8

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonnabend, den 13. Dezember, abends 8½ Uhr, bei Dieke, Ackerstraße 123: 168/5

Konferenz der Vertrauensleute des Nordens.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Jeden Freitag von mittags an: 59952

Frische Blut- und Leberwurst

in bekannter tadelloser Qualität.

Richard Augustin, **Lindenstraße 69, Hof part. „Vorwärts"-Haus.**

Frühstücks- und Mittagstisch. Großes Sitzungszimmer.

Achtung! Gewerkschaften und Vereine.

Hierdurch zur gefl. Kenntnis, daß der 200/5

Tanzlehrerverein „Solidarität"

(gegründet 1892)

nur noch bis zum **31. Dezember d. J.** im **Englischen Hof,** Neue Roßstr. 3 tagt, und deshalb Bestellungen auch dorthin zu richten sind.

Vom 1. Januar 1903

Vereinslokal: Gewerkschaftshaus,

Engel-Ufer 15, Saal III.

Jeden Freitag 9 Uhr Sitzung.

Rauchet

Haas-Tabak

Specialität:

Berliner Shag hell

in 10 Pfg. Packeten

Hochfein im Geschmack u. Aroma.

Zu haben in allen Cigarrengeschäften.

ENGROS-NIEDERLAGE:

H. SALTZMANN

Berlin S. Luisenufer 3

---

für Hüte auszugeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. [49622*

Knabenfilzhüte 0,75-3 M.
Herrenfilzhüte
weich 1,75—5,25 M.
steif 2,00—5,25 „
Cylinderhüte
4,00—12,00 „
Chapeau claques
7,00—12,00
im Einzelverkauf bei
Arnold & Eggert,
Hut-Engros-Geschäft,
Waldemarstr. 44, pt.
Kein Laden.

Billigste Photographische Handlung.

Handcamera zu 6 Aufnahmen, 6×9 mit Zeit- u. Momentverschluß, M. 4,50. Hochelegant für 6 Aufnahmen, 9×12 mit 2 Spiegelsuchern, M. 9,00. **Unerreicht! Handcamera Germania** für 12 Aufnahmen, 9×12 mit regulierbarem Zeit- und Momentverschluß und Zähluhr, M. 20,00; dieselbe etwas **einfacher M. 15.00. Nussbaum Stativ-Apparat,** 9×12 komplett mit Objektiv-Stativ u. dopp. Kassette, M. 15,00, Größe 13×18 mit **doppeltem Bodenauszug** und Zahntrieb, komplett **M. 35.00** inkl. Aplanat mit Irisblende. Blitzlampe M. 2,00. **Elegante Preisliste gratis!** 58042*

Grass & Worff, Berlin,

Hauptgeschäft: Junkerstraße 1. Filiale: Potsdamerstraße 9.

Arbeiter-Radfahrerverein „Berlin".

Heute Freitag:

Ausserordentliche

General-Versammlung

bei **Merkowski,** Andreasstr. 26.

NB. Restierende Mitglieder werden auf § 4 des Vereinsstatuts hingewiesen.

Sonntag 1 Uhr, Andreasstr. 21 bei **Kussin.** Jeder hat die Pflicht, zu erscheinen. 10/6

Bekanntmachung!

Orts-Krankenkasse der Nadler und Siebmacher zu Berlin.

Sonnabend, den 20. Dezember 1902, abends 8 Uhr im **Gewerkschaftshause,** Engel-Ufer Nr. 15, Saal III.

Ausserordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung:

1. Anderweitige Festsetzung des Eintrittsgeldes (§ 29 des Statuts).
2. Erhöhung der ordentlichen Kassenbeiträge (§ 30 des Statuts).
3. Kassen-Angelegenheiten.

Die Herren Arbeitgeber und großjährigen Kassenmitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch ist als Legitimation mitzubringen. 972b

Berlin, im Dezember 1902.

Der Vorstand.

J. A.: **Rob. Schmidt,** Vorsitzender.

Vorwärts-Buchhandlung

Lindenstrasse No. 69.

Billige 233/8

Klassikerausgaben:

Bürger, in Leinen,	1 Band		1,75
in Halbleder,			2,70
Börne, in Leinen,	3 Bände		6,—
in Halbleder,			9,50
Chamisso, in Leinen,	1 Band		1,75
in Halbleder,			2,70
Eichendorff, in Leinen,	2 Bände		3,50
Gaudy, in Leinen,	1 Band		1,50
Goethe, in Leinen,	4 Bände		6,—
„	6	„	10,—
„ in Halbleder,	6	„	15,—
Hauff, in Leinen,	2	„	3,50
Hebbel, in Leinen,	4	„	6,—
Heine, in Leinen,	4	„	6,—
in Halbleder,	4	„	9,50
Hoffmann, in Leinen,	4	„	8,—
Kleist, in Leinen,	1 Band		1,75
Körner, in Leinen,	1	„	1,60
in Halbleder,	1	„	2,40
Lenau, in Leinen,	1	„	1,75
in Halbleder,	1	„	2,70
Lessing, in Leinen,	3 Bände		5,—
in Halbleder,	3	„	7,50
Ludwig,	2	„	6,—
Reuter, neuerschienene billige Volksausgabe, in Leinen,	4 Bände		10,—
„	8	„	12,—
Rückert, in Leinen,	3	„	6,—
Schiller, in Leinen,	4	„	6,—
Shakespeare, in Leinen,	4	„	6,—
„	4	„	9,50
Stifter, in Leinen,	4	„	6,—
Uhland, in Leinen,	1 Band		1,75
in Halbleder,	1	„	2,70

Neu! Neu!

Wer seinen Kindern ein schönes Weihnachtsfest bereiten will, der kaufe ein Kistchen von unsren Genossen aus Lauscha selbst angefertigten **Glas-Christbaumschmuck.** 56592*

Ein überaus großes und schönes Sortiment, bestehend aus 7—8 cm großen Eiern und Kugeln, glatt u. eingestochen, bemalt, mit Chenille und feinem Silberdraht übersponnen. Phantasie-Artikel in allen Formen und Farben, 10 Strang versilberte und bemalte Strangkugeln, Eis- und Tannenzapfen, Schiff, Vogelbauer, klingende Glocken, Ballon, brillante Reflexe, eine Baumspitze, Aepfel, Birnen, Aprikosen und Früchte aller Art, Lametta usw.

Hierzu eine Gratisbeilage. Eine überraschende Neuheit der Glasbläserei, eine schön bemalte, 22 cm hohe Salonlampe. Das Kistchen gegen Nachnahme oder vorherige Einsendung von nur 5 M. franco. Auch versenden wir in größeren Quanten und garantieren für volle Zufriedenheit der Käufer.

Guido Müller jun.
Lauscha, Thür.

Achtung!

Jeder, der noch **keinen Festbraten** hat, komme nach dem

Gewerkschaftshaus.

Jeden Sonnabend

Grosses Gänse-Ausschieben

auf beiden Kegelbahnen.

Silvester und Neujahrstag noch Saal frei. Achtungsvoll

9695 **C. Pohlit.**

Julius Fischer, Boeckhstr. 7,

empfiehlt allen Freunden und Genossen sein Lokal. Vereinszimmer zu 25 Personen. „Leipziger Volkszeitung" mit Lotterieliste liegt aus. 57912*

Unserm Genossen

Adolf Roth,

dem spiritus rector der II. Abteilung, zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch!

Die Alten der II. Abteilung.

Socialdemokrat. Wahlverein f. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.

Am 10. d. M. verschied nach kurzem Krankenlager unser Mitglied, der Maurer

Franz Richter.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am **Sonntagmittag 2 Uhr** von der Leichenhalle des **Kreuz-Kirchhofes** in Mariendorf statt.

Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht

239/3 **Der Vorstand.**

Todesanzeige.

Am 9. ds. Mts. starb nach langem Leiden mein lieber Mann, der Maurer 976b

Hermann Döring.

Das zur Nachricht den Freunden und Bekannten.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 14. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Schwedterstraße 36a aus, nach Nieder-Schönhausen, Zions-Kirchhof, statt.

Ww. Johanna Döring, geb. Müller.

Danksagung.

Für die zahlreiche, herzliche Teilnahme und reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines unvergeßlichen Mannes, des Buchbinders **Otto Schneider,** sage ich allen Verwandten, Freunden, Kollegen und Bekannten, dem Vorstand der Central-Krankenkasse der Buchbinder, der Firma Paul Singer u. Co., dem Personal der Buchdruckerei Vorwärts Paul Singer u. Co., dem Verband der Buchbinder (Zahlstelle Berlin), dem Socialdemokratischen Wahlverein für den vierten Berliner Reichstags-Wahlkreis SO., dem Personal der Buchdruckerei Karl Rosen und insbesondere den Sängern meinen herzlichsten Dank. 59862

Ww. Emma Schneider
nebst Kindern und Enkel.

Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unsrer guten Mutter und Großmutter

Frau Emma Heuer geb. Marschner

sagen wir hierdurch unsern innigsten Dank. 973b

Die trauernden Hinterbliebenen.

Neueste wahre billige Preise

per Nachnahme.

Wirkl. Salzfetth. ½ Faß **M** b. 500 St. **7** u. **8 Mk.** 250 St. **3½ u. 4 M.**

½ Faß **große M** (zu empfehl.) 400 St. **9** u. **10 Mk.** 200 St. **4½ u. 5 Mk. MK Speckfett** 320 St. **11 Mk.** 160 St. **5½ Mk.**

½ Faß **Vollheringe Milch Rogen. Fett** 200 St. **9** u. **10 Mk.** 100 St. **4½ u. 5 Mk., bessere Sorte 10½ u. 5½ Mk.**

Post-Dose. 70 zarte Fetth. 1¼. 60 St. **2. Vollh. 2¼ Mk.**

Bratheringe 4 Lit.-Dose **2¼,** 8 Lit.-Dose **3½ M., 80 Delikatessh. 2¼ u. 2½, Bismarckh. 2¼ u. 2¾ Mk.**

Post-Kiste. Bücklinge 80 St. **2¼ Mk., Voll- u. Fett-Bücklinge groß 2 Mk., 4 Pfd.-Kiste Sprotten 1¼ Mk., 2 Kisten 3¼ Mk.** 54462*

W. Schwandt, Swinemünde,

Fischerei, Heringsgesch. engros, Räucherei und Marinier-Anstalt.

Neujahrs-Spitzen!

Klub-Pfeifen,

Jagd-, Turner-, Marsch-Pfeifen.

Feine Wiener

Meerschaum-Spitzen.

Spazierstöcke. Schachspiele, Damenbretter etc.

Scheunert & Wirth

Berlin O. [59722*

Blumenstr. 4/5, Laden.

Charlottenburg.

M. Schmerberg [58052*

Wilmersdorfer Straße 127,

Uhrmacher und Goldarbeiter.

Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen.

Optische Artikel. Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen.

50% ca. unter Ladenpreis

kauft man

Ketten, Ringe, Broschen, Brillanten 2c. 2c. im Leihhaus

Uhren, H. Graff, Beuthstr. 5.

Achtung!

Allen **Christbaum-Kleinhändlern** von Berlin und Vororten zur Kenntnis, daß in der Dalzowstr. 11—15 der Weihnachtsbaumhandel nur im **en gros** betrieben wird, vorausgesetzt, daß diese Engroshändler genügend durch die Kleinhändler unterstützt werden.

79/12* **C. Weise.**

Für Maurer und Zimmerer!

Maurermeister giebt **Unterricht** im **bautechnischen Zeichnen 2c.** Specialität: **Ausbildung zum Polier.** Dauer ca. 2—3 Monate. Honorar monatlich 20 M. Unterricht allabendlich und Sonntagsvormittags.

C. Karras, Maurermeister, 944b Beusselstr. 71, II

Verantwortlicher Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Die Berliner Gewerkschaftskommission

hielt am 10. Dezember eine von etwa 600 Delegierten und Vorstandsmitgliedern der Centralorganisationen besuchte Versammlung ab, um gemäß dem Beschlusse der Versammlung vom 1. Dezember weiter über die Vorgänge bei der letzten Gewerbegerichtswahl zu diskutieren. Die Redaktion des „Vorwärts" war dazu, wie damals beschlossen, eingeladen worden und wurde vertreten durch die Genossen Reinke, Strobel und Wetzker. — Zunächst wurde, gesondert von dem übrigen, die von Reinke in der letzten Versammlung gestellte Frage erörtert, ob die Absicht bestehe, die eigne Berichterstattung des „Vorwärts" über die Versammlungen der Gewerkschaftskommission durch eine offiziöse Berichterstattung des Gewerkschaftsbureaus zu ersetzen. (Siehe Bericht des „Vorwärts" in Nr. 282.)

Kube als Vertreter des Ausschusses erklärte namens desselben, daß eine solche Absicht nicht bestehe. Allerdings habe der Ausschuß für die letzte Versammlung einen eignen Berichterstatter stellen wollen, weil zum Ausdruck kommen sollte, wie die Vertreter der Berliner Verbände über die Vorkommnisse bei der letzten Gewerbegerichtswahl denken, der „Vorwärts" aber bei seiner neutralen Stellung gegenüber den Gewerkschaften beider Richtungen manches nicht aufnehmen wolle, worauf es gerade den Verbänden ankomme, was den Interessenten sehr wesentlich, dem Berichterstatter des „V." aber unbedeutend erscheine. Auf den Vorwurf Reinkes, der Redakteur des „V." hätte gerade zur fraglichen Versammlung eingeladen werden müssen, sei zu erwidern, daß man über den „V." in der vorigen Versammlung gar nicht habe sprechen wollen. Wenn nun Reinke den Vorwurf erhob, der „V." sei nach Robert Schmidts Fortgang vom „V." zu spät seitens des Gewerkschaftsbureaus vom Stattfinden der nicht öffentlich angezeigten Versammlungen der Kommission benachrichtigt worden, so sei damit eine Absicht nicht verbunden gewesen. Im übrigen bestehe gar keine Verpflichtung der Gewerkschaftskommission, der Redaktion des „Vorwärts" die Sitzungen anzuzeigen.

Redakteur Reinke betont, daß er in der vorigen Versammlung durchaus keinen Gegensatz zwischen der Redaktion und dem Ausschuß habe konstruieren wollen. Er habe nur Thatsachen mitgeteilt und jene sich für ihn daraus ergebende Vermutung bezüglich der Absicht einer offiziösen Berichterstattung ausgesprochen. Die späte Anzeige einiger Sitzungen an sich habe er zunächst auf Vergeßlichkeit zurückgeführt. Als die letzte Versammlung aber der Redaktion überhaupt nicht angezeigt worden und ihm gleich beim Eintritt in den Saal bedeutet worden sei, dem Bericht liefere diesmal ein Mitglied des Bureaus, da habe ihn dies in Verbindung mit den Vorgängen, die zu einer Polemik zwischen Redaktion und Ausschuß führten, und in Verbindung mit dem übrigen auf jenen in der Versammlung vom 1. Dezember ausgesprochenen Gedanken gebracht. — Redner hob noch hervor, daß der „Vorwärts" es für seine Pflicht halte, über die Versammlungen der Kommission bald und sachgemäß zu berichten; dazu müsse er aber rechtzeitig von den Versammlungen Kenntnis haben. Er bemängelte ferner die Gründe, mit denen Kube die Bestellung eines Berichterstatters durch den Ausschuß für die vorige Versammlung rechtfertigte. Unmöglich sei doch ein Mitglied des beteiligten Ausschusses objektiver als ein Berichterstatter des „Vorwärts". Nun sei gesagt worden, über den „Vorwärts" habe man überhaupt nicht sprechen wollen. Ja, dann treffe aber der Beschluß des Ausschusses und der Vorwurf, der „Vorwärts" könnte nicht einmal über diese Versammlung einen objektiven Bericht beschaffen, den „Vorwärts" noch viel schwerer, als wenn man über den „Vorwärts" hätte sprechen wollen. Mit jener Begründung enthalte der Beschluß auf Bestellung eines eigenen Berichterstatters ein scharfes Mißtrauensvotum gegen die ganze Redaktion des „Vorwärts", für welches nicht der geringste Grund vorliege. — Die Versammlung stimmte darauf einem Antrag, über diese Angelegenheit Schluß zu machen, mit der Motivierung zu, daß die Versammlung es als selbstverständlich betrachte, daß die „Vorwärts"-Redaktion rechtzeitig durch den Ausschuß von jeder Sitzung der Gewerkschaftskommission benachrichtigt werde.

Nunmehr wurde die Debatte über die Vorgänge bei der letzten Gewerbegerichts-Wahl fortgesetzt.

Silberschmidt (Maurer) hielt seine Ausführungen vom 1. Dezember aufrecht und beklagt, daß der Parteivorstand und andre einflußreiche Organe der Partei trotz aller Bitten nicht energisch gegen die Lokalorganisationen und ihr schädliches, die Arbeiterbewegung zersplitterndes Treiben eingeschritten seien. Man berufe sich auf die Neutralität. Was in der Partei nicht gebilligt werde, die ewige Quertreiberei, solle in der Gewerkschaftsbewegung scheinbar gelten. Die Haltung des Parteivorstandes und andrer Partei-Organe stehe im schreiendsten Widerspruch zu der Haltung der großen neutralorganisierten Arbeitermassen Deutschlands. (Zwischenruf: Niemals!) Redner führte dann einige Erfahrungen aus der Maurerbewegung der Umgebung Berlins an, um zu beweisen, wie unter der Maske der freien Selbstbestimmung die Sonderbündelei sogar dem Streikbruch und dem Denunziantentum diene. An eine Einigung mit den Lokalorganisierten des Maurergewerbes sei nicht zu denken, so lange sie ihre jetzigen Führer, die Keßler und Genossen, an der Spitze hätten. Mit den Gruppen würde man schon einig werden. Redner verwies auf die bekannte Zuspitzung des Konflikts zwischen den dem Kartell angeschlossenen Organisationen und den Centralverbänden, die der Gewerkschaftskommission angeschlossen seien, und trat für die schärfste Bekämpfung der Lokalorganisationen ein. Er erwartet, daß das diesjährige Verhalten der Centralverbände bei den Gewerbegerichtswahlen auch für spätere Wahlen maßgebend sein werde. Heute werde von der Partei, wenn auch unabsichtlich, den Tendenzen der Lokalorganisierten Vorschub geleistet. Zum Beispiel werde unter den Mitgliedern der Lokal-Organisationen der Gedanke, sie müßten die Partei-Ehre wahren, gehegt und gepflegt; indem von Parteiwegen dem nicht genügend entgegengetreten werde, fördere man die Anschauung, daß sie wirklich eine große Aufgabe in der Partei hätten. Auch die Kreis-Vertrauensleute hätten durch ihre öffentliche Stellungnahme gegen die Gewerkschaftskommission diesen Gedanken genährt und geschürt. Aehnlich wirke die neutrale Stellung des „Vorwärts", durch die er sich mit der großen Mehrheit seiner Leser in Widerspruch setze. Er stehe damit aber auch in Widerspruch zu allen Parteiblättern Deutschlands. — Einmütig müsse der Bruch mit den Sonderbündlern vollzogen werden. Und von den Vertrauensleuten, der Parteileitung und unserm „Vorwärts" könne man dringend wünschen, daß sie die Tinte der Neutralität vertrocknen lassen möchten und in Versammlungen und in der Zeitung predigen, daß der Klassenkampf naturgemäß ein einheitlicher sein müsse, wie es im Programm heiße. Jede Schwäche den Lokalisten gegenüber sei zu vermeiden, denn sie leiste ihnen Vorschub und gefährde so die allgemeine Arbeiterbewegung. (Lebhafter Beifall.)

Reinke ging auf die Polemik ein, die „Vorwärts"-Redaktion und Ausschuß der Gewerkschaftskommission anläßlich der Veröffentlichung über die Gewerbegerichts-Wahlen hatten, und vertrat noch einmal ausführlich alles das, was seitens der Redaktion im „Vorwärts" gesagt worden war. Das sei richtig und dem Ausschuß könne nicht zugegeben werden, das der „Vorwärts" ihm recht gegeben habe. Von einer Rücksichtnahme auf die Lokalorganisierten und einer Benachteiligung der Centralisten durch den „Vorwärts" könne keine Rede sein. Ein solcher Einwurf sei um so unverständlicher, als bisher sich gerade immer die Lokalisten über Bevorzugung der andern Richtung beschwert hätten. Das Verhalten der Redaktion stütze sich auf Verabredungen mit den Vertreten des Ausschusses. Uebrigens habe der „Vorwärts" selber erklärt, daß er von jeher für eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung eingetreten sei und die Centralverbände für die geeignetste und zweckmäßigste Organisation halte. Solange es aber noch Parteigenossen gebe, die andrer Meinung seien als die anders organisierte Mehrheit, dürften sie nicht in der Aeußerung ihrer Meinung beschränkt werden. Bei dieser jahrelangen Haltung des „Vorwärts" seien nun die Verbände immer stärker geworden, während die Lokalorganisationen so schwach geworden seien, daß Kube in der vorigen Versammlung von ihnen sagen konnte: „Die Lokalisten können uns nicht mehr schaden, über sie geht die Bewegung hinweg". Um mit einer so schwachen Bewegung fertig zu werden, brauche man doch nicht die Partei. Besonders unverständlich sei, daß der Führer des großen und mit Recht stolzen Buchdrucker-Verbandes, Döblin, neulich mit beinahe noch größerer Bestimmtheit als Silberschmidt die Einmischung der Partei erwartete, der Führer des Verbandes, der sich stets die Einmischung der Partei verbeten habe und der mit der Sonderorganisation des Berufs selber fertig geworden sei, trotzdem die Partei-Organe diese begünstigt haben sollen. (Döblin: Sehr richtig!) — Wenn die Versammelten wollten, daß die Partei und ihre Organe die bisherige Taktik ändern sollten, dann könnten sie das nicht durch einen Beschluß ihrerseits, sondern nur dadurch erreichen, daß sie sich an den Parteitag wendeten und dieser so beschließe. Eine Aenderung der Taktik des „Vorwärts" sei aber, wie schon dargelegt, gar nicht nötig. Der „Vorwärts", ein Blatt für alle Parteigenossen, ein politisches Blatt, könne sich in die Streitigkeiten der Gewerkschaften nicht mischen. Und er müsse die Neutralität auch ferner bewahren, so lange nicht der Parteitag anders beschließe.

Massini: Es handele sich hier gar nicht darum, über die Stellung der Vertrauensleute von Berlin, über die des „Vorwärts" lange sich zu unterhalten. Es kümmere sie (die Versammelten) nichts die Meinung des „Vorwärts", nichts die Meinung der Vertrauensleute. Wenn die Vertrauensleute die Absicht hätten, Rücksprache zu nehmen, dann möchten sie kommen und darum ersuchen. Heute komme es nur darauf an, festzustellen, ob die Beschlüsse, die die Verbandsvertreter gefaßt hätten und wonach der Ausschuß als ausführendes Organ gehandelt habe, ob diese Beschlüsse zu Recht gefaßt seien. Ein Zusammengehen mit den Lokalorganisierten gebe es nicht, darum müsse den Vertretern der Verbände, den Ausschußmitgliedern, das vollste Vertrauen ausgesprochen werden. Lasse man sich von keiner Person, von welcher Seite sie auch komme, von dem einmal eingeschlagenen Wege abbringen. Der „Vorwärts" solle sich nur nach den Parteibeschlüssen richten. Der Parteivorstand habe auf einem Parteitage sich streng gegen die Absonderung kleiner Gruppen erklärt und die Lokalorganisationen als krebsschäden der Arbeiterbewegung bezeichnet. Fort mit der Sonderbündelei! Wenn der „Vorwärts" nicht andre Wege nimmt, dann müsse man in die Oeffentlichkeit treten und dies als gutes Recht verlangen. Denke man an den Ausgang der Frage der Accordmaurerei in Hamburg. Die Arbeiterschaft könne es sich nicht länger gefallen lassen, daß das frevelhafte Spiel der Lokalisten von der Parteipresse begünstigt werde. Redner schließt: Wer sich mit uns streiten will, mag an den Ausschuß der Gewerkschaftskommission herantreten.

A. Körsten blieb gegenüber den Erklärungen Reinkes betreffend die Veröffentlichungen über die Gewerbegerichtswahlen im „Vorwärts" bei dem stehen, was der Ausschuß in seiner Polemik mit dem „Vorwärts" ausgeführt hat. Mit Recht könne man sagen, daß zum Teil bestätigt sei, was der Ausschuß gesagt habe. Redner rechtfertigt, daß die Lokalorganisierten auf die Angabe von Kandidaten keine baldige Antwort erhielten, u. a. damit, daß der Ausschuß bezw. das Bureau der Gewerkschaftskommission nicht die Geschäfte der Lokalisten zu betreiben haben. Diese hätten nach Annahme der Resolution, die anläßlich der Töpferfrage gefaßt wurde und den vollständigen Bruch vollzog, übrigens ganz genau gewußt, daß sie nichts zu erwarten hatten. Auf die Erklärung der Vertrauensleute habe er zu erklären, daß er nicht zu ihnen gesagt habe, der Ausschuß werde auch Lokalisten für die Wahl kandidieren lassen. Er habe nur gesagt, wie früher so besorge auch diesmal der Ausschuß die Aufstellung der Arbeitnehmer-Kandidaten.

Mittlerweile ist es 12 Uhr geworden. Trotz Einspruchs des Redakteurs Wetzker, der Zeit zur Abwehr der gegen den „Vorwärts" gerichteten allgemeinen Vorwürfe von größerer Bedeutung wünscht, wird Schluß der Debatte angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen von Reinke, Körsten und Kube, durch die sie an ihren Angaben festhalten. Reinke giebt anheim, durch eine Beschwerde bei der Preßkommission die zwischen ihm und dem Ausschuß strittige Angelegenheit zur Klarstellung zu bringen.

Angenommen wurde gegen 16 Stimmen folgende von Massini beantragte Resolution:

„Die Gewerkschaftskommission und die Vorstände der ihr angeschlossenen Gewerkschaften stehen nach wie vor auf dem Boden der am 13. November beschlossenen und am 15. November cr. im „Vorwärts" veröffentlichten Erklärung und billigen vollständig die Haltung des Ausschusses in der Angelegenheit der Gewerbegerichts-Wahlen. Sie sprechen die Erwartung aus, daß für die Zukunft die gewerkschaftlichen Centralorganisationen eine ihrer Bedeutung entsprechende Beachtung bei den Partei-Organen finden werden". —

* * *

Trotzdem man die Redaktion des „Vorwärts" zu der Versammlung eingeladen hat und trotzdem in der Versammlung gegen die Redaktion des „Vorwärts" ganz allgemeine Vorwürfe über ihre Haltung zu den Fragen der gewerkschaftlichen Organisationsform erhoben worden sind, die weit über den Rahmen des kleinen Einzelstreites hinausführen, der den Anlaß zu der Auseinandersetzung bildet, ist den Vertretern der Redaktion gegen ihren ausdrücklichen Einspruch durch Schluß der Diskussion die Möglichkeit der ausführlichen Erwiderung genommen worden. Es ist ihnen insbesondere dadurch unmöglich gemacht worden, zu der von Massini beantragten Resolution zu sprechen.

Die Resolution ist scheinbar harmlos und man könnte sich fragen, wozu dient es, etwas so Selbstverständliches zu beschließen? Giebt es socialdemokratische Zeitungen, die so thöricht sind, ist insbesondere der „Vorwärts" so thöricht, den gewerkschaftlichen Centralverbänden nicht die ihrer Bedeutung entsprechende Beachtung zu schenken? Das nehmen auch die nicht an, die am Mittwoch diesen Beschluß faßten. Es ist ja auch nicht einmal der Versuch gemacht worden, diese Behauptung zu begründen. Der Beschluß kann deshalb nur verstanden und ausgelegt werden aus der besonderen Situation. Er besagt in der That etwas ganz andres. Er besagt, der „Vorwärts" soll den Kampf um die gewerkschaftliche Organisationsform in seine Spalten tragen, ja noch mehr: der „Vorwärts" soll Tausende von Parteigenossen, die in der Frage der Gewerkschaftsorganisation und der Gewerkschaftstaktik mit den Centralverbänden noch nicht übereinstimmen, einfach an die Wand drücken und mundtot machen, der „Vorwärts" soll sich sein Verhalten diktieren lassen von den Vertretern gewerkschaftlicher Centralverbände. Das kam besonders deutlich zum Ausdruck in den Ausführungen Massinis, des Vertreters der Buchdrucker. Während Silberschmidt, der Vertreter der Maurer, doch immerhin noch von der Voraussetzung ausging, daß man darüber, wie sich der „Vorwärts" zu den Beschlüssen und Handlungen der Centralverbände stelle, mit dem „Vorwärts" verhandeln solle, sprach es Massini offen und ohne jede Umschreibung aus: Jede Verhandlung ist unnütz; wir, die Vertreter von Centralverbänden, beschließen und wenn der „Vorwärts" daran etwas auszusetzen hat, dann gehen wir über den „Vorwärts" zur Tagesordnung über.

Und nach dieser einzigen Motivierung wurde die Debatte geschlossen und die Resolution Massini angenommen.

Die Sache so gesehen, zeigt es sich ganz besonders deutlich, daß dem „Vorwärts" da etwas zugemutet wird, was ihm Parteigenossen wirklich nicht sollten zumuten können und was er unter allen Umständen ablehnen muß. In den gewerkschaftlichen Centralverbänden, fraglos im Buchdrucker-Verbande, sind eine große Anzahl Personen, die nicht Socialdemokraten sind. Der „Vorwärts", als socialdemokratisches Parteiblatt und Centralorgan, kann nicht Direktiven entgegennehmen von Organen, die auf ganz unpolitischem Grunde ruhen und von Angehörigen der verschiedensten politischen Parteien bestellt sind.

Der „Vorwärts" hat niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß er auch für den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse die Einheitlichkeit als unerläßlich betrachtet und die bestehende Zersplitterung auf das lebhafteste beklagt.

Der „Vorwärts" hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die gewerkschaftlichen Centralverbände für die geeignetste Form zur Förderung der gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiter hält. Er ist in dieser Frage keineswegs neutral gewesen, wofür als Beispiel nur an seine Haltung in dem Streite innerhalb der Buchdruckerorganisation erinnert sei.

Der „Vorwärts" ist sich der Bedeutung der bestehenden gewerkschaftlichen Centralverbände voll bewußt, und er ist sich ebenso bewußt, daß politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse als zwei Zweige einer großen Bewegung auf die gegenseitige Verständigung angewiesen sind.

Aber der „Vorwärts" ist ein Organ der socialdemokratischen Partei, er hat die Interessen der gesamten Partei wahrzunehmen, und er hat Direktiven nur von den geordneten Instanzen der socialdemokratischen Partei entgegenzunehmen.

Wir sind der Ueberzeugung, daß wir durch unser bisheriges Verhalten die Interessen der gesamten Partei wahrgenommen haben, ohne dabei die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse zu schädigen und daß wir uns im allgemeinen stets in Uebereinstimmung mit der Gesamtpartei befunden haben. Wer es anders zu wissen meint, befrage die Partei-Instanzen.

Die Redaktion des „Vorwärts".

Vereinskalender.

Sitzung haben Freitag:

Oeffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. Alexandrinenstr. 26. Gartenhaus. Geöffnet werktäglich von 5½ bis 10 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr. Reichhaltige Bibliothek und 430 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. Erster Vorsitzender: Julius Meyer, Fichtestr. 27. — Erster Kassierer: Seikrit, Hildegardstraße 16. — Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Lausitzerstr. 33. — Uebungsstunde abends 9 bis 11 Uhr. „Kaiserscher Männerchor", Berman, Schwedterstr. 22/24. — „Nord", Brunnenstr. 41. — „Buchbinder Männerchor", Fürstenhof, Köpnickerstraße 137/38. — „Vereinte Sangesbrüder Moabits", Glarr, Putlitzstr. 10. „Maiglöckchen I", Sachse, Lindowerstr. 26. — „Gemütlichkeit", Seydelstr. 11. „Rheingold", Feind, Beinstr. 11. — „Männer-Gesangverein", Brandenburg a. H., Mengert, Bergstr. 6. — „Sängerkreis", Weißensee, Wassermann, Königs-Chaussee 55. — „Eintracht II", Eberswalde, Restaurant „Zur Mühle". — „Neue Zeit", Schmitz, Brunnenstr. 160. — „Klingmüllerscher Männerchor", Weißensee, Zum Prälaten, Lehderstraße 122. — „Karlshaus-Kummerscher Männerchor", Schulz, Blumenstraße 38. — „Sangesblüten", Herzog, Marschallstraße 8. — Gesangverein der „Putzer", Bauer, Rosenthalerstraße 57. — „Freie Sänger I", Heegermühle bei Eberswalde, Baugan, Jagdschlößchen. — „Rosalia", Plaen, Königsbergerstraße 34. — „Auf", Görlitzerstr. 52. — „Sängerhort", Stralauer Allee 17. — „Borar", Krüger, Naunynstr. 6 — „Freier Männerchor Nordwest", Betier, Bredowstr. 11. — „Freiheit Moabit", Fischer, Waldstr. 8. — „Liedesfreundschaft", Treptow, Mühler, Ernststr. 28. — „Freiheit Nord", Wiesstädt, Schulstr. 24. — „Sangeslust III", Tempelhof, Adel, Germaniastraße 20. — „Völkerfrühling", Höhlle, Oranienstr. 109. — „Einigkeit II", Reinickendorf (West), Bethwell, Wittestr. 22. — „Solidarität II", Potsdam, Ww. Glaser, Kaiser Wilhelmstr. 38. — „Geselligkeit II", Hennigsdorf, Böhmer, Hauptstraße. — „Frohsinn I", Rummelsburg, Benilling, Goethe- und Kantstraße-Ecke. — „Metallarbeiter Osten", Taddert, Markusstr. 14. — „Lorbeerkranz", Spät, Beinstr. 28. — „Rixdorfer Männerchor I", Rixdorf, Klemke, Bergstraße 137 (Deutsches Wirtshaus). — „Frohsinn II", Adlershof, Rohde, Genossenschafts-Wirtshaus. — „Freiheit III", Neu-Weißensee, Schmuh, Königs-Chaussee 38 — „Morgenrot I", Rummelsburg, Müller, Tilsitschmidt- und Mozartstraßen-Ecke. — „Lerche Tang", Gleimstr. 17. — „Flötenscher Gesangverein", Zorndorferstraße 9. — „Esmeralda", Franke, Zorndorferstraße 8. — „Kottbuser Harmonie", Bulzer, Grünauerstraße 14. — „Solidarität III", Potsdam, Kaiser Wilhelmstr. 38. — „Typographia", Arminhallen, Kommandantenstr. 20. — „Sangesbrüder der Glaser", Stramm, Ritterstr. 123. — Gesangverein der „Porzellanarbeiter", Liebehenschel, Mariannenstr. 48. — „Maientraum", Schütze, Reichenbergerstr. 90a. — „Liedeslust II", Potsdam, Alte Luisenstr. 92.

Arbeiter-Raucherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Alfred Liebetrau, Berlin, Putbuserstraße 44, IV. „Germania", Schmiedchen, Wilibald Alexisstr. 21. — „Frohe Stunde", Gurli, Alexandrinenstr. 121. — „Brasil", Schanhein, Gräfestr. 8. — „Alpenrose", Reinickendorf, Paul, Justusstr. 55. — „Hand in Hand", Wienerstr. 41. — „Rote Rose", Lukatis, Reichenbergerstr. 153. — „Frohes Leben", Heimann, Adlershof, Bismarckstr. 53. — „Apfelblüte", Kakuschke, Wiesenstr. 29a. — „Grüne Eiche II", Lange, Rixdorf, Glasowstr. 33.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Vergnügungs-Verein „Frohsinns Heimat", Quitzowstr. 131. — Theaterverein „Goethe II", Danzigerstr. 17. — Musikverein „Norden", Mathes, Hussitenstr. 40. — „Glodea", Verein für Aquarien- und Terrarienkunde. Jeden Freitag nach dem 1. und 15. des Monats im Restaurant Karl Fischer, Waldstr. 8.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen an F. Menschel, Neu-Weißensee, Langhansstr. 113, II. Abends 7½ Uhr: „Neptun", Volksbadeanstalt, Turmstraße 85a. — „Gut Naß", Volksbadeanstalt, Oderbergerstraße. — Schwimmklub „Vorwärts", Volks-Badeanstalt, Schillingsbrücke. — „Hellas", Volks-Badeanstalt, Schillingsbrücke. — „Freiheit", Volks-Badeanstalt, Bärwaldstraße.

Tanzlehrer-Verein Solidarität. „Englischer Hof, Neue Roßstr. 3. Vom 1. Januar ab Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal III. — „Berliner Tanzlehrer-Verband", An der Stadtbahn 31, vorn I.

Verein socialdemokr. Gastwirte. Vorsitzender: Ewald, Schönleinstraße 6. Sitzungen jeden Freitag nach dem 15. des Monats.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Gau 9 (Prov. Brandenburg.) Alle Zuschriften und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an den Gau-Vorsitzenden Karl Fischer, Berlin NW., Waldstr. 8. „Blitz", Strelitzerstr. 10. — „Fahr wohl II", jeden Freitag nach dem 1. u. 15. Brunnenstr. 188. — Arbeiter-Radfahrer-Verein „Charlottenburg", jeden Freitag nach dem 1. und 15. Bismarckstr. 23. — „Concordia", jeden Freitag nach dem 1. und 15., Lichterfelde, Chausseestr. 104. — „Arbeiter-Radfahrer-Verein", jeden Freitag vor dem 1. und 15., Steglitz, Schildhornstr. 98. — „Vorwärts", jeden Freitag nach dem 1. und 15., Rixdorf, Reuterstr. 54a. — „Oberspree", jeden Freitag nach dem 1. und 15., Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18.

Arbeiterverein „Vorwärts", Kopenhagen. Jeden **Sonnabend** im Verkehrslokal, Korsgade 49: Versammlung. Daselbst befindet sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach Kopenhagen kommenden Genossen wollen dies beachten.

Witterungsübersicht vom 11. Dezember 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	772	SO	3	bedeckt	—8	Haparanda	763	O	4	wolkenl.	3
Hamburg	775	OSO	4	bedeckt	—7	Petersburg	766	WNW	1	wolkenl.	—3
Berlin	777	OSO	3	bedeckt	—7	Cork	765	ONO	3	bedeckt	6
Frankf./M.	770	NO	2	wolkenl.	—8	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	768	SO	2	wolkenl.	—12	Paris	766	NO	3	wolkenl.	—5
Wien	778	O	3	bedeckt	—8						

Wetter-Prognose für Freitag, den 12. Dezember 1902.
Zunächst nebelig, später meist heiter und trocken bei ziemlich strengem Frost und mäßigen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Weihnachts-Prämien
für die Abonnenten des „Vorwärts".

Zu unseren früher erschienenen **Kunstblättern in Kupfer-Radirung**, auf chinesischem Papier, 85×65 cm gross,

Marx und Engels, haben wir jetzt als Mittelstück hinzugefügt

Lassalle-Radirung,

Kniestück, nach der einzigen in New York befindlichen Originalphotographie.

Um diese Kunstblätter, die im Kunsthandel nicht unter 15—20 Mk. geliefert würden, auch den Arbeitern zugänglich zu machen, liefern wir

diese 3 Radirungen Marx-Lassalle-Engels

zum Vorzugspreise von 7,50 Mk. (statt Mk. 12,—)

Denjenigen Abonnenten, welche bereits in den Vorjahren die beiden Radirungen **Marx** und **Engels** bezogen haben, liefern wir auf Wunsch

Lassalle-Radirung zum Vorzugspreise von 2,50 Mk. (statt Mk. 4)

Ferner liefern wir unsern **Abonnenten zum Vorzugspreise von Mk. 5,—** (statt Mk. 6,—) **die herrliche Kupfer-Gravüre**

Die Freiheit führt das Volk an

auf Chinapapier (95×72 cm), nach dem Gemälde im Pariser Louvre von Delacroix.

Sämtl. Radirungen, auch die Porträts Bebel, Liebknecht, Singer in gleicher Ausführung zum Preise von à Mk. 1,50, sind durch die

Expedition, Lindenstr. 69,

sowie auf Bestellung auch durch die **Parteispediteure** zu beziehen.

H. Heine's poetische und dramatische Werke
Reich illustriert. Herausgegeben von G. Karpeles
Preis 2 Mark. * Porto 50 Pfg., für Berlin 20 Pfg.

Buchhandlung und Expedition des „Vorwärts"
Lindenstrasse 69, Laden.

Im Uebrigen halten wir bestens empfohlen unser reichhaltiges
Lager in Weihnachtsbüchern und Festgeschenken.

Das beste

Weihnachtsgeschenk
für Herren

ist ein Kistchen **Cigarren,** wenn dieselben gut sind. Unbestreitbar haben sich die **Cigarren** der

Tabakarbeiter-Genossenschaft
in Hamburg

einen guten Ruf erworben, würden deshalb jedem Raucher ein willkommenes Geschenk sein.

Kistchen zu **25, 50** und **100 Stück** verpackt, sind in jeder Preislage in folgenden **Verkaufsstellen** zu haben.

Berlin SO.:	U. Stangenberg,	Manteuffelstr. 110.
„ **NO.:**	Paul Arnoldi,	Strausshergerstr. 35.
„ **O.:**	A. Karklinnis,	Holzmarktstr. 48a.
„ **O.:**	Barbier-Genossenschaft „Voran",	Krautstr. 47.
„ **SO.:**	„ „ „	Waldemarstr. 65.
„ **N.:**	„ „ „	Pankstr. 37d.
„ **N.:**	Th. Weyland,	Koloniestr. 35.
Rixdorf:	Rob. Krüger,	Pannierstr. 10.
„	C. Meyer,	Hermannstr. 26.
Rummelsburg:	O. John,	Prinz Albertstr. 5a.
Köpenick:	Franz Weber,	Kietzerstr. 40.
„	II. Geschäft:	Grünauerstr. 1.
Adlershof:	Ernst Tost,	Bismarckstr. 10.

59912*

Eisbahn Karpfenteich
Treptower Park. 5975Q*
Heute: Grosses Konzert.
Bis 10 Uhr abends beleuchtet.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garant. neue **Bettfedern** à Pfd. 55 Pf., **chinesische Halbdaunen** à Pfd. M. 1,25, **bessere Halbdaunen** à Pfd. M. 1,75, **vorzügliche Daunen** à Pfd. M. 2,85.
— Von diesen Daunen genügen 2 bis 4 Pfund zum großen Oberbett. Verpackung frei. Preisl. u. Proben gratis. Viele Anerkennungsschr.

Christbaumschmuck S. Gundermann, Billigste Bezugsquelle nur für Wiederverkäufer und Händler. 5984L. Berlin C., Linienstr. 217 I. Ecke Rückerstrasse.

Jedes Wort: **5** Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Zutaten von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße. *

Vorjährige zurückgesetzte Herrenanzüge, Winterpaletots aus allerfeinsten Stoffen, bedeutend unter Preis, verkauft B. Lewkowitz, Schneidermeister, Alexanderstraße 14a. [14475*

Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 12068*

Letztjährige hochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, aus feinsten Maßstoffen gefertigt, 18—38 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, I.

Winterpaletots, Anzüge, Joppen, Hosen, fertig und nach Maß, Große Frankfurterstraße 16, August Achilles.

Winterpaletots, Anzüge, Remontoiruhren spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 52/10*

Krawattenstoffe, große Auswahl. Schwarze Seidenstoffe, Blusenstoffe, sehr billig. Wallnertheaterstraße 30. 7885

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennige. Bessere Sachen enorm billig. Hutfabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet.*

Tricotagen, Massenauswahl, fabelhaft billige Gelegenheitskäufe.

Kleiderstoffreste, bedeutend unter Preis.

Gardinen, Teppiche, Läuferstoffe, außerordentlich preiswert.

Gratis erhält jeder Käufer Leuchter mit Feuerzeug. Markus, Reinickendorferstraße 7a. 14429*

Letztjährige hochvornehme Herrenanzüge, Winterpaletots, aus feinsten Maßstoffen gefertigt, 18—38 Mark. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63 I. 922b*

(29). — Gardinenhaus Bernhard Schwartz: Nur Wallstraße!

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 119/5*

Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Spiegel, Regulatoren, Kostümröcke, Stühle spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 52/10*

Steppdecken spottbillig. Fabrik Beinstraße 20. †92*

Säulentrumeau, geschliffen, 40 M., Straußbergerstraße 6a, I. [46/10*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Wringmaschinen auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. 13886*

Nähmaschinen, Langschiffchen, 12 Mark. Wheeler-Wilson 8 Mark, Bellmann, Gollnowstraße 26 nahe der Landsbergerstraße. 13866*

Nähmaschine. Zahle bis 10 Mark, wer auf Teilzahlung Nähmaschinen kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Karte erbeten. Brauser, Warschauerstraße 64. †48*

Nähmaschinen ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher. Gebrauchte spottbillig. Reparaturen billigst. Turmstraße 39, 2. Geschäft Bernauerstraße 47 B. 13398*

Gaskocherhaus! Zweilochgaskocher 3,00, Dreilochgaskocher 8,00. Gasbügler! Gasplätteisen! Gasöfen! Gaskronen! Petroleumöfen billig! Wohlauer, Wallner-Theaterstraße 32. 8296

Postkarten-Reisende und Wiederverkäufer gebet nach Rosenthalerstraße 20 ins Centrallager. 9606

Nähmaschinen kaufen Sie nur beim Fachmann am zweckmäßigsten. Passende Geschenke von 25 Mark an. Tadellos: Ringschiff-, Bobbin-Schnellnäher, bequemste Teilzahlung wöchentlich und monatlich. Reparaturen billig, sachgemäß. Diete, Mechaniker, Nähmaschinen-Specialgeschäft, Brunnenstraße 119. 14496*

Jugendschriften verkauft Parteispedition, Lausitzerplatz 14/15. †18*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Verkaufe elegante, gediegene Nußbaummöbel spottbillig. — Brautleuten passend. — Plüschgarnitur, Kleiderschrank, Wäscheschrank, Säulentrumeau, Krystallspiegel 20,00, Plüschsofa, Sofatisch 18,00, Schlagregulator, Spieluhr 10,00, prachtvolle echte Oelgemälde 8,00, Salonsäulen 4,00, Rohrlehnstühle 3,50, vollständige Kücheneinrichtung zusammen 48,00, verschiedene sehr gute Damengarderobe. Fischerbrücke 12, Vorderhaus 1 Treppe rechts. 52/12

Garnitur, Plüschsofa, 2 Bettstellen sofort. Händler verbeten. Friedrichstraße 131d, vorn IV links. 79/18

Schlafsofa 15 Mark, Markusstraße 40. Tapezier. 52/13

Kanarienroller 4,00, Neanderstraße 7. 52/14

Ringschiff, Bobbin, Schnellnäher, schönstes Weihnachtsgeschenk, ohne Anzahlung, Woche 1,00, vermietet gewesene spottbillig Köpnickerstraße 60/61, Landsbergerstraße 82. †92*

Damenwäsche. Große Partien Hemden, Beinkleider, einfach und elegant, selten preiswerter Verkauf. Leipzigerstraße 112 II. 14529*

Blusen. 500 Reisemuster in Wolle und Seide, neueste Façons, spottbillig Leipzigerstraße 112 II. 14519*

Taubenbauer verkauft Krems, Blumenstraße 32. 9795

Händler, wachet auf! Weihnachts-Postkarten, Neujahrskarten, Serienkarten enorm billig Rosenthalerstraße 20, im Centralladen. 9675

Verschiedenes.

Rechtsbureau Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz). Rechtshilfe, Gerichtsbeistand, Eingabengesuche, Katerteilung. 9396*

Fahrräder, Nähmaschinen, Beleihung Paulstraße 7, Lagerspeicher. *

Fahrrad kauft Ratlaff, Schönhauser Allee 163a. 122/1*

Patentbureau Dannmann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Bis abends neun. 9255*

Kostenfreie zahnärztliche Behandlung, Zahnziehen. Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 13328*

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Brockhauslexikon und alle andren Bücher kauft, beleiht Antiquariat Kochstraße 56, I. Amt VI, 3397. *

Platina, Gold, Bruchgold, Silber, Gebisse, alte Uhren, Blattgold, Kehrgold kauft Brob, Wrangelstraße 4. 52/11*

Vivisektion! Wer sich über diese ruchloseste Grausamkeit unsrer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Vivisektion, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Tierschutzverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

Vereinszimmer. Bier, Alte Jakobstraße 119. 13906*

Vereinszimmer zu vergeben. Polsdamer Stangenbier. Franke, Lorndorferstraße 8. †40*

Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengesuche, Katerteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 9745*

Ehescheidungs-, Unfallsachen. Katerteilungen! Eingabengesuche! Linienstraße 36. 971b

Metallbruch, Tuch-, Wollabfälle, kauft gutzahlend, holt ab Mitzling, Oppelnerstraße 11. †19*

Vermietungen.

Wohnungen.

Rummelsburg, Kantstraße 38, 1, 2, 3 Zimmer nebst Zubehör, zum 1. Januar. Auch Pferdestall oder Werkstatt. 51/13*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer an anständige Dame. Görlitzer, Wendenstraße 6, vorn IV, am Görlitzer Bahnhof. †19

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Mulackstraße 27, A. Gläser.

Stellenangebote.

Papier- und Pappenzuschneider sofort verlangt. Eisenstädt, Beuthstraße 5. 9545

Mädchen für Emaillierung verlangt, Fachkundige bevorzugt. Paul Häbner, Markusstraße 5. 9785

Landamme gesucht Straßburgerstraße 39, I rechts. 9525*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Achtung, Holzarbeiter!

Gesperrt sind folgende Werkstätten für Tischler, Einsetzer, Maschinenarbeiter und Polierer:
Emmeluth, Dieffenbachstr. 33.
Lux u. Engelbrecht, Görlitzer Ufer.
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Krautstr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Bautischler R. Walter, Holsteiner Ufer 15/16.

Die Ortsverwaltung.

Achtung Tischler!

Folgende Werkstätten sind gesperrt:
Zache, Fruchtstr. 8.
Warner, Krautstr. 52 (Gewerbehof).
Schubert, Kastanien-Allee 10.
Jurius, Höchstetr. 17.
Hahn & Retzkow, Weissensee, Königs-Chaussee 71

Fachverein der Tischler Berlins u. Umgegend.

Achtung!
Bauarbeiter
Berlins und Umgegend!

Auf dem Bau Alexandrinenstr. 37, Maurermeister **Mattheus,** sind 12 Kollegen entlassen worden, weil sie sich eine Lohnreduzierung von 5 Pf. pro Stunde nicht gefallen lassen wollten.

Wir ersuchen sämtliche Kollegen, den Zuzug nach diesem Bau fernzuhalten. 44/11

Die Lohnkommission.
J. A.: **G. Heinemann.**

Gesucht wird für Berlin von auswärtiger Firma eine im Tabakhandel vertraute gesetzte Person als selbständiger Leiter einer neu zu errichtenden Verkaufsstelle, welche für den verauslagten Zoll bare Kaution stellen kann.

Offerten werden unter W. 7 in der Expedition dieses Blattes erbeten. 130/15*

Parteigenosse,

Buchdrucker, 33 Jahre alt; in allen Satzarten firm, an der Maschine bewandert, fertig in Kalkulation und Korrekturlesen, mit Expedition vertraut, sowie im Buchhandel nicht ganz unerfahren, **sucht** in Druckerei-, Expedition oder Redaktion der Partei- oder Gewerkschaftspresse seinen Kenntnissen entsprechende **Stellung.** — Suchender hat wiederholt vertretungsweise dreimal wöchentlich erscheinendes Parteiblatt selbständig redigiert und ist befähigt, einer mittleren Druckerei vorzusteben. — Gefällige Offerten mit Angabe der zu besetzenden Stelle und des Gehaltes unter **A. 8** an die Exped. des „Vorwärts" erbeten. 977b*

Verantwortl. Redakteur: **Carl Leid** in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.